

# Israel, der Konflikt und der Frieden: Antworten auf häufig gestellte Fragen

November 2007

## FAQ: Israel, Der Konflikt und der Frieden

[FRIEDENSPROZESS](#) | [ISRAEL](#) | [PALÄSTINENSISCHER TERRORISMUS](#) | [ANTITERROR](#)  
[ZAUN](#) | [ABZUG AUS DEM GAZASTREIFEN](#)



Der israelische Ministerpräsident Olmert & Aussenministerin Livni bei einem Treffen mit dem Palästinenserpräsidenten Abbas und dem ehemaligen Ministerpräsidenten Qurei in Jerusalem, 26. Okt 2007 (Photo: GPO)

### Der Friedensprozess

- [Wie kann der Frieden erreicht werden?](#)
- [Wie steht Israel zu einem Palästinenserstaat?](#)
- [Wie sieht Israel die Roadmap?](#)
- [Was sind die drei Kreise des Friedensprozesses?](#)
- [Wie hat die Hamas Machtübernahme im Gazastreifen die Aussichten auf einen Palästinenserstaat beeinflusst?](#)
- [Könnte eine Hamas-Fatah Einheitsregierung als Friedenspartner fungieren?](#)
- [Welche Rolle sollte die arabische Welt spielen?](#)
- [Hat Israel Friedenspartner in der arabischen Welt?](#)
- [Wie schadet die Aufhetzung dem Frieden?](#)
- [Warum ist Israel ein jüdischer Staat?](#)
- [Besitzen die Palästinenser einen rechtmässigen Anspruch auf "Rückkehr"?](#)
- [Welchen Status hat Jerusalem?](#)
- [Welchen Status haben die Gebiete?](#)
- [Sind die israelischen Siedlungen legal?](#)

#### ◆ **Wie kann der Frieden erreicht werden?**

Israel war immer bereit Kompromisse zu schliessen, jede israelische Regierung hat sich bereit gezeigt, für die Erreichung des Friedens weitgehende Opfer zu leisten. Um Frieden schliessen zu können, müssen allerdings beide Seiten zu Eingeständnissen bereit sein und vertrauensfördernde Massnahmen ergreifen. Israel ist bereit, die Rechte und Interessen der Palästinenser in Betracht zu ziehen,

gleichermaßen besitzt auch Israel legitime Rechte und Interessen, die zu berücksichtigen sind. Der Frieden kann nur durch Verhandlungen erreicht werden, in denen die Kluft überbrückt und alle ungeklärten Fragen beigelegt werden.

Israel glaubt an die Möglichkeit des Friedens mit einer gemässigten palästinensischen Führung, die den Terror ablehnt. Wann immer Israel in der Vergangenheit auf arabische Führungspersonlichkeiten, wie Präsident Sadat von Ägypten oder König Hussein von Jordanien stiess, die die Sprache des Friedens sprachen und bereit waren, konkrete Schritte in Richtung einer Koexistenz zu unternehmen, kam Israel mit ihnen zu einem Einverständnis und der Frieden wurde erreicht. Israel ist bereit, friedlich mit allen gemässigten Staaten der Region zusammenzuleben.

Um erfolgversprechende Verhandlungen führen zu können, müssen der palästinensische Terror und die Hetzpropaganda, die von Staaten wie dem Iran und Syrien unterstützt werden, eingestellt werden. Extremistische palästinensische Elemente, wie z.B. die Hamas, sind nicht einmal bereit, Israels Existenzrecht anzuerkennen und führen nach wie vor gewalttätige Angriffe auf Israel, auf die gemässigte palästinensische Führung und auf den Friedensprozess durch. Als solche gehören sie nicht an den Verhandlungstisch.

Die Zerschlagung der terroristischen Infrastruktur bildet nicht nur den ersten Schritt in der Roadmap, sie bildet die eigentliche Grundlage jeden Friedensprozesses. Die Erzielung des Friedens verlangt die Schaffung einer positiven Atmosphäre, frei von Terrorismus und Hetzpropaganda, eine Atmosphäre, die den Anstrengungen, gegenseitiges Verständnis zu erzielen, förderlich ist. Israel hat wiederholt Schritte unternommen, um die Lebensbedingungen der Palästinenser zu erleichtern und den Wiederaufbau der palästinensischen Wirtschaft zu unterstützen. Israel hat dem gemässigten palästinensischen Lager gegenüber in der Vergangenheit - und ist bereit, dies in der Zukunft zu wiederholen – [Gesten des guten Willens gezeigt](#), wie etwa Erleichterung der Bewegungsfreiheit durch die Aufhebung von Strassensperren, die Überweisung von Steuergeldern und die Freilassung von Häftlingen. Israel ist bereit, viele solcher Schritte zu unternehmen, unter der Voraussetzung allerdings, dass Israels Sicherheit nicht beeinträchtigt wird und die Palästinenser nicht mit neuen Terroranschlägen reagieren.

Versuche von Seiten der Palästinenser und der arabischen Staaten, Israel dazu zu zwingen, unzulässige palästinensische Forderungen zu akzeptieren, wird die Parteien dem Frieden nicht näherbringen. Es ist äusserst wichtig, dass die arabischen Staaten die extremistischen palästinensischen Positionen nicht unterstützen, um es den Palästinensern nicht zu erschweren, die notwendigen Kompromisse zu schliessen.

Von den arabischen Staaten unternommene positive Schritte hätten einen konstruktiven Einfluss auf die allgemeine Atmosphäre und könnten die [multilateralen](#) Verträge aufleben lassen, die versuchen, eine regionale Zusammenarbeit zu fördern. Eine positive Bewegung und Zusammenarbeit in Bereichen, die das Leben all derjenigen berühren, die in diesem Teil der Welt leben, könnte einen grossen psychologischen Beitrag dazu leisten, die schwierigen politischen Themen anzugehen, die besprochen und beigelegt werden müssen.

Die Resolutionen [242](#) und [338](#) des UN Sicherheitsrats, die von allen Parteien der Region angenommen wurden, bieten eine wichtige Richtlinie für Verhandlungen im Hinblick auf eine Endstatusregelung. Israel hat sich auch für die Durchführung der in der [Roadmap](#) vorgesehenen Schritte ausgesprochen. Die Roadmap kann allerdings nur dann Erfolg haben, wenn die Palästinenser ihre Verpflichtungen erfüllen, was sie bisher noch nicht ernsthaft in Angriff genommen haben, insbesondere im Bezug auf die Zerschlagung der Terror Infrastruktur und der Beendigung der Hetzkampagnen, wie es die erste Phase der Roadmap vorschreibt.

Abschliessend muss der Frieden die Aufgabe aller Ansprüche und die Beendigung des Konflikts darstellen. Wenn der Friedensvertrag erreicht ist, muss ein neues Kapitel beginnen, muss die Beziehung zwischen Israel und den Palästinensern, sowie die Beziehung zwischen Israel und all seinen Nachbarn auf ein neues Niveau gesetzt werden, das in einem Dialog und einer Zusammenarbeit seinen Ausdruck findet und den Antagonismus und die Konfrontation hinter sich lässt.

[Zurück zum Friedensprozess](#)

#### ◆ **Wie steht Israel zu einem palästinensischen Staat?**

Immer wieder hat Israel seinen Wunsch geäußert, zwei Staaten - den Staat Israel und einen palästinensischen Staat- nebeneinander in Frieden und Sicherheit leben zu sehen (ausgedrückt in [US Präsident Bushs Vision vom 24. Juni 2002](#) ). Israel ist der Überzeugung, dass eine gerechte Lösung des Konflikts die Entstehung zweier Nationalstaaten bedeuten wird, eines palästinensischen Staates für das palästinensische Volk und einen jüdischen Staat für das jüdische Volk. Israel hegt keinen Wunsch, die Palästinenser zu beherrschen und meint, dass ein wirklich demokratischer palästinensischer Staat, der friedlich mit Israel zusammenlebt, die langfristige Sicherheit und das Wohlergehen Israels als jüdischen Staat fördern wird.

Israel hat keine Bedenken, wenn es um die Gründung des palästinensischen Staates an sich geht. Es geht lediglich um die Frage, welche Art von palästinensischem Staat gegründet werden soll. Wird es sich um einen demokratischen Rechtsstaat handeln, der den Terror, die Gewalt und die Hetzkampagnen einstellt und somit ein Staat, mit dem Israel in Frieden leben kann? Oder wird es ein anarchistischer Staat, der weiterhin den Weg der Gewalt und des Terrors wählt, der nicht nur Israel in Gefahr bringt, sondern auch die Stabilität der gesamten Region?

Israel kann es nicht dulden, dass entlang seiner Grenzen ein Terrorstaat entsteht. Anstrengungen zur Gründung eines palästinensischen Staates müssen Israels Rechte und lebenswichtige Interessen in Betracht ziehen, besonders im Bezug auf die Sicherheit des Staates, damit in diesem Teil der Welt Frieden und Stabilität herrschen können.

Israels Ziel, ein demokratischer jüdischer Staat zu werden, der in Eintracht mit den Nachbarstaaten zusammenlebt, hat Israel dazu geführt, die Vision von zwei Staaten für zwei Völker zu akzeptieren, wie es im [UN Teilungsplan von 1947](#) . Israel versteht, dass die Völker des Nahen Ostens Nachbarn sind, deren Zukunft unausweichlich miteinander verbunden ist. Ein Friedensansatz, der diese Tatsache ausser Acht lässt, hat keine Zukunft.

60 Jahre und nur allzu viele Kriege waren notwendig, damit diese Einsicht bei Israels nächsten Nachbarn, den Palästinensern, Fuss fasst. Ereignisse, die der [Hamas Machtübernahme im Gazastreifen](#) folgten, zeigen, dass es wohl nie einen günstigeren Zeitpunkt dafür gab, diese Vision zu verwirklichen.

Die Gründung des Staates Israel verwirklichte die historischen, nationalen Bestrebungen des jüdischen Volkes – derjenigen, die im Heiligen Land lebten, derjenigen, die dem Greuel des Holocausts entflohen waren, sowie derjenigen, die aus den arabischen Ländern vertrieben worden waren. Der künftige palästinensische Staat muss für die Palästinenser eine ähnliche Funktion erfüllen. Er muss die Verwirklichung der nationalen Ansprüche des gesamten palästinensischen Volkes darstellen – derjenigen, die im Westjordanland und im Gazastreifen wohnen, in den Flüchtlingslagern der arabischen Nachbarstaaten und in allen anderen Teilen der Welt.

Israel hat ein rechtmässiges, von den gemässigten Kräften der Region geteiltes Interesse, an der Gründung eines beständigen, blühenden und friedlichen palästinensischen Staates. Wie der 2005 vollzogene [Abzug aus dem Gazastreifen](#) bewies, ist Israel bereit, schmerzhaftes zu unternehmen, um diesem Ziel näherzukommen. Es muss allerdings davon überzeugt sein, dass seine Partner ebenfalls zu historischen Kompromissen bereit sind, die einen beständigen Frieden herbeiführen werden.

[Zurück zum Friedensprozess](#)

#### ◆ **Wie sieht Israel die Roadmap?**

Die [Roadmap](#) ist ein leistungsbegründeter, von den Mitgliedern des Quartetts – den USA, der EU, Russland und der UN ausgearbeiteter Plan. Am 25. Mai 2003 verabschiedete die israelische Regierung die in der Roadmap dargelegten Schritte, in der Hoffnung, dass diese Initiative in der Lage sein wird, einen verhandelten Frieden mit den Palästinensern herbeizuführen. Die Palästinenser haben jedoch ihre Verpflichtungen im Rahmen der ersten Phase der Roadmap, insbesondere die "bedingungslose Einstellung der Gewalt" nie eingehalten.

Israel misst der am [24. Juni dargelegten Vision von Präsident Bush](#) zur Erreichung des Friedens, wie sie auch in der Roadmap zum Ausdruck kommt, grosse Bedeutung bei. In dieser Rede unterstreicht Präsident Bush, als notwendiges kritisches erstes Stadium zur Verwirklichung der Vision zweier friedlich nebeneinander lebender Staaten, die Durchführung von palästinensischen Reformen und die Einstellung des palästinensischen Terrors.

Israels Zustimmung zu den in der Roadmap verankerten Schritten liefert ein weiteres Beispiel für Israels Bereitschaft, seine Hand dem Frieden entgegenzustrecken. Der Regierungsbeschluss spiegelt die Bereitschaft wieder, weitgehende Kompromisse einzugehen, um dem Konflikt ein Ende zu setzen, vorausgesetzt, diese Kompromisse bringen Israels Sicherheit in keinsten Weise in Gefahr. Darüberhinaus hat Israel die Absicht ausgedrückt, sich soweit es die Sicherheitsbedürfnisse zulassen, an der Verbesserung der Lebensbedingungen der Palästinenser und dem Wiederaufbau der palästinensischen Wirtschaft zu beteiligen.

Die Roadmap selbst und Israels Bereitschaft zu Fortschritten verlangen allerdings, dass die Palästinenser ihrerseits ihre Verpflichtungen in jeder einzelnen Phase ebenfalls erfüllen. Es ist von kritischer Bedeutung, dass die in der ersten Phase der Roadmap verankerten Forderungen erfüllt werden: die Palästinenser verwirklichen die "bedingungslose Einstellung der Gewalt", die Zerschlagung der terroristischen Infrastruktur, die Beschlagnahme der Waffen und die Festnahme derjenigen, die an der Durchführung und Planung von gewalttätigen Angriffen auf Israelis beteiligt waren. Die Palästinenser sind auch dazu verpflichtet, die Hetzkampagnen einzustellen.

Durch ihre Akzeptierung der Roadmap hat die Palästinensische Autonomiebehörde die Auflage übernommen, den Terror einzustellen und die Hetzkampagnen auf die in der Roadmap verankerte Art und Weise zu beenden.

Israel hat jedoch beschlossen, nicht erst den Abschluss der ersten Phase der Roadmap abzuwarten, sondern schon einen Dialog mit der gemässigten palästinensischen Führung zu beginnen. Die Durchführung jeglicher, zwischen Israel und den Palästinensern beschlossener Abkommen, hängen jedoch von der Durchführung der Roadmap ab.

## **Zurück zum Friedensprozess**

### **◆ Was sind die drei Kreise des Friedensprozesses?**

Im politischen Prozess sind drei klare Aktionskreise zu erkennen, die sich durch ihren Aufbau gegenseitig unterstützen sollen. Der erste, im Inneren befindliche Kreis, enthält die direkten Verhandlungen zwischen Israel und den Palästinensern, der zweite umfasst die arabische Welt, während der dritte, der äussere Kreis, die internationale Gemeinschaft umfasst.

Im inneren Kreis der Israelis und Palästinenser, der den Kern des Konflikts darstellt, bilden die extremistischen Elemente, die den Weg der Gewalt nicht aufgeben und sich nicht auf eine friedliche Lösung des Konflikts verlegen wollen, das bedeutendste Hindernis. Auf der anderen Seite befinden sich die Gemässigten, mit denen es vielleicht möglich wäre, ein Abkommen zu erzielen, wenn sie bereit sind, Kompromisse einzugehen, die aber in ihrer Fähigkeit, ein Abkommen durchzusetzen, beschränkt sind.

Israels Strategie besteht in einer Differenzierung, einem unterschiedlichen Vorgehen in seiner Beziehung mit dem Hamas-regierten Gazastreifen und der gemässigten palästinensischen Autonomiebehörde unter der Leitung von PA Präsident Mahmoud Abbas und Ministerpräsident Salam Fayyad. Die neue PA Regierung scheint die drei Bedingungen der internationalen Gemeinschaft angenommen zu haben - Gewaltverzicht, Respektierung in der Vergangenheit abgeschlossener Verträge und Anerkennung des Existenzrechts Israels – wodurch sie zu einem potentiellen Friedenspartner wird. Daher sucht Israel nach Möglichkeiten, die gemässigten Elemente zu unterstützen. Dazu gehört finanzielle Unterstützung, Sicherheitsfragen, die Erleichterung der Lebensumstände und die Schaffung eines "politischen Horizonts", einer Vision der Dinge, die die Palästinenser erzielen können, wenn sie der Gewalt und dem Terror abschwören.

Im mittleren Kreis befindet sich die arabische Welt, die jetzt zu diesem Themenkreis Stellung beziehen muss. Es geht allerdings nicht mehr um die Wahl zwischen Israel und den Palästinensern, sondern um

eine Wahl zwischen dem Standpunkt der gemässigten palästinensischen Autonomiebehörde und dem der extremistischen terroristischen Elemente. Die arabische Welt sollte die pragmatischen Elemente in der neuen palästinensischen Regierung unterstützen und die extremistische Hamas Organisation ablehnen. Wenn sie so handelt, kann die arabische Welt eine bedeutende Rolle im Friedensprozess übernehmen.

In der Vergangenheit fehlte es an konstruktiven regionalen Elementen, die bei den israelisch-palästinensischen Friedensbestrebungen behilflich sein konnten. Der Vorschlag der arabischen Liga stellt eine Möglichkeit für positive regionale Beteiligung dar.

Der dritte Kreis, derjenige der internationalen Gemeinschaft, hat seine positive Rolle schon in Angriff genommen, indem das Quartett, (die USA, die UN, Russland und die Europäische Union) seine [drei Bedingungen für die Anerkennung](#) verabschiedete: Gewaltverzicht, Respektierung abgeschlossener Verträge und Akzeptierung von Israels Existenzrecht ( Israel ist der Meinung, dieses Recht müsse Israels Recht als jüdischer Staat zu bestehen, einschliessen). Es hat seine Verpflichtung auch durch die Unterstützung des Treffens in Annapolis gezeigt. Die internationale Gemeinschaft sollte sich auch weiterhin für die richtige Seite des Konflikts zwischen den Extremisten und dem Gemässigten entscheiden, durch die Bekräftigung der Unrechtmässigkeit der Hamasbewegung, die Förderung von Beziehungen mit der von Mahmoud Abbas gegründeten Regierung und durch die Eröffnung eines wirtschaftlichen Horizonts für die Palästinenser, zusätzlich zu den politischen Möglichkeiten, die Israel anbieten kann.

## Zurück zum Friedensprozess

### ◆ **Wie hat sich die Hamas Machtübernahme im Gazastreifen auf die Aussichten auf einen palästinensischen Staat ausgewirkt?**

[Israel hat sich im Sommer 2005 aus dem Gazastreifen zurückgezogen](#), um eine Möglichkeit für den Frieden zu schaffen. Es hat seine Streitkräfte abgezogen, zivile Siedlungen entfernt, jedoch alle Gewächshäuser für die palästinensischen Landwirte stengelassen, in der Hoffnung, dass dies den Beginn eines friedlichen palästinensischen Staates bilden könnte. Anstelle eines blühenden Friedens erhielt Israel jedoch ein feindliches Gebiet an seiner Grenze: israelische Städte an der Grenze zum Gazastreifen bilden tagtäglich Zielscheiben für [Kassamraketen Angriffe](#) und versuchte Terrorattentate; die terroristische Infrastruktur wächst mit einer beängstigenden Geschwindigkeit.

Trotz des andauernden Hamas Terrors wird Israel den ständigen Dialog mit den gemässigten Palästinensern aufrecht erhalten, um den Palästinensern die deutliche Botschaft zu übermitteln, dass, wenn die Gemässigten die Vertreter ihrer nationalen Bestrebungen darstellen, sie einen eigenen Staat erreichen können.

Israels Leitprinzip besteht in der Unterscheidung zwischen den Gemässigten und den Extremisten, zwischen denjenigen, die willens und bereit sind, im Friedensprozess Fortschritte zu machen und denjenigen, deren Ideologie auf dem Extremismus und dem religiösen Fanatismus beruht und die sogar ihr eigenes Volk mit grösster Brutalität behandeln. Israel hofft, dass sich die Gemässigten durchsetzen werden; es obliegt allerdings den Palästinensern selbst, diese Entscheidung zu fällen.

Während die Hamas Terroristen ihre Angriffe auch weiterhin auf Israelis richten, haben sie auch der palästinensischen Bevölkerung viel Leid zugefügt. Wie es die Ereignisse in Gaza zeigen, behaupten die Terroristen zwar, die Rechte der Palästinenser zu fördern, in Wirklichkeit haben sie sie jedoch stark untergraben.

Es ist selbstverständlich, dass der zukünftige palästinensische Staat keine Terrorstaat sein darf. Aus diesem Grund besteht die internationale Gemeinschaft darauf, dass der Weg zu einem palästinensischen Staat über die Anerkennung der Quartett Prinzipien führt, einschliesslich des Verzichts auf Terror, die Verwirklichung der in der Roadmap enthaltenen Verpflichtungen und die Anerkennung des Existenzrechts Israels. Dies sind die Grundprinzipien für einen dauernden Frieden. Die arabische Welt hat in diesem Zusammenhang eine kritische Rolle zu spielen. In der Vergangenheit fehlte der Einsatz konstruktiver regionaler Kräfte bei der Unterstützung der Friedensbemühungen von

Israelis und Palästinensern. Die vor kurzem veröffentlichte [Friedensinitiative der arabischen Liga](#) bildet eine solche Möglichkeit für positives regionales Engagement.

Es besteht dennoch keinerlei Grund für Illusionen. Die Feinde der Koexistenz, unter der Leitung des Iran und der von ihm unterstützten Hizbollah und Hamas, unternehmen alle in ihrer Macht stehenden Anstrengungen, um jede Aussicht auf einen Frieden zu zerschlagen. Das Regime von Teheran, mit seiner erklärten Absicht, "Israel von der Landkarte zu fegen" hat den Islam zu einem totalitären politischen Manifest umfunktioniert, das sich kaum noch als Religion ausgibt. Es verfolgt die feste Absicht, einen lösbaren Konflikt in eine Zukunft der Verzweiflung umzumodeln. Syrien trägt durch seine Unterstützung von Terrorgruppen wie der Hamasbewegung und dem palästinensischen Islamischen Dschihad, dessen Hauptquartier sich in Damaskus befinden, ebenfalls zur Untergrabung einer israelisch-palästinensischen Versöhnung bei.

Es besteht kein unlösbarer Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern. Es gibt im Gegenteil einen gemeinsamen Nenner im Wunsch nach Frieden, der von allen gemässigten Staaten der Region, die verstehen, dass die echte Bedrohung des Friedens von den extremistischen, den Terror unterstützenden Staaten ausgeht, gefördert wird.

Es gibt gemässigte Kräfte in der PA-Behörde, die als Israels Friedenspartner fungieren könnten und die der Überzeugung sind, ein künftiger palästinensischer Staat sollte auf Demokratie und Verständnis begründet sein – im Gegensatz zu den Extremisten, deren totalitäre Grundeinstellung darin besteht, den Anderen ihre Rechte vorzuenthalten.

Während Israel seine Bevölkerung auch weiterhin vor dem Hamas Terror verteidigen wird, ist es letzten Endes die Aufgabe der gemässigten Kräfte unter den Palästinensern, der Hamasbewegung entgegenzutreten.

## [Zurück zum Friedensprozess](#)

### ◆ **Könnte eine Hamas-Fatah Einheitsregierung als Friedenspartner fungieren?**

Kurze Zeit nach ihrem Antritt, führten die Stellungnahmen der Hamasbewegung, in denen sie für Gewalt eintragen, die zwei-Staaten Regelung ablehnten und Israels Existenzrecht leugneten, das internationale Quartett ( bestehend aus den USA, Europa, Russland und der UN) dazu, [drei Bedingungen](#) festzulegen, die es einer palästinensischen Regierung erlauben, internationale Rechtmässigkeit und Kooperation zu gewinnen. Diese Grundbedingungen verlangen: die Anerkennung des Existenzrechts Israels, den Verzicht auf Terror und Gewalt und die Anerkennung vorheriger Verträge und Verpflichtungen, einschliesslich der Roadmap.

Die internationale Gemeinschaft verlangt von jeder palästinensischen Regierung, sich diesen drei Bedingungen gegenüber zu verpflichten und "kein Mitglied einzubeziehen", das sich diesen Bedingungen nicht verschreibt. Daher könnte eine [Einheitsregierung, die die Extremisten der Hamasbewegung einschliesst, keinen Friedenspartner darstellen](#).

Die vom Quartett festgelegten Bedingungen, die die Hamasbewegung immer wieder zurückweist, bilden keine Hindernisse für den Frieden, sondern ganz im Gegenteil die Grundvoraussetzungen, die es der internationalen Gemeinschaft erlauben festzustellen, ob die palästinensische Regierung in der Lage ist, als Partner an den Friedensverhandlungen teilzunehmen.

Sollte eine Regierung, die es ablehnt, diese Grundprinzipien für einen Frieden anzuerkennen, internationale Rechtmässigkeit und Unterstützung erlangen, wäre das ein schwerer Rückschlag für die Friedensaussichten und ein Verrat an den echten gemässigten Kräften auf beiden Seiten des Konflikts, die wirklich an eine zwei-Staaten Lösung des Konflikts glauben und versuchen, sie in die Wirklichkeit umzusetzen.

Das Ziel jedes Friedensprozesses, nämlich "zwei Staaten, die in Frieden und Sicherheit nebeneinander leben" kann nie erreicht werden, wenn eine Seite weiterhin für den Einsatz von Terror plädiert. Aus diesem Grund besteht das Quartett immer wieder darauf, dass jede palästinensische Regierung auf Terror und Gewalt verzichtet.

### ◆ Welche Rolle sollte die arabische Welt spielen?

Israel wünscht Frieden mit allen arabischen Staaten. Es unterscheidet allerdings zwischen den gemässigten arabischen Staaten, mit dem Potential für friedliche Beziehungen mit Israel und den extremistischen Staaten, die nicht an einem Frieden interessiert sind.

Die gemässigten arabischen Staaten besitzen das Potential, einen wichtigen und positiven Beitrag zum Friedensprozess zu leisten und das Antlitz der Region positiv zu verändern.

Die Politik der Konfrontation mit Israel muss jedoch von einer Politik des Dialogs abgelöst werden. Mit dem Fortschritt in den Verhandlungen zwischen Israel und den Palästinensern wird die Notwendigkeit einer solchen Gradwende immer offensichtlicher.

Es gibt zwar keine Illusionen darüber, dass die arabischen Staaten mit Israel zu den spezifischen Punkten der Auseinandersetzung übereinstimmen werden, dennoch sollten sie einsehen, dass eine Lösung dieser Fragen, Kompromisse von beiden Seiten mit sich bringen wird. Es kann von Israel nicht erwartet werden, ein Ultimatum oder ein "take-it-or-leave-it" Angebot anzunehmen. Israel wird kein Ultimatum annehmen, das besagt, Frieden kann nur erreicht werden, wenn Israel alle arabischen Forderungen und Bedingungen erfüllt; Israels Rechte und Interessen können nicht völlig ignoriert werden, die Notwendigkeit eines Kompromisses zur Lösung ausstehender Fragen kann genausowenig vernachlässigt werden.

Andererseits müssen die extremistischen Staaten des Nahen Ostens die Unterstützung von Terroraktivitäten einstellen. Sie müssen ihre Hetzkampagnen, die den Hass schüren und einen fruchtbaren Boden für den Terrorismus bilden und die antisemitische Propaganda gegen Israel einstellen.

Palästinensische und andere Terrororganisationen im Nahen Osten geniessen die Unterstützung von extremistischen arabischen Staaten, in Form von Waffenlieferungen und Finanzen. Einige arabische Staaten, unter anderem Syrien und der Iran unterstützen die gewalttätigsten und gefährlichsten Terrororganisationen, wie die Hizbollah. Syrien beherbergt die Hauptquartiere und Ausbildungslager verschiedener palästinensischer Terrororganisationen, einschliesslich der Hamas und des islamischen Dschihads. Diese Unterstützung muss aufhören, damit der Terror beendet werden kann. Erst dann haben die Friedensbemühungen Aussicht auf Erfolg.

In den letzten Jahren durften sich in den arabischen Staaten die extremsten Formen der anti-israelischen Hetze frei entfalten. Sie erinnern an frühere Phasen des arabisch-israelischen Konflikts. Die antisemitische Propaganda in Moscheen und Schulen, in den staatlichen Medien und der akademischen Welt hat sehr stark zugenommen. Dieses rassistische Material, das an das in der Vergangenheit gegen das jüdische Volk eingesetzte Material erinnert – wie z.B. die Ritualmordlügen und die sogenannten "Protokolle der Weisen von Zion" – schürt den Hass und bietet dem Terror einen fruchtbaren Boden.

Internationale Foren, wie die Vereinten Nationen, sollten nicht missbraucht werden, wie es Jahr für Jahr von Seiten der arabischen Staaten geschieht, die immer wieder für die Verabschiedung derselben, einseitigen, antiisraelischen Resolution eintreten, anstatt nach einem neuen, konstruktiven Ansatz zu suchen, um die Meinungsverschiedenheiten zu begleichen.

Der ägyptische Präsident Anwar Sadat und König Hussein von Jordanien zeigten echte Führungsqualitäten als sie mit Israel Frieden schlossen. Die gemässigten Staaten des Nahen Ostens können ihren Beitrag leisten, indem sie durch kooperative Beziehungen zu Israel den Weg zum Frieden eröffnen.

### ◆ **Hat Israel in der arabischen Welt Partner für einen Friedensvertrag?**

Der Nahe Osten bildet den Schauplatz von Kämpfen zwischen Extremisten und gemässigten Elementen. Das ständige Anwachsen der extremistischen Gruppen übt gleichzeitig einen negativen und einen positiven Einfluss auf den Friedensprozess aus.

Einerseits bilden die Extremisten, ( die oft religiösbedingte Standpunkte vertreten), einen wichtigen Unruheherd im gesamten Nahen Osten und insbesondere im israelisch-palästinensischen Konflikt. Der Iran, der Terrororganisationen unterstützt, bildet nicht nur für Israel eine Bedrohung, sondern für den Weltfrieden überhaupt. Gruppen wie die Hamas, die Hizbollah und der Islamische Dschihad beschreiten weiterhin den Weg der Gewalt und weisen alle Anstrengungen in Richtung einer Lösung des Konflikts entschieden zurück.

Andererseits hat die ständig anwachsende extremistische Bedrohung die gemässigten Staaten des Nahen Ostens dazu bewegt, die gemeinsame Gefahr, die die Extremisten, insbesondere der Iran darstellen, anzuerkennen. Dies hat zur Entstehung von Partnerschaften geführt, die noch vor wenigen Jahren unvorstellbar gewesen wären und zur Wiederbelebung des politischen Prozesses zwischen Israel und vielen anderen Staaten des Nahen Ostens.

Israel ist willens und fähig, mit den anderen, gemässigten Elementen des Nahen Ostens auf einen Frieden hinarbeiten, in der Hoffnung, dass es uns gemeinsam gelingen wird, die Extremisten in Schach zu halten und den politischen Prozess wieder auf die Beine zu stellen.

### **Zurück zum Friedensprozess**

### ◆ **Inwiefern schaden die Hetzkampagnen dem Frieden?**

Es gibt eine direkte Verbindung zwischen antiisraelischen oder antisemitischen Hetzkampagnen und dem Terror. Die extreme, antiisraelische Indoktrinierung, die in der palästinensischen Gesellschaft so allgegenwärtig ist, schürt die Kultur des Hasses, die dann zum Terror führt.

Das palästinensische Erziehungswesen, die Medien, die Literatur, die Texte der Songs, das Kino und das Theater werden alle zu einer extrem antiisraelischen Indoktrinierung herangezogen, die zeitweilig in offenen Antisemitismus ausartet. Diese Aufwiegelung zu Hass und Gewalt ist in der gesamten palästinensischen Gesellschaft vorhanden, insbesondere im Hamas-regierten Gazastreifen, in Kinderkrippen und Kindergärten, in Jugendbewegungen, Schulen, Universitäten, Predigten in Moscheen und Strassendemonstrationen. Diese Hetzkampagnen schaffen eine Kultur des Hasses und der Gewalt, die ihrerseits einen fruchtbaren Boden für Terrorismus und Mord liefern.

Die Hetze gegen Israel nimmt viele Formen an. Sie beginnt damit, dass die reine Existenz des Staates Israel völlig ignoriert wird. Auf Landkarten in Schulen und Universitäten sucht man vergeblich nach dem Namen des Staates Israel oder seinen zahlreichen Städten und Ortschaften. Darüberhinaus verehren die Hetzer die Namen und Taten der Selbstmordattentäter, benennen Fussballvereine nach ihnen und halten den jungen Leuten die Terroristen als nachahmenswerte Beispiele vor. Zu den Hetzkampagnen gehören antisemitische Karikaturen, die genau die Motive und Bilder verwenden, die während der Naziherrschaft gegen die Juden eingesetzt wurden.

Diese Erscheinung ist ein schlechtes Omen für die nächste Generation, die dazu erzogen wird, Symbole des Todes und der Zerstörung anzubeten. Kinder, die, wie die im Gazastreifen aufwachsenden jungen Menschen, seit frühester Kindheit zum Hass, zum Mord und zur Zerstörung angehalten werden, bedeuten eine Tragödie für ihr eigenes Volk und eine potentielle Gefahr für Andere.

Die Frage, die man sich stellen muss, bezieht sich auf die Zukunft, die diese regelrechte Industrie der Volksverhetzung der nächsten Generation anbieten kann, einer Generation, die ihre Jugend damit verbringt, reinen Hass zu verinnerlichen. Wird diese junge Generation in der Lage sein, Themenkreise wie Frieden, nachbarliches Zusammenleben, Toleranz und Kompromis überhaupt zu verstehen? Kann die palästinensische Gesellschaft das neue Bewusstsein schaffen, das für den Frieden notwendig ist, - und das sehr viel mehr verlangt, als das reine Unterzeichnen eines Friedensvertrages?

Die zahlreichen Versuche, dem arabisch-israelischen Konflikt ein Ende zu setzen, sind nicht ohne Grund, als Friedensprozess bekannt. Der Übergang von einem Kriegszustand zu einem friedlichen Nebeneinander ist nicht das Ergebnis einer einfachen, einmaligen diplomatischen Handlung, der

Unterzeichnung eines Abkommen. Es handelt sich ganz im Gegenteil um einen Prozess, der sich über einen langen Zeitraum entwickelt, einen Prozess, der wechselseitige Anstrengungen beinhaltet, Haltungen, Werte und Wahrnehmungen dem ehemaligen Feind gegenüber zu verändern. Dieser Prozess verlangt den Übergang zu neuen Paradigmen, die Schaffung einer neuen Geisteshaltung.

Die Intensität der auf beiden Seiten des Nahostkonflikts bestehenden Gefühle darf auf keinen Fall ausser Acht gelassen werden. Gefühle von tiefempfundenen Zorn und lähmender Frustration sind auch auf israelischer Seite anzutreffen. Es besteht jedoch ein riesiger Unterschied zwischen einem Gefühl des Zorns und der Frustration auf der einen, und dem Schüren einer Kultur des Hasses auf der anderen Seite.

Im Gegensatz zu einem Grossteil der palästinensischen Gesellschaft, versteht die israelische Gesellschaft den Frieden als ihr erhabendstes Ziel, ihr höchstes Streben sowohl auf individueller als auch auf nationaler Ebene. Der Wunsch nach Frieden, nach Ruhe, nach einer Rückkehr zum einem normalen Alltag steht im Mittelpunkt Israels Wesen und Kultur. Die zahllosen Lieder, Bücher, Kunstwerke und Artikel, die seit der Staatsgründung in Israel über den Frieden geschrieben wurden, können gar nicht einzeln aufgeführt werden. Der Frieden stellt einen bedeutenden Basiswert dar, den grössten Traum jeder Mutter und jedes Vaters, die Verwirklichung der zionistischen Idee, nach der Israel in Frieden und Kooperation mit all seinen Nachbarn leben wollte.

Es gibt keinen vertretbaren Grund, der es rechtfertigt, dass israelische Kinder in ihren Schulen in Frieden und Koexistenz unterrichtet werden, während die palästinensischen Kinder zur genau gleichen Zeit darin unterrichtet werden, Selbstmordattentäter und den Jihad anzuhimmeln. Wer den Frieden anstrebt, soll auf den Frieden hin erziehen und nicht zu Hass und Mord.

Die vehemente antisraelische Rhetorik der Palästinenser hat auf die in der gesamten Region unternommenen Friedenbestrebungen lähmend eingewirkt. Die intensive, palästinensische Darstellung der Ereignisse und die Hetze, die von Seiten der palästinensischen Sprecher bei ihrer Berichterstattung verbreitet wird, hat die antiisraelischen Gefühle in den arabischen Ländern aufgewiegelt. Sie hat sogar viele proarabische Staaten dazu verleitet, ihre Beziehungen mit Israel zurückzuschrauben. Palästinensische Volksverhetzung wiegelt kurzfristig die Gewalt auf – langfristig gesehen verringert sie die Aussichten auf Frieden und Aussöhnung zwischen Israel und seinen Nachbarstaaten.

## **Zurück zum Friedensprozess**

### **◆ Warum ist Israel ein jüdischer Staat?**

Der Staat Israel ist ein jüdischer Staat, vor allem aufgrund des Rechtes des jüdischen Volkes auf einen eigenen, unabhängigen Staat und aufgrund der historischen und biblischen Verbindung des jüdischen Volkes mit dem Land Israel (Eretz Israel). Es gibt keine anderes Land, in dem das jüdische Volk sein Recht auf einen eigenen, unabhängigen, souveränen Staat geltend machen kann. Es gibt keinen anderen Staat, in dem das jüdische Volk sein Leben in Übereinstimmung mit seinem eigenen Glauben und seinen eigenen Gebräuchen, seiner Sprache und Kultur, seinen Zielen und Zukunftsplänen gestalten kann.

Das jüdische Volk hat zwar 2000 Jahre hindurch im Gebet und in seinen Innersten den Tag herbeigesehnt, an dem es seine eigene nationale Heimstätte wiederherstellen könnte, dennoch sollte dieses Recht erst nach dem nationalen Wiedererwachen des jüdischen Volkes in der Neuzeit Wirklichkeit werden, gegen Ende des neunzehnten Jahrhunderts. Dieses Wiedererwachen des jüdischen Nationalismus führte zur Gründung der zionistischen Bewegung. Es gewann eine wichtige, frühe Anerkennung in der Balfour Erklärung von 1917, in der es heisst, " die Einrichtung einer nationalen Heimstätte in Palästina für das jüdische Volk wird von der Regierung Seiner Majestät mit Wohlwollen betrachtet." Diese Anerkennung wurde 1922 vom Völkerbund, dem Vorläufer der Vereinten Nationen, offiziell bestätigt.

Am 29 November 1947 verabschiedet die UN Vollversammlung Resolution 181, die zur Beendigung des britischen Mandats in Palästina und der Schaffung eines jüdischen Staates und eines arabischen Staates auf diesem Territorium aufruft. Der noch heute gültige Gedanke, besteht darin, dass es zwei Nationalstaaten für zwei Völker geben sollte. Während die jüdische Bevölkerung diese bahnbrechende

Resolution feierte, wiesen die arabischen Staaten die UN Entscheidung zurück und begannen einen Krieg, um den zu gründenden jüdischen Staat zu zerstören. Am 14 Mai 1948 erklärte David Ben Gurion " die Gründung eines jüdischen Staates in Eretz Israel, des Staates Israel." Auf diese Art und Weise konnte das jüdische Volk endlich sein Recht auf Selbstbestimmung in seinem eigenen Land wahrnehmen.

Israel wurde gegründet, um dem jüdischen Volk, das in anderen Ländern im Verlauf der Jahrhunderte verfolgt worden war, die so notwendige Heimstätte zu gewähren. Die Unabhängigkeitserklärung sagt ausdrücklich, "der Staat Israel wird für die jüdische Einwanderung und die Sammlung der Zerstreuten offen sein."

In Übereinstimmung mit der Unabhängigkeitserklärung wurde der Staat Israel als demokratischer Staat gegründet, basierend auf den Prinzipien der Gewaltentrennung, der Freiheit, der völligen Gleichberechtigung aller Bürger vor dem Gesetz, unabhängig von Religion, Rasse, Geschlecht oder Nationalität. Diese Prinzipien sind bis heute gültig.

Da Israel nach eigener Definition sowohl ein jüdischer, als auch ein demokratischer Staat ist, garantiert es auch die Rechte der seiner nicht-jüdischen Bürger. Es gibt eine grosse arabische Minderheit im Staat Israel, die fast 20% der Bevölkerung ausmacht. Die arabische Bevölkerung Israels geniesst volle bürgerliche und politische Rechte, einschliesslich Rede- und Religionsfreiheit. Sie nehmen an Israels Wahlen teil, arabische Parlamentarier werden in das israelische Parlament gewählt. Israelische Araber sind als Richter, Bürgermeister und Beamte tätig. Ein arabischer Israeli bekleidet einen Ministerposten, ein anderer ist stellvertretender Aussenminister. Zusätzlich zur hebräischen Sprache, ist Arabisch offizielle Landessprache. Es gibt zwar noch Probleme im Bezug auf die volle Eingliederung der arabischen Minderheit, besonders im wirtschaftlichen Bereich, diese Probleme ähneln jedoch denjenigen, mit denen sich grosse Minderheiten in vielen westlichen Ländern auseinandersetzen müssen.

## Zurück zum Friedensprozess

### ◆ Besitzen die Palästinenser ein vertretbares "Rückkehrrecht"?

Die Palästinenser verlangen einen eigenen Staat, sie verlangen aber gleichzeitig auch das "Rückkehrrecht" in Gebiete, die innerhalb der vor 1967 bestimmten Grenzlinien liegen. Unter allgemeinem internationalen Recht, den einschlägigen UN Resolutionen oder den Abkommen zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn wird allerdings keine solche Forderung anerkannt.

Unter den gegenwärtigen demographisch-geographischen Gegebenheiten, ist der Zustrom einer grossen Zahl von Flüchtlingen in das israelische Staatsgebiet sicher nicht durchführbar. Angesichts der Tatsache, dass die Bevölkerung Israels heute etwa 7 Millionen umfasst ( etwa ein Fünftel sind arabische Israelis), brächte der Zustrom von Millionen Palästinensern die Existenz Israels als jüdischen Staat in Gefahr, zerstörte seine grundlegende Identität als Heimstätte des jüdischen Volkes und als Zufluchtsort für verfolgte Juden. Demzufolge ist die Forderung in Israel zu leben, eigentlich ein Euphemismus für die demographische Zerstörung des jüdischen Staates.

Die von den Palästinensern vorgebrachte Forderung nach unbeschränkter Einwanderung nach Israel beruht auf einem politischen Komplott derjenigen, die Israels Fortbestehen nicht zulassen wollen. Es ist unaufrichtig, dass die Palästinenser einen eigenen Staat verlangen und gleichzeitig das Recht auf freie Einwanderung in einen anderen Staat, den Staat Israel, fordern. Durch ihre andauernde Forderung nach einem Recht, das eigentlich die grundlegende Identität des Staates Israel negiert, untergräbt die palästinensische Führung jegliche Friedensaussichten. Als Ergebnis des Friedensprozesses sollten zwei Nationalstaaten für zwei Völker entstehen, wie es die Vereinten Nationen im [Teilungsplan](#) von 1947 vorgesehen hatten.

Das seit etwa 60 Jahren ungelöste palästinensische Flüchtlingsproblem hat im gesamten Nahen Osten viel Leid und Unbeständigkeit mit sich gebracht. Abgesehen von den gegenwärtigen sozialen und humanitären Aspekten dieses Problemkreises, ist es von grosser Bedeutung, die Ursachen dieses Problems zu erforschen und zu untersuchen, um zu hinterfragen, aus welchen Gründen es sechs Jahrzehnte hindurch aufrechterhalten wurde.

Der unmittelbare Auslöser des Flüchtlingsproblems liegt in der Weigerung der Araber, die 1947 verabschiedete Resolution 181 der UN Generalversammlung anzuerkennen, die das britische Mandatsgebiet in einen arabischen und einen jüdischen Staat aufteilen sollte und der darauffolgende, von den arabischen Staaten ausgelöste Krieg, von dem sie sich die Zerstörung Israels versprachen. Viele palästinensische Araber, die in umkämpften Gegenden lebten, verliessen ihre Häuser, entweder auf Verlangen arabischer Herrscher oder aus Angst vor den Kämpfen und der Ungewissheit eines Lebens unter jüdischer Herrschaft. Das Flüchtlingsproblem wäre nie entstanden, wenn dieser Krieg dem Staat Israel von den arabischen Staaten und der lokalen palästinensischen Führung nicht aufgezwungen worden wäre.

Israel trägt keinerlei Verantwortung für die Schaffung oder das Andauern des palästinensischen Flüchtlingsproblems. Daher kann es keinesfalls, nicht einmal als grosszügige Geste, die Verantwortung für das Problem übernehmen.

Leider haben in diesem Zeitraum zahllose Flüchtlinge in vielen Teilen der Welt vor Kriegen und Konflikten fliehen müssen. Fast alle wurden wieder angesiedelt und in die Gesellschaft eingegliedert. Die einzige Ausnahme bilden nach wie vor die Palästinenser, die vorsätzlicherweise und zu politischen Zwecken in diesem Flüchtlingsdasein gehalten werden.

Das Schicksal der palästinensischen Flüchtlinge steht in scharfem Gegensatz zu dem vieler Juden, die nach der Gründung des Staates Israel aus den arabischen Ländern fliehen und ihre gesamten Besitz zurücklassen mussten. Trotz der Schwierigkeiten wurden die Hunderttausenden jüdischen Flüchtlinge als Bürger des Staates Israel integriert.

Die arabischen Staaten, mit Ausnahme Jordaniens, haben das Flüchtlingsproblem aufrechterhalten, um es als Waffe in ihrem Kampf gegen Israel einzusetzen. Die Flüchtlinge leben weiterhin in dichtbevölkerten Lagern, in Armut und Verzweiflung. Es wurden nur wenige Versuche unternommen, sie in die zahlreichen arabischen Staaten der Region zu integrieren. Diese Flüchtlinge, ihre Kinder, Enkel und Urenkel leben heute in einer Reihe von arabischen Staaten, ohne politische, wirtschaftliche oder soziale Rechte zu geniessen. Diese Politik verfolgte das Ziel, internationale Sympathien für das palästinensische Anliegen zu gewinnen, - auf Kosten der Palästinenser selbst.

Die internationale Gemeinschaft spielte ebenfalls eine Rolle in der Aufrechterhaltung des palästinensischen Flüchtlingsproblems. Sie hat sich Anstrengungen, die Flüchtlinge entsprechend der internationalen Regeln neu anzusiedeln, widersetzt. Das UN Flüchtlingskommissariat, das damit beauftragt ist, den Flüchtlingsgruppen der Welt eine ständige Niederlassung zu finden, weicht dieser Verantwortung den Palästinensern gegenüber aus. Stattdessen wurde eine Sonderorganisation für den Umgang mit den palästinensischen Flüchtling gegründet. Diese Organisation, die United Nations Relief and Works Agency (UNWRA), ist einzig und allein damit beschäftigt, die Palästinenser in den Flüchtlingslagern zu belassen und sie zu unterstützen.

Die internationale Gemeinschaft hat dem politischen Druck der arabischen Staates nachgegeben und den Palästinensern eine Ausnahme von der international gültigen Definition des Flüchtlings entsprechend der 1951 verabschiedeten UN Flüchtlingskonvention und dem Protokoll von 1967, in denen keinerlei Nachkommen erwähnt werden, gewährt. Dieser Ausnahme nach, die nie zuvor einer anderen Bevölkerung gewährt wurde, werden alle nachkommenden Generationen der ursprünglichen palästinensischen Flüchtlinge, ebenfalls als Flüchtlinge anerkannt. Das bedeutet, dass die Mehrheit der palästinensischen Flüchtlinge, die nach Israel einwandern wollen, eigentlich nie innerhalb der Staatsgrenzen Israel gelebt haben. Darüberhinaus schliesst die aussergewöhnliche Definition der Flüchtlinge im Fall der Palästinenser jeden Araber ein, der vor seiner Abreise nur zwei Jahre lang in der Gegend, die später zum Staat Israel erklärt wurde, gelebt hatte. Diese Ausnahmen haben die Zahl der palästinensischen Flüchtlinge anschwellen lassen und zugelassen, dass die ursprüngliche Zahl von Hundert Tausenden in die Millionen anstieg.

Die Palästinenser behaupten fälschlicherweise, dass sich ihre Forderungen auf UN Resolutionen stützen, insbesondere auf Paragraph 11 der [Vollversammlungsresolution 194](#) (Dezember 1948). Die Vollversammlung ist jedoch kein gesetzgeberisches Organ und Vollversammlungsresolutionen zu politischen Themen bilden keine rechtlich verbindlichen Auflagen.

Bei der Bezugnahme auf Vollversammlungsresolution 194 sind eine Reihe von Zusatzpunkten von Bedeutung:

Die arabischen Staaten lehnten Resolution 194 ursprünglich ab und können daher ihre heutigen Ansprüche nicht auf diese, abgelehnte Resolution stützen.

Diese Resolution bildete 1948 von Seiten der UN einen Versuch, durch Empfehlungen zu einer Reihe von Schlüsselfragen, (Jerusalem, Grenzen, Flüchtlinge usw.), die darauf abzielten, eine "Endstatusregelung aller offengebliebenen Fragen" zwischen beiden Seiten zu erreichen, diese an den Verhandlungstisch zu bringen. Ein einziger Absatz von 194 (Paragraph 11) behandelt Flüchtlinge. Dieser Paragraph enthält keine einzige Bezugnahme auf irgendwelche Rechte, sondern drückt lediglich die Empfehlung aus, dass es Flüchtlingen erlaubt werden soll, zurückzukehren. Es ist unlogisch, unabhängig vom übrigen Text der Resolution, die Implementierung eines einzigen Satzes zu verlangen.

Darüberhinaus setzt die Resolution spezifische Vorbedingungen und Beschränkungen für die Rückkehr vor, insbesondere die Forderung, dass die Flüchtlinge die Absicht äussern in Frieden mit ihren Nachbarn zusammenzuleben. Die von der palästinensischen Bevölkerung ausgedrückte Unterstützung der im September 2000 ausgelösten Reihe von Terroranschlägen, sowie der in der Vergangenheit klar geäusserten, kriegerischen Einstellungen, haben eine solche Möglichkeit bisher ausgeschlossen.

Die Resolution verwendet ausdrücklich den allgemeinen Ausdruck "Flüchtling" und nicht "arabische Flüchtlinge" und drückt dabei aus, dass die Resolution auf alle Flüchtlinge, sowohl jüdische, als auch arabische Flüchtlinge, anzuwenden ist. Es sollte nicht ausser Acht gelassen werden, dass nach der Gründung des Staates Israel 1948 eine mindestens gleichgrosse Zahl von jüdischen Bewohnern arabischer Staaten und arabischer Bewohner Israels in ein Flüchtlingsdasein gezwungen wurden.

Die Resolution sieht vor, dass die Entschädigung für die Flüchtlinge, die nicht zurückkehren wollen oder deren Besitz beschädigt oder zerstört wurde, "von den verantwortlichen Regierungen oder Behörden" zu erstatten ist. In der Entschädigungsforderung wird Israel nicht ausdrücklich namentlich erwähnt und es ist offensichtlich, dass die Verwendung des Plurals ( Regierungen) die palästinensische Forderung, die Implementierung dieser Resolution einzig und allein auf Israel anzuwenden, ausschliesst.

UN Sicherheitsratsresolution 242 von 1967 ergänzt Resolution 194 und bestärkt Israels Haltung dadurch, dass jede Bezugnahme auf das "Rückkehrrecht" oder überhaupt auf Vollversammlungsresolution 194 unterlassen wird. Stattdessen beschränkt sich 242 auf die Bestätigung der Notwendigkeit "eine gerechte Lösung für das Flüchtlingsproblem zu finden."

Zusammenfassend muss man feststellen, dass die Palästinenser, nach einer anfänglichen Ablehnung der Resolution, jetzt einige Elemente von Resolution 194, die politische und rhetorische Gewinne versprechen, auszugsweise für sich beanspruchen. Gleichzeitig werden andere Aspekte der behandelten Themen ignoriert.

Im internationalen Recht wird das Rückkehrprinzip in einschlägigen Menschenrechtsverträgen behandelt. Das Prinzip behandelt jedoch ausschliesslich Einzelpersonen ( nicht ganze Völker) und grundsätzlich haben Regierungen das Recht, in einen Staat zurückzukehren, auf die Staatsangehörigen dieses Staates beschränkt.

Kein einziges der zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn abgeschlossenen Abkommen erwähnt ein Rückkehrrecht. Im Verlauf des Friedensprozesses sind Israelis und Palästinenser übereingekommen, dass die Flüchtlingsfrage, wie auch andere Fragen, als Teil einer Endstatusregelung zwischen den Parteien angesehen werden könnte. Israel hält sich an diese Verpflichtung.

## [Zurück zum Friedensprozess](#)

### ◆ **Welchen Status hat Jerusalem inne?**

Jerusalem ist den drei monotheistischen Religionen heilig: dem Judentum, dem Christentum und dem Islam. Der religiöse Status von Jerusalem verleiht dieser Stadt und allem was in dieser Stadt vorgeht, eine solch herausragende Bedeutung. Israel würdigt und garantiert die Rechte aller Gläubigen und schützt ihre Heiligtümer in dieser Stadt, wie auch an allen anderen Orten des Landes. Gleichzeitig genießt Jerusalem wegen seiner religiösen Bedeutung einen Sonderstatus; Jerusalem ist auch die Hauptstadt des Staates Israel.

Jerusalem bildet "das Herz und die Seele" der geistigen Identität und der nationalen Bestrebungen des jüdischen Volkes. Wannimmer die Juden als unabhängiges Volk im Land Israel lebten, bildete Jerusalem ihre Hauptstadt. Jerusalem diente als historische Hauptstadt des jüdischen Volkes, seitdem König David sie im Jahre 1004 v. u. Z. zu seiner Hauptstadt erklärte. Jerusalem behielt bis zu seiner Zerstörung durch die Römer im Jahre 70 n. Chr. und dem darauffolgenden Verlust der jüdischen Unabhängigkeit, den Status der Hauptstadt.

Die jüdische Unabhängigkeit wurde 1948, mit der Gründung des Staates Israel, wieder hergestellt. Kurz darauf erklärte die Knesset ( das israelische Parlament), Jerusalem zur Hauptstadt des Staates Israel. Im Anschluss an diese Entscheidung, wurden die Regierungsbehörden in Jerusalem eingerichtet, das Amt des Staatspräsidenten, die Regierungsministerien, die Knesset und der Oberste Gerichtshof. 1980 verabschiedete die Knesset das "[Grundrecht: Jerusalem, Hauptstadt von Israel](#)", das ihre Entscheidung gesetzlich verankert.

Die meisten Staaten haben Israels souveränes Recht, seine eigene Hauptstadt zu bestimmen, nicht respektiert und sich geweigert, Jerusalem als Hauptstadt Israels anzuerkennen. Die Gründe für diese Entscheidung sind grundsätzlich politischer Natur und widersprechen den Prinzipien des internationalen Rechts. Israel sollte dieselben Grundrechte geniessen dürfen, wie jeder andere Staat, wenn es um die Bestimmung seiner eigenen Hauptstadt geht.

Im Laufe der Jahrhunderte hat kein einziges Volk, ausser dem jüdischen Volk, Jerusalem zu seiner Hauptstadt erklärt. Trotz seiner Bedeutung für andere Religionen, ist das Judentum die einzige Religion, die Jerusalem im Mittelpunkt ihres Glaubens angesiedelt hat.

## [Zurück zum Friedensprozess](#)

### ◆ **Welchen Status haben die Gebiete?**

Die Verfügungsgewalt über das Westjordanland und den Gazastreifen wurde 1967 in einem Selbstverteidigungskrieg auf Israel übertragen. In den darauffolgenden, fast 25 Jahren, lehnten die Palästinenser jedes israelische Angebot ab, verpassten eine Gelegenheit nach der anderen, den Streitfall auf friedlichem Weg, in Verhandlungen, zu lösen. [2005 fasste Israel den Entschluss, sich unilateral aus dem Gazastreifen zurückzuziehen](#). Die Herrschaft über dieses Gebiet wurde den Palästinensern übergeben, in der Hoffnung, dass sie sie zur Schaffung der Grundlage für einen friedlichen zukünftigen palästinensischen Staat einsetzen würden. Leider wurden Israels Hoffnungen zerschlagen.

Solange der zukünftige Status des Westjordanlandes verhandelt wird, ist Israels Anspruch nicht weniger gerechtfertigt als der der Palästinenser. In diesem Gebiet befand sich zur Zeit der Bibel die Wiege der jüdischen Zivilisation, Tausende von Jahren hindurch befanden sich dort jüdische Niederlassungen. Das heutige Israel ist über tiefgehende Wurzeln mit den zahlreichen, im Westjordanland befindlichen historischen Stätten verbunden. Israels Anspruch auf dieses Gebiet stützt sich jedoch nicht nur auf seine uralten Bande, religiösen Überzeugungen und Sicherheitsansprüche; er ist darüberhinaus fest im internationalen Recht und Usus verankert.

Israels Präsenz im Westjordanland und dem Gazastreifen geht auf das Jahr 1967 und den [Sechs-Tage-Krieg](#) zurück. Es muss daran erinnert werden, dass Israels Herrschaft über die Gebiete das Ergebnis eines Verteidigungskrieges darstellt, der aus einem Angriff auf Israels pure Existenz hervorging. Aufgrund der Kompromisslosigkeit Israels arabischer Nachbarstaaten, die Israels zahlreiche Friedensangebote, einschliesslich einer Botschaft nach dem Sechs-Tage-Krieg, dass Israel bereit sei, die meisten Gebiete für einen Frieden aufzugeben, beständig zurückwies, dauert diese Herrschaft an. [Ägypten](#) (1979) und [Jordanien](#) (1994) schlossen mit Israel Friedensverträge ab. Die Palästinenser habe sich dem noch nicht angeschlossen.

Es wurde behauptet, die israelische Anwesenheit in den Gebiete widerspreche der UN [Sicherheitsratsresolution 242](#) aus dem Jahre 1967, einem der Grundpfeiler des Friedensprozesses. Diese Behauptung ignoriert sowohl den Wortlaut als auch die ursprüngliche Absicht von 242. Die Autoren dieser Resolution erkannten, dass die Grenzen vor 1967 nicht zu verteidigen sind und wählten mit Absicht den Ausdruck "Rückzug aus Gebieten" ( und nicht "aus allen Gebieten", wie die Palästinenser gehaupten), um die Notwendigkeit auszudrücken, für die künftigen Grenzen

Anpassungen durchzuführen.

Resolution 242 (und [Resolution 338](#) aus dem Jahre 1973) enthalten im Übrigen Auflagen für beide Seiten. Die arabischen Regime können nicht verlangen, dass Israel sich zurückzieht, während sie ihre eigenen Verantwortungen und die Notwendigkeit zu Verhandlungen ignorieren. Die Tatsache, dass 242 zur "Einstellung aller Forderungen oder Formen der Kriegsführung" aufruft, und dem "Recht, innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen frei von Drohungen und Akten der Gewalt in Frieden zu leben", wird von ihnen absichtlich übersehen.

Israels Anwesenheit in den Gebieten wird oft fälschlicherweise als "Besetzung" bezeichnet. Laut internationalem Recht spricht man von Besetzung in Gebieten, die von einem anerkannten Herrscher übernommen wurden. Die jordanische Herrschaft über das Westjordanland, sowie die ägyptische Herrschaft über den Gazastreifen nach 1948 bildeten das Ergebnis eines Angriffskriegs, in dem der neugegründete jüdische Staat zerstört werden sollte. Ihre Angriffe bildeten einen eindeutigen Verstoß gegen Resolution 181 der UN Vollversammlung aus dem Jahre 1947 (auch Teilungsplan genannt). Demzufolge wurde die ägyptische und jordanische Übernahme der Gebiete von der internationalen Staatengemeinschaft nie anerkannt. Da keines dieser Gebiete einem vorherigen, legitimen Herrscher zugeteilt war, konnten diese Gebiete nach internationalem Recht nicht als besetzt angesehen werden und die korrekte Bezeichnung wäre die der umstrittenen Gebiete.

Palästinensische Sprecher behaupten nicht nur, die Gebiete seien besetzt, sie behaupten darüberhinaus, die Besetzung sei – als solche – illegal. Das internationale Recht untersagt eine Besetzung allerdings nicht. Es versucht im Gegenteil, solche Situationen mittels internationaler Abkommen und Verträge zu regeln. Daher sind Behauptungen, die sogenannte israelische "Besetzung" sei illegal – ohne Bezugnahme auf ihre Ursache noch auf die Faktoren, die für ihr Andauern verantwortlich sind – nichtfundierte Unterstellungen, ohne jegliche Untermauerung im internationalen Recht.

Palästinensische Versuche, die israelische Präsenz in den Gebieten als Hauptgrund für den Konflikt darzustellen, ignorieren historische Tatsachen. Der palästinensische Terror ist älter als Israels Herrschaft über die Gebiete (sogar älter als der Staat Israel selbst). Die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) wurde 1964 gegründet, 3 Jahre bevor Israel die Gebiete übernahm. Der palästinensische Terror war im Übrigen oft genau dann besonders aktiv, wenn ein Verhandlungsabkommen sich abzuzeichnen schien, auf dem Höhepunkt des Oslo-Prozesses, in der Mitte der neunziger Jahre oder nach Israels beispiellosen Friedensangeboten in Camp David und Taba im Jahre 2000.

Manche Stimmen behaupten, wenn man die Uhr bis 1967 zurückdrehen könnte (d.h. ein völliger israelischer Rückzug aus allen Gebieten), wäre der Konflikt beigelegt und keine Grenzstreitigkeiten müssten mehr gelöst werden. Es muss daran erinnert werden, dass es 1967 keinen palästinensischen Staat gab und keine Verbindung zwischen dem Gazastreifen und dem Westjordanland. Und dennoch drohten seine arabischen Nachbarn dem Staat Israel seine Zerstörung an. Israel soll jetzt eine völlig neue Struktur schaffen, dessen Endprodukt das Ergebnis von direkten Verhandlungen zwischen beiden Parteien darstellen muss.

Das Westjordanland kann bestenfalls als umstrittenes Gebiet angesehen werden, auf das widersprüchliche Ansprüche gestellt werden, die in Friedensverhandlungen zu lösen sind. Der Endstatus dieses umstrittenen Gebietes kann nur in Verhandlungen zwischen den Parteien festgelegt werden. Versuche, eine Lösung durch Terroranschläge zu erzwingen sind ethisch unvertretbar und dienen nur dazu, weitere Gewalt und Terror hervorzurufen.

## [Zurück zum Friedensprozess](#)

### ◆ **Sind israelische Siedlungen legal?**

[Israelische Siedlungen im Westjordanland sind rechtmässig](#), sowohl nach internationalem Recht als auch nach den Abkommen zwischen Israel und den Palästinensern. Gegenteilige Behauptungen stellen lediglich Versuche dar, das Recht zu politischen Zwecken zu missbrauchen. Wie jedoch der Status der Siedlungen auch sein mag, ihr Bestehen darf nie dazu verwandt werden, den Terror zu rechtfertigen.

Die Palästinenser behaupten wiederholt, die Siedlungstätigkeit sei illegal und verlangen von Israel, jede einzelne Siedlung aufzulösen. Sie verlangen eigentlich, dass alle Bewohner, bis auf den letzten Juden, das Westjordanland verlassen, eine Form von ethnischer Säuberung. Im Gegensatz dazu, leben in Israel selbst Araber und Juden nachbarschaftlich nebeneinander. In der Tat sind israelische Araber, die etwa 20% der israelischen Bevölkerung ausmachen, gleichberechtigte israelische Staatsbürger.

Der palästinensische Aufruf, jegliche jüdische Anwesenheit aus den umstrittenen Gebieten zu verbannen ist nicht nur diskriminierend und moralisch verwerflich, er besitzt auch keinerlei Grundlage, weder in Gesetzeshinsicht, noch in den Abkommen zwischen Israel und den Palästinensern.

Die verschiedenen zwischen Israel und den Palästinensern seit 1993 abgeschlossenen Abkommen enthalten keinerlei Verbot, Siedlungen auszubauen oder zu gründen. Ganz im Gegenteil wird ausdrücklich vorgesehen, dass die Fragen der Siedlungen bei den Endstatusverhandlungen aufgenommen werden sollen, die in der Abschlussphase der Friedensgespräche zu führen sind. Die Parteien waren ausdrücklich übereingekommen, dass vor dem Abschluss einer Endstatusvereinbarung, die palästinensische Autonomiebehörde keinerlei Rechtsbarkeit oder Herrschaft über die Siedlungen oder israelische Staatsbürger besitzt.

Es wurde behauptet, dass die im israelisch-palästinensischen Interim-Abkommen enthaltene Vorkehrung, die den Status Quo des Westjordanlandes verändernde, unilaterale Schritte verbietet, ein Verbot der Siedlungsaktivitäten mit sich bringt. Diese Haltung ist unaufrichtig. Das Verbot unilateraler Massnahmen sollte verhindern, dass die eine oder andere Seite Schritte unternimmt, die den rechtlichen Status dieses Gebietes verändern könnte ( wie etwa durch Annexierung oder unilaterale Erklärung einer Staatsgründung), vor einem Ergebnis in den Endstatusgesprächen. Der Bau von Wohnhäusern hat keinerlei Einfluss auf den Endstatus des Gebietes an sich. Sollte dieses Verbot auf den Bau von Wohnhäusern angewandt werden, würde das zu der unangemessenen Auslegung führen, dass weder die eine noch die andere Seite den Wohnbedürfnissen ihrer jeweiligen Gemeinschaften entsprechen dürfen.

Da der israelische Anspruch rechtlich gültig ist, ist es für Israelis gleichermaßen rechtens ihre Gemeinden in diesen Gebieten zu bauen, wie es für die Palästinenser ist, ihre Gemeinden zu bauen. Im Sinne des Kompromisses haben die verschiedenen israelischen Regierungen ihre Bereitschaft ausgedrückt, über dieses Thema zu verhandeln und haben aus eigener Entscheidung heraus, als vertrauensfördernde Massnahme, den Bau von neuen Siedlungen eingestellt.

Im Übrigen stehen die von Israel im Westjordanland gegründeten Siedlungen in völliger Übereinstimmung mit dem internationalen Recht. Es wurde versucht zu behaupten, die Siedlungen verstössen gegen Artikel 49 des Vierten Genfer Abkommens von 1949, der besagt: " Die Besetzungsmacht darf nicht Teile ihrer eigenen Zivilbevölkerung in das von ihr besetzte Gebiet deportieren oder umsiedeln." Diese Behauptungen sind jedoch rechtlich ungültig, da israelische Staatsbürger weder in die Gebiete deportiert noch umgesiedelt wurden.

Obwohl Israel sich aus eigenem Antrieb dazu verpflichtet hat, den humanitären Auflagen des Vierten Genfer Abkommens Folge zu leisten, besteht Israel darauf, dass das Abkommen ( das sich auf besetzte Gebiete bezieht) nicht auf die umstrittenen Gebiete anzuwenden ist. Da es weder im Westjordanland noch im Gazastreifen vor dem Sechs-Tage-Krieg von 1967 einen international anerkannten souveränen Herrscher gab, konnten diese Gebiete nicht zu "besetzten Gebieten" werden, sobald die Herrschaft über diese Gebiete in israelische Hände fiel.

Auch wenn das Vierte Genfer Abkommen auf die Gebiete anzuwenden wäre, könnte Artikel 49 nicht auf die jüdischen Siedlungen angewandt werden. Das Abkommen wurde im unmittelbaren Anschluss an den Zweiten Weltkrieg aufgesetzt, vor dem Hintergrund massiver, zwangsweiser Bevölkerungs-umsiedlungen, die in diesem Zeitraum vorgenommen wurden. Wie es der Kommentar des Internationalen Roten Kreuzes zum Abkommen bestätigt, sollte Artikel 49 ( mit dem Titel "Zwangsweise Einzel- oder Massenumsiedlungen sowie Deportationen und Evakuierungen"), die zwangsweise Umsiedlung der Zivilbevölkerung verhindern, wodurch die ortsansässige Bevölkerung vor einer Umsiedlung geschützt werden sollte. Israel hat seine Staatsbürger nicht zwangsweise in die Gebiete umgesiedelt und das Abkommen enthält keinerlei Verbot dazu, dass Einzelpersonen ihren Wohnsitz frei wählen. Die Siedlungen verfolgen im Übrigen nicht die Absicht, die arabischen Bewohner umzusiedeln, noch erfolgt dies vor Ort. Unabhängige Untersuchungen haben ergeben, dass die bebauten Flächen der Siedlungen (ausschliesslich der Strassen oder unbewohnter anliegender Flächen), etwa 3% des gesamten Bereiches des Westjordanlands ausmachen.

Israels Gebrauch dieses Bodens zu Siedlungszwecken entspricht allen Regeln und Normen des internationalen Rechts. Im Privatbesitz befindlicher Boden wird nicht zu Zwecken der Siedlungsgründung beschlagnahmt. Darüberhinaus untersteht die Siedlungstätigkeit der Aufsicht des Obersten Gerichtshof des Staates Israel (in seiner Eigenschaft als Oberstes Berufungsgericht) und jeder Bewohner der Gebiete, einschliesslich palästinensischer Bewohner, kann sich direkt an dieses Gericht wenden.

Das Vierte Genfer Abkommen verfolgte sicher nicht die Absicht, Einzelpersonen davon abzuhalten, im Land ihrer Vorfahren zu leben oder auf dem Besitz, der ihnen auf illegale Art und Weise entrissen worden war. Eine grosse Zahl der heutigen israelischen Siedlungen wurden an Orten errichtet, an denen im Westjordanland (Judäa und Samarien) jüdische Gemeinden früherer Generationen bestanden, als Ausdruck der tiefgehenden historischen und religiösen Verbindung des jüdischen Volkes mit diesem Land. Viele der ältesten und heiligsten jüdischen Stätten, einschliesslich der Patriarchengruft (der Grabstätte von Abraham, Isaak und Jakob) und Rachels Grabstätte befinden sich in diesen Gebieten. Jüdische Gemeinden, wie die in Hebron angesiedelte Gemeinde ( der Stadt, mit einer, bis zu dem Massaker von 1929 ununterbrochenen jüdischen Gemeinde), bestanden Jahrhunderte hindurch. Andere Gemeinden, wie der Gush Etzion Block in Judäa, wurden vor 1948 zur Zeit des international getragenen britischen Mandats gegründet.

Das Recht der Juden sich in allen Teilen des Landes Israel anzusiedeln wurde von der internationalen Gemeinschaft 1922 im Völkerbundsmandat für Palästina erstmals anerkannt. Ziel des Mandats war, die Gründung einer jüdischen nationale Heimstätte in der historischen Heimat des jüdischen Volkes zu erleichtern. Artikel 6 des Mandats sieht in der Tat die "Förderung einer geschlossenen jüdischen Ansiedlung durch Zurverfügungstellung von Staats- und Brachländereien vor."

Im Verlauf von über Tausend Jahren war die jüdische Besiedlung des Westjordanlandes nur ein einziges Mal untersagt, nämlich unter der jordanischen Besetzung (1948-1967), die auf eine bewaffnete Invasion zurückzuführen war. Während der jordanischen Herrschaft, die keine internationale Anerkennung erfuhr, beseitigte Jordanien (genau wie Ägypten im Gazastreifen) die jüdische Anwesenheit im Westjordanland und erklärte den Verkauf von Boden an jüdische Käufer zu einem Schwerverbrechen. Es ist unhaltbar, dass diese skandalöse Haltung, das Recht der Juden, ihr Heim in diesen Gebieten zu gründen, ausser Kraft setzen konnte; dementsprechend haben die Rechtsansprüche auf Grundstücke, die schon erstanden worden waren, ihre Gültigkeit bis zum heutigen Tage beibehalten.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die oft wiederholte Behauptung bezüglich der Illegalität der israelischen Siedlungen keinerlei rechtliche oder faktische Grundlage besitzt, weder nach internationalem Recht noch entsprechend der Abkommen zwischen Israel und den Palästinensern. Solche Behauptungen können nur als politisch motiviert angesehen werden. Wichtig ist, dass jede politische Forderung – einschliesslich der Forderung bezüglich der Siedlungen – nie verwendet werden darf, um Terroranschläge auf eine unschuldige Zivilbevölkerung zu rechtfertigen.

**[zurück nach oben](#)**

## **Israel**

- [Was sind Israels Hauptziele?](#)
- [Was ist Zionismus?](#)
- [Was ist das Rückkehrrecht und warum ist es noch gültig?](#)
- [Was ist Holocaustverleugnung?](#)
- [War das europäische Schuldgefühl nach dem Holocaust für die Gründung des Staates Israel verantwortlich?](#)
- [Was ist Antisemitismus?](#)
- [Ist jede Kritik an Israel antisemitisch ?](#)
- [Ist Israel ein Apartheidsstaat?](#)
- [Wie schützt Israels Rechtssystem Menschenrechte und Grundfreiheiten?](#)

- Wird Israel von der internationalen Gemeinschaft fair behandelt?
- Warum hat die Zahl der antisemitischen Vorfälle zugenommen?

#### ◆ Was sind Israels Hauptziele?

Israels Hauptziel besteht in seiner andauernden Existenz als Staat, der eine nationale Heimstätte für das jüdische Volk und gleichzeitig einen demokratischen Staat für all seine Bürger, sowohl Araber als auch Juden, darstellt. Israelis wollen in einem sicheren Land leben, das friedlich mit seinen Nachbarn zusammenlebt.

Um Israels Identität als jüdischer und demokratischer Staat zu wahren, muss Israel, nach eigener Überzeugung, einen politischen Prozess fördern, der zur Schaffung zweier Nationalstaaten führen wird, dem einen für Israelis, dem anderen für Palästinenser.

Der Staat Israel versteht sich als nationale Heimstätte sowohl für israelische Staatsbürger, die hier leben, als auch für Juden, die an anderen Orten leben. Mit seiner Gründung bot Israel eine volle und umfassende Antwort für das Problem der jüdischen Flüchtling, die gezwungen worden waren, die arabischen Länder und Europa zu verlassen.

Auf ähnliche Art und Weise muss der zukünftige palästinensische Staat eine volle und umfassende Lösung für die Palästinenser bieten, einschliesslich derjenigen, die gegenwärtig in den Gebieten leben und derjenigen, die sie verlassen haben und absichtlich in einem Flüchtlingszustand belassen wurden, damit sie während der Verhandlungen als Verhandlungsgegenstand benutzt werden können.

Israels Zukunft als demokratischer und jüdischer Staat wird am besten durch eine friedliche Lösung des Konflikts garantiert. Wenn diese so inständig herbeigesehnte Lösung endlich erreicht ist, werden die Früchte des Friedens nicht nur Israel, sondern auch all seinen Nachbarn zu Gute kommen.

[Zurück zu israel](#)

#### ◆ Was ist Zionismus?

Der Zionismus ist die Bewegung zur Wiederherstellung der Selbstbestimmung des jüdischen Volkes in seiner Heimat und die Wiederherstellung der jüdischen Souveränität im Land Israel. In vielerlei Hinsicht kann der Zionismus als die nationale Befreiungsbewegung des jüdischen Volkes angesehen werden.

Der Wunsch der Juden, in ihre Heimat zurückzukehren, begann vor etwa 2000 Jahren. Im Jahre 70 n.Chr. zerstörten die Römer den heiligen Tempel und die ganze Stadt Jerusalem, die religiöse und verwaltungstechnische Hauptstadt des jüdischen Volkes. Dieses Werk furchtbarer Zerstörung setzte der jüdischen Unabhängigkeit ein Ende; in den darauffolgenden Jahrzehnten wurden die meisten Juden Israel ins Exil verbannt. Eine kleine Gruppe konnte verbleiben, sodass im Laufe der gesamten Geschichte, zu jedem Zeitpunkt eine jüdische Präsenz in Israel zu finden war.

Trotz ihres Exils gab die grosse Mehrheit der Juden die Hoffnung auf eine Rückkehr in ihre Heimat nie auf. Diese Sehnsucht findet ihren Ausdruck in den Gebeten und der Literatur des jüdischen Volkes. Am Ende des jährlichen Ostermahles z.B. wiederholen die Juden in der ganzen Welt das Gelöbnis "Nächstes Jahr in Jerusalem" ; bei einer jüdischen Hochzeit spricht der Bräutigam Psalm 137 "Wenn ich dein vergesse, Jerusalem, verdorre meine Rechte!

Die jüdische Verbindung mit dem Land Israel drückte sich nicht nur im Gebet aus. Als im späten neunzehnten Jahrhundert sich in Europa nationale Bewegungen zu entwickeln begannen und auf diesem Kontinent der Antisemitismus zunahm, begann ein österreichischer jüdischer Journalist, Theodor Herzl, die nationale Bewegung des jüdischen Volkes zu organisieren - die zionistische Bewegung. Der Zionismus verfolgte ein politisches Ziel: Die Gründung eines unabhängigen Staates für das jüdische Volk. Der natürlichste Standort für diesen Staat war Zion, das Land Israel, die Heimat des jüdischen Volkes.

Herzl legt seine Vision in seinem Buch *Der Judenstaat* dar. Er sah einen entwickelten, blühenden Staat vor Augen, in dem alle Bewohner, Juden und Nicht-Juden in Frieden und Eintracht leben. Dieser Traum und seine Verwirklichung bilden den Zionismus.

[Zurück zu israel](#)

#### ◆ Was ist das Rückkehrrecht und warum ist es noch gültig?

Der Staat Israel wurde mit dem Ziel gegründet, allen Juden eine Heimstätte zu bilden, in der sie als freie und gleichberechtigte Bürger leben können, ohne Furcht vor Diskriminierung wegen ihrer religiösen Überzeugung oder ihrer ethnischen Herkunft. Das Bedürfnis nach einer Heimstätte für das jüdische Volk war nach Jahrhunderten ungerechter Behandlung und Verfolgung nur zu offensichtlich geworden. Mit der Verabschiedung des Mandats zur Verwaltung Palästinas durch den Völkerbund im Jahre 1922 und der Verabschiedung der [UN Vollversammlungsresolution 181](#) ( dem Teilungsplan) im Jahre 1947 erkannte die internationale Gemeinschaft dieses Recht an.

[Das Rückkehrrecht](#) (1950), das besagt, "jeder Jude besitzt das Recht in das Land einzuwandern" erfüllt sowohl die Absicht der internationalen Gemeinschaft als auch das Ziel der zionistischen Bewegung.

Wie es in der [Gründungserklärung des Staates Israel](#) heisst, sollte der jüdische Staat auf Grund des "natürlichen Rechtes des jüdischen Volkes, wie alle anderen Völker, in seinem eigenen souveränen Staat Herr seines eigenen Schicksals zu sein", gegründet werden. In der Erklärung heisst es im Weiteren, "der Staat Israel wird der jüdischen Einwanderung und der Sammlung der Juden im Exil offenstehen."

Das Rückkehrrecht auf nicht-Juden oder auf Personen ohne jüdische Familienangehörige auszudehnen, wäre unlogisch und stünde im Gegensatz zur ursprünglichen Zielsetzung bei der Gründung des einzigen jüdischen Staates der Welt.

Das Rückkehrrecht etabliert das Recht jedes Juden, sich in Israel niederzulassen, indem es eine Zufluchtstätte für jeden Juden bietet, der vor Verfolgung flieht. Diesem Gesetz nach, besitzt jeder Jude das Recht, in sein oder ihr historisches Heimatland zurückzukehren und dort eingebürgert zu werden. Das Rückkehrrecht gewährt den Juden das Recht, in ihr Heimatland zurückzukehren, so wie viele Staaten, u.a. westeuropäische Demokratien, denjenigen, die ethnische oder historische Bande zu ihren Ländern besitzen, dieses Recht zugestehen.

Im Gegensatz zu manchen Behauptungen, kann das Rückkehrrecht nicht als diskriminatorisch verstanden werden. Es hindert Personen, die nicht jüdischer Herkunft sind, nicht daran, in Israel eingebürgert zu werden; dieses Recht besteht im Rahmen anderer israelischer Gesetze, ähnlich wie in anderen westlichen Demokratien. Das Gesetz zur Einreise nach Israel (1952) und das Gesetz zur Staatsbürgerschaft (1952) sind beides Gesetzes zur Einbürgerung, die denjenigen anderer westlicher Demokratien ähneln.

Die Frage der palästinensischen Flüchtlinge hat demzufolge keinerlei Beziehung zum Rückkehrrecht. Diese Frage muss zwar im Rahmen eines Friedensabkommens gelöst werden, sie hat jedoch keinerlei Beziehung zum Recht der Juden auf Rückkehr in den einzigen jüdischen Staat der Welt.

[Zurück zu israel](#)

#### ◆ Was ist Holocaustverleugnung?

Der [Holocaust](#) bildete den geplanten und systematischen Versuch, das gesamte jüdische Volk auszurotten. Moderne Versuche, diese, in ihrem Umfang einzigartige Tragödie, zu leugnen oder sogar herunterzuspielen, stellt eine Entweihung des Andenkens an die Millionen von Opfern dar.

1933 kam Adolf Hitler in Deutschland an die Macht und erstellte ein rassistisches Regime, in dem Juden als "Untermenschen", nicht als Teil der menschlichen Rasse, galten.

Nachdem Deutschland 1939 den Zweiten Weltkrieg ausgelöst hatte, begann Hitler die Durchführung seiner "Endlösung", der Vernichtung des jüdischen Volkes. Seine Kräfte pferchten die Juden in Ghettos zusammen und richteten Arbeits- Konzentrations- und Todeslager ein, in die die Juden transportiert wurden. Millionen von Juden wurden ermordet, die meisten anderen starben and Hunger und Krankheiten. Hitlers Ziel bestand darin, keinen einzigen Juden der Welt überleben zu lassen.

Während der sechs Kriegsjahre wurden 6 000 000 Juden – einschliesslich 1 500 000 Kinder – von den Nazis ermordet. Hitlers mit erschreckender Effizienz durchgeführte vorsätzliche Vernichtung der Juden, tötete ein Drittel der jüdischen Weltbevölkerung. Dieser Völkermord war einmalig in seinem Ausmass, seiner Planung und seiner Durchführung. Er verfolgte das Ziel, ein ganzes Volk zu vernichten, woimmer es sich befand, einzig und allein wegen seiner jüdischen Geburt. Aus diesem Grund erhielt er einen eigenen Namen: Holocaust.

Heutzutage, etwas über sechzig Jahre später, leugnen viele Antisemiten die Tatsache, dass der Holocaust stattgefunden hat oder sie versuchen diese Tragödie herunterzuspielen, indem sie behaupten, ihr Umfang sei viel geringer gewesen. Einige Rassisten versuchen den Nazismus von diesem Bösen zu bereinigen. Andere glauben, der Staat Israel sei entstanden, um die Juden für den Holocaust zu entschädigen. Durch das Leugnen enes solchen Geschehens, wollen sie Israel seines Existenzrechts berauben. Aus diesem Grund geniessen die Holocaustverleugner solche Unterstützung in arabischen Staaten. Während des Zweiten Weltkriegs unterstützten einige arabische Führer die Absicht der Nazis, die Juden auszurotten; einige arabische Stimmen haben es offen bedauert, dass er sein Werk nicht zu Ende geführt hat.

In den letzten Jahren hat die Holocaustverleugnung ein neues Gesicht angenommen. Boshafte Israelhasser sowohl vom rechten als auch vom linken Flügel des politischen Spektrums setzen Israelis oft mit den Nazis gleich und die Palästinenser mit den Juden. Dies ist nicht nur eine horrende Lüge, die darauf abzielt die blosse Existenz Israels zu delegitimieren, es bedeutet ebenfalls den Versuch, den Holocaust zu bagatellisieren. Durch den Vergleich dieser beiden Situationen, die absolut keine Gemeinsamkeiten aufweisen, wird Israel auf unmoralische Art und Weise verurteilt und das Leid der Opfer des Holocaust wird trivialisiert.

Die Holocaustleugnung in all ihren Formen ist moralisch abscheulich und sollte nie toleriert werden. Nur durch das Erinnern, die Dokumentation und das Gedenken des Holocaust können wir dafür sorgen, das so etwas weder den Juden noch einem anderen Volk der Erde jemals widerfahren kann.

[Zurück zu israel](#)

#### ◆ **War das europäische Schuldgefühl nach dem Holocaust für die Gründung des Staates Israel verantwortlich?**

Der Ausdruck "[Holocaust](#)" bezeichnet den von Nazi Deutschland und seinen Helfern im Zweiten Weltkrieg unternommenen Versuch, das jüdische Volk auszurotten. 1945, am Ende des Krieges, waren sechs Millionen Juden ( ein Drittel der jüdischen Weltbevölkerung) ermordet worden.

Es mag zutreffen, dass die Greuel des Holocaustes zahlreiche Menschen zu einem gewissen Mitgefühl mit den Leid der Juden veranlasst haben, dennoch wäre es sicher falsch zu behaupten, dass europäische Schuldgefühle den Hauptgrund für die Gründung des jüdischen Staates darstellt. Der Holocaust kann eventuell als beschleunigender Faktor für einen staatsbildenden Prozess angesehen werden, der schon weit fortgeschritten war.

Die zionistische Bewegung begann im vorigen Jahrhundert und schon in den achtziger Jahren des neunzehnten Jahrhundert begannen die Juden, sich im Land Israel anzusiedeln. Im Laufe der Jahre gründeten sie nicht nur landwirtschaftliche Dörfer, Ortschaften und Städte, sie begannen auch die Grundlagen für den zukünftigen Staat vorzubereiten.

Eine blühende Gesellschaft mit ihrer eigenen, auf den Startschuss wartenden Regierung, arbeitete zielstrebig daraufhin, in den Teilen des Landes, über die ihr in den verschiedenen Friedensplänen der Ära vor der Staatsgründung die Herrschaft zugeteilt worden war, ihre Herrschaft zu etablieren.

Internationale Unterstützung für das Ziel der zionistischen Bewegung – der Gründung einer Heimstätte für das jüdische Volk – hatte lange Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg begonnen. Die anfänglichen Schritte in Richtung auf den jüdischen Staat wurden im Anschluss an den Ersten Weltkrieg unternommen, als im Juli 1922 der Völkerbund, Gross-Britannien das [Mandat für Palästina/dem Land Israel](#) anvertraute.

Der nächste ausschlaggebende Schritt war [UN Vollversammlungsresolution 181](#), die zur Teilung des Mandatsgebiets in zwei Staaten, einen jüdischen und einen arabischen, aufrief. Diese Resolution war ganz offensichtlich nicht nur darauf ausgerichtet, den Juden eine Heimstätte zu gewähren, sondern bedeutete eine gerechte Lösung des Konflikts zwischen den beiden Völkern.

Bemerkenswert ist, dass die meisten europäischen Mitgliedstaaten der UN für die Resolution stimmten, dasselbe gilt auch für die meisten osteuropäischen, latein-amerikanischen und afrikanischen Staaten. Man darf dabei nicht vergessen, dass 1947 der Verfall des Britischen Imperiums schon begonnen hatte und der Prozess der Entkolonialisierung in vielen Teilen der Dritten Welt schon in Gang war.

Angesichts der obengenannten Tatsachen, sollte die Frage nicht lauten, ob europäische Schuldgefühle für die Gründung von Israel verantwortlich sind, sondern vielmehr, warum nicht gleichzeitig ein Staat für die arabischen Bewohner von Palästina gegründet wurde. Die Antwort liegt in der von den Arabern ausgesprochenen Ablehnung des Teilungsplans und ihren Angriffen auf den neugegründeten jüdischen Staat. Dieser Themenkreis wird allerdings von denjenigen, die sich an den Trugschluss der "europäischen Schuld" klammern, weitgehend ausser Acht gelassen, da diese Behauptung untrennbar zu den Theorien gehört, die von denjenigen, die das reine Bestehen Israels delegitimieren wollen, immer wieder vorgebracht werden.

[Zurück zu israel](#)

#### ◆ Was ist Antisemitismus?

Als "Antisemitismus" bezeichnet man die Form des Rassismus, die sich gegen das jüdische Volk wendet. Eine wörtliche Interpretation des Antisemitismus könnte den Eindruck erwecken, er richte sich gegen alle semitischen Völker, das dennoch eine falsche Annahme. Der Ausdruck wurde ursprünglich 1879 in Deutschland geprägt, um die europäischen anti-jüdischen Kampagnen der damaligen Zeit zu beschreiben. Er wurde sehr bald dazu eingesetzt, die Verfolgung oder Diskriminierung der Juden in der ganzen Welt zu bezeichnen. Daher versuchen Araber, die behaupten, sie könnten keine Antisemiten sein, da sie selbst "Semiten" seien, lediglich das Thema zu verschleiern und dadurch ihre eigenen rassistischen Haltungen weisszuwaschen. Dieser Versuch, sich selbst dem Vorwurf des Rassismus zu entziehen, ist besonders lächerlich, angesichts der Tatsache, dass heute in vielen arabischen Staaten ein starker Antisemitismus herrscht.

Trotz der relativ modernen Wurzeln des Ausdrucks Antisemitismus ist der Hass des jüdischen Volkes ein uraltes Phänomen. Der Antisemitismus hat im Laufe der Geschichte verschiedene Formen angenommen und unterschiedliche Motive gewählt. In der Moderne wurde er von extrem nationalistischen und sogar rassistischen Ideologien gefördert. Der Antisemitismus erreichte während des Holocausts seinen Höhepunkt. Über sechs Millionen Juden (ein Drittel der jüdischen Weltbevölkerung) wurden während des Zweiten Weltkriegs auf brutalste, systematische Art und Weise ermordet.

Der moderne Antisemitismus in Europa ist in den letzten Jahren, nachdem er im Anschluss an den Holocaust Jahrzehnte lang unterdrückt worden war, mit neuer Macht wiederausgebrochen. Er nimmt jetzt eine neue Form des "Antizionismus", Hass des Staates Israel, an. Dies trotz der Tatsache, dass der Zionismus die nationale Befreiungsbewegung des jüdischen Volkes darstellt – Ausdruck seines rechtmässigen Strebens nach Selbstbestimmung und nationaler Unabhängigkeit. Die zionistische Bewegung wurde gegründet, um einem uralten Volk, in der Heimat seiner Vorfahren, einen eigenen, souveränen Staat zu gewähren. Israel ist der moderne politische Ausdruck dieses uralten Traumes.

Das Ziel des Antizionismus besteht darin, die Rechtmässigkeit Israels zu untergraben und dadurch dem jüdischen Volk seinen Platz in der Gemeinschaft der Nationen streitig zu machen. Die Verunglimpfung des Zionismus bildet daher einen Angriff auf Israels Grundrecht auf Existenz als Staat unter anderen Staaten, ein Verstoß gegen eines der Grundprinzipien des internationalen Rechts.

So wie der Antisemitismus den Juden das Recht streitig macht, als Individuen in der Gesellschaft zu leben, so greift der Antizionismus das jüdische Volk als Nation auf internationaler Ebene an. In Anlehnung an die Verwendung des Ausdrucks "der Jude", als Sündenbock für viele Probleme der Gesellschaft, wird Israel auf der internationalen Bühne Zielscheibe unverhältnismässiger und einseitiger Verurteilung.

Der Antizionismus zeigt sich oft in Form von Angriffen auf Israel in den Vereinten Nationen und anderen internationalen Gremien. Im Laufe der Jahre wurden zahlreiche Ereignisse der internationalen Gemeinschaft dazu ausgenützt, Israel zu verurteilen – völlig unabhängig vom besprochenen Thema, ohne Rücksicht auf die kaum feststellbare Verbindung zum Konflikt im Nahen Osten.

Darüberhinaus ist es kein Zufall, dass die Verurteilung Israels in internationalen Gremien und Medien oft von einem schafen Anstieg antisemitischer Vorfälle in vielen Teilen der Welt begleitet wurde.

Während legitime Kritik Israels als Teil des demokratischen Prozesses angesehen wird, ist eine Kritik, die die Grenzen der Rechtmässigkeit überschreitet und in Dämonisierung, Verwendung doppelter Moral oder Delegitimierung ausartet, als Ausdruck des "neuen Antisemitismus" anzusehen. Sowohl die traditionelle, als auch seine neue Version ( in dem Israel als der Jude der internationalen Gemeinschaft dargestellt wird), sollten auf Stärkste verurteilt werden.

[Zurück zu israel](#)

#### ◆ Ist jede Kritik an Israel antisemitisch?

Es ist wichtig anzuerkennen, dass Israel als Demokratie faire und legitime Kritik durchaus begrüsst. Eine gültige, wenn auch negative Analyse des israelischen Politik sollte genausowenig als antisemitisch angesehen werden, wie die Kritik jedes anderen Staates als rassistisch angesehen werden sollte.

Dennoch überschreiten die Verurteilungen Israels zu oft die Grenze der gültigen Kritik in Richtung auf eine Verunglimpfung, die als Antisemitismus gelten muss. Die allgemein gültige Bezeichnung für diese Art der Herabsetzung lautet "der neue Antisemitismus". Genau wie in der Vergangenheit Juden als Sündenböcke für viele Probleme herhalten mussten, werden heute Versuche unternommen, Israel in einen internationalen Pariahstaat zu verwandeln.

Die Linie, die die rechtmässige Kritik von der neuen antisemitismusartigen Kritik trennt, ist für manche schwer auszumachen. Der ehemalige Minister Natan Sharansky legte in seinem wegweisenden Artikel "Antisemitismus in 3-Ds" im Jahre 2004 die Kriterien für die Definition der Grenzlinie sehr klar dar. Die 3-Ds des neuen Antisemitismus sind: **Dämonisierung**, **doppelte Moral** und **Delegitimierung**.

*Dämonisierung:* Genau wie die Juden Jahrhunderte hindurch als Verkörperung des Bösen verteufelt wurden, so wird auch Israel als teuflisches Gebilde bezeichnet. Ein Grossteil der Kritik in dieser Kategorie besteht darin, Israelis mit Nazis und Palästinenser mit den jüdischen Opfern des Holocausts zu vergleichen. Die Holocaust Umkehrung ist nicht nur in der arabischen Welt weit verbreitet, sie fasst auch im Westen Fuss. Diese Propagandatechnik ist besonders verabscheuungswürdig, da sie nicht nur Israels Verteidigungsbestrebungen betrügerisch darstellt, sondern auch das ausserordentliche Leid der Holocaustopfer herunterspielt, was allein schon eine Form der Holocaustleugnung darstellt.

*Doppelte Moral:* Um zu prüfen, ob doppelte Moral angewandt wird, muss untersucht werden, ob Israel nach anderen Kriterien beurteilt wird, als andere Staaten unter ähnlichen Umständen. Doppelte Moral ist in internationalen Foren zu finden, in denen Israel als einziger Staat auf unfaire Art und Weise zur Zielscheibe der Kritik wird und nach Standarten beurteilt wird, die für keinen anderen Staat angewandt werden. Gleichzeitig wird das Verhalten anderer Staat in einer vergleichbaren oder sogar schlimmeren

Situation ignoriert. Die Anwendung einer doppelten Moral kann oft an der ungerechtfertigten Menge und an Art der Kritik gemessen werden.

Ein bezeichnendes Beispiel für doppelte Moral ist in den Aufrufen zu einem Boykott Israels zu sehen. Wenn solche Aufrufe Teil einer grösseren Kampagne gegen die vielen Regime bildeten, die in der ganzen Welt gegen Menschenrechte verstossen, könnte Israel behaupten, seine Einbeziehung in diese Liste sei nicht rechtmässig. Wenn Israel jedoch als einziger Staat für einen Boykott herausgegriffen wird, ist das ein deutliches Beispiel von Antisemitismus.

*Delegitimierung:* Die neuen Antisemiten versuchen, die reine Existenz des jüdischen Staates zu delegitimieren, indem sie entweder sein Recht untergraben, überhaupt gegründet worden zu sein oder durch Versuche, das heutige Israel in einen Pariahstaat zu verwandeln, z.B. durch die Verwendung eines belasteten Ausdrucks wie Apartheid oder Menschenrechtsverletzer. Wie Natan Sharansky schrieb: "Während Kritik an der israelischen Politik nicht antisemitisch sein muss, ist die Leugnung Israels Existenzrechts immer antisemitisch. Wenn andere Völker das Recht haben, sicher in ihren Heimatländern zu leben, dann hat das jüdische Volk das Recht, sicher in seinem Heimatland zu leben."

Obwohl gerechtfertigte Kritik an Israel absolut keine Verbindung zum Antisemitismus aufweist, haben einige unvermeidbare Verurteilungen ihre Wurzeln in antisemitischen Haltungen, die oft als "Antizionismus" auftreten. Als Staat, das der sich den Prinzipien der Demokratie verschrieben hat, hegt Israel die Überzeugung, dass Kritik, ob von anderen Staaten, dem eigenen Staat oder dem eigenen Volk geäussert, einen kraftvollen Motor zur positiven Veränderung bieten kann. Es gibt jedoch eine klare Unterscheidung zwischen legitimen Rufen nach Verbesserung und dem Versuch, Israel durch die Verwendung weithergeholter Analogien, Demonisierungstechniken, Aussonderung oder durch die Anwendung von Normen, die für andere Staaten nicht gelten, zu delegitimieren. Diese Arten der Kritik ignorieren den Kontext, in dem Israel um sein Überleben kämpfen muss, angesichts gewalttätiger Angriffe auf seine Bürger und, nur allzuoft, gegen seine bare Existenz.

[Zurück zu israel](#)

#### ◆ Ist Israel ein Apartheidsstaat?

Wie die meisten anderen westlichen Demokratien mit einer grossen Minderheit in ihrer Bevölkerung, hat Israel noch Einiges zu leisten, bevor absolute Gleichberechtigung erreicht werden kann. Der Unterschied, der zwischen der Situation der israelischen Araber und der Situation, die in Südafrika herrschte, ist jedoch so gross, dass kein rechtmässiger Vergleich vorgenommen werden kann. Wenn solche Parallelen gezogen werden, sagen sie sehr viel mehr über die Betrachtungsweise derjenigen aus, die diese Beurteilung vornehmen, als über irgendeine in Israel herrschende Wirklichkeit.

Da es keinerlei wirkliche Berechtigung für eine solche Behauptung gibt, kommen nur zwei Erklärungen in Frage: entweder sie werden von Jemandem vorgebracht, dem die Situation in Israel völlig unbekannt ist oder sie werden von Jemandem geäussert, der Israel gegenüber einen sehr starken Hass verspürt. Im Übrigen leistet dieser Vergleich denjenigen, die tatsächlich unter der Apartheid gelitten haben, einen sehr schlechten Dienst, dadurch dass die Trostlosigkeit ihrer Situation verharmlost wird und gleichzeitig die friedlichen Mittel, die sie zur Beendigung dieses furchtbaren Regimes eingesetzt haben, unbeachtet bleiben.

Während die Lage der arabischen Israelis in Israel noch weiter verbessert werden kann, ist schon Vieles auf dem Weg zur Erreichung des Zieles einer absoluten Gleichberechtigung erreicht worden. Ein Blick auf den Anstieg der Zahl der israelischen Araber im öffentlichen Dienst genügt, um das festzustellen. Israelische Araber sind im Obersten Gerichtshof vertreten, in der Knesset (Parlament), als Botschafter, als Bürgermeister und sogar in der Regierung (Raleb Majadele ist amtierender Minister für Wissenschaft, Kultur und Sport, Majalli Whbee ist stellvertretender Aussenminister). Prominente israelische Araber sind in fast allen Bereichen der israelischen Gesellschaft anzutreffen, auch in Israels Fussballnationalmannschaft.

Eines der Ideale, auf denen Israel beruht ist die Gleichberechtigung. Israels Unabhängigkeitserklärung sieht vor, der Staat Israel wird "wird all seinen Bürgern ohne Unterschied von Religion, Rasse und

Geschlecht, soziale und politische Gleichberechtigung verbürgen. Er wird Glaubens- und Gewissensfreiheit, Freiheit der Sprache, Erziehung und Kultur gewährleisten, die Heiligen Stätten unter seinen Schutz nehmen" und fährt fort:" Wir wenden uns an die in Israel lebenden Araber mit dem Aufrufe, den Frieden zu wahren und sich aufgrund voller bürgerlicher Gleichberechtigung und entsprechender Vertretung in allen provisorischen und permanenten Organen des Staates an seinem Aufbau zu beteiligen."

[Zurück zu israel](#)

#### ◆ **Wie schützt Israels Rechtssystem Menschenrechte und Grundfreiheiten?**

Alle Staatsbürger Israels – ungeachtet von Rasse, Religion oder Geschlecht – genießen laut Gesetz gleiche Rechte und gleichen Schutz. Dieses Prinzip stützt sich auf das Gründungsdokument des modernen Israel, der Gründungserklärung des Staates Israel von Mai 1948. Diese Unabhängigkeitserklärung kündigte an, dass der Staat Israel auf Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden aufgebaut sein wird, wie es die Propheten Israels vorhergesagt hatten: er wird all seinen Bewohnern, ungeachtet von Religion, Rasse oder Geschlecht völlige Gleichberechtigung garantieren; er wird Religionsfreiheit, Überzeugungsfreiheit, Sprach-, Erziehungs- und Kulturfreiheit garantieren; er wird die Heiligen Stätten aller Religionen schützen und die Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen befolgen.

Diese Erklärung ist zwar kein rechtlich verbindliches, verfassungsrechtliches Dokument, es besitzt jedoch einen Einfluss als Leitprinzip in der Auslegung von Gesetzen. Ihre zentrale Bedeutung wurde im Grundrecht: Menschenwürde und Freiheit von 1992, das ausdrücklich vorsieht, dass die im Gesetz enthaltenen Menschenrechte, " im Sinne der Prinzipien der Unabhängigkeitserklärung des Staates Israel" zu interpretieren sind, bestätigt.

Wie Gross-Britannien besitzt Israel keine formelle, schriftlich verankerte Verfassung. Das bedeutet jedoch nicht, dass grundlegende Menschen- und Bürgerrechte nicht verfassungsrechtlich geschützt sind. Kurze Zeit nach der Staatsgründung begann die Knesset, eine Reihe von Grundrechten zu verabschieden, die alle Aspekte des Lebens abdecken und die in Zukunft gemeinsam Teil einer schriftlich festgelegten Verfassung bilden werden. Zu den Grundrechten, die die Hauptmerkmale der Regierungsfunktion festlegen, wurden weitere Gesetze verabschiedet, wie z.B. das Grundrecht: Menschenwürde und Freiheit. .

Angesichts des Fehlens einer formellen Bürgerrechtserklärung, hat Israels Judikative im Schutz der bürgerlichen Freiheiten und der Rechtsstaatlichkeit eine Schlüsselrolle gespielt. Über die Grundrechte hinaus, hat sich im Laufe der Jahre ein Präzedenzrechtssammlung entwickelt, die die Bürgerrechte schützt. Gleichberechtigung, Redefreiheit, Versammlungsfreiheit und Religionsfreiheit sind nur einige Grundrechte, die in Israels Rechtssystem als Grundwerte angesehen werden. Israels Verfassungssystem basiert auf zwei Prämissen: der Staat ist demokratisch und der Staat ist jüdisch. Zwischen diesen Grundsätzen herrscht kein Widerspruch.

Über seinen Beitrag zum Fallrecht hinaus, hat der Oberste Gerichtshof eine weitere, einzigartige Funktion inne. In seiner Eigenschaft als Oberste Berufungsinstanz hört er Anträge, die von Einzelpersonen eingebracht werden, die gegen die Entscheidung einer Regierungsstelle oder eines Amtes Berufung einlegen wollen. Das bedeutet, dass jede Person, die in Israel oder den Gebieten angesiedelt ist, sich direkt an den Obersten Gerichtshof des Staates wenden kann, um sofortigen Beistand zu verlangen, wenn er/sie meint, seine/ihre Rechte seien von einer Regierungsstelle oder von den Streitkräften verletzt worden. Diese Anträge spielen für israelische Staatsbürger und Palästinenser eine grosse Rolle bei der Wahrung der individuellen Menschenrechte.

Israels Rechtswesen – in allererster Linie der Oberste Gerichtshof, der Wachhund Israels Demokratie – hat eine ausschlaggebende Rolle darin gespielt sicherzustellen, dass die Menschen- und Bürgerrechte aller Israelis, Juden und Araber, denselben Schutz genießen, wie in anderen westlichen Demokratien.

[Zurück zu israel](#)

## ◆ Wird Israel von der internationalen Gemeinschaft fair behandelt?

Der Staat Israel ist ein aktives Mitglied der Völkerfamilie und ein dynamischer Teilnehmer an der Arbeit internationaler Organisationen. Israel ist als 59. Mitglied am 11. Mai 1949 der UN beigetreten. Seitdem hat es an zahlreichen UN Aktivitäten teilgenommen und seinen aktiven Beitrag zu UN Organen und internationalen Behörden geleistet, wie etwa im Rahmen der Gesundheit, Entwicklung, Arbeit, Ernährung und Landwirtschaft, Erziehung und Wissenschaft. Israel hat ebenfalls in der Arbeit der NGOs eine Rolle gespielt, die unter der Schirmherrschaft der UN tätig sind und sich mit einer grossen Bandbreite von Themen auseinandersetzen, von Luftfahrt bis Einwanderung, von Kommunikation bis Meteorologie, von Handel zum Status der Frau.

Leider wurde Israels Bereitschaft, gleichberechtigt an internationalen Angelegenheiten teilzunehmen, nicht immer positiv aufgenommen. Während die UN zwischenzeitlich Resolutionen verabschiedete, die eine vernünftige Plattform für eine Förderung des Friedens zwischen Israel und seinen Nachbarn darstellen könnten, hat die UN Israel gegenüber meistens eine parteiische Haltung eingenommen.

Die UN wurde oft missbraucht und in einen parteiischen Austragungsort politischer Kampagnen verwandelt, die von Israels Feinden in der Region und dem Rest der Welt gegen Israel geführt werden. Die 21 arabischen Staaten, mit der Unterstützung der islamischen und blockfreien Staaten, bilden eine automatische Mehrheit für feindliche Initiativen und sichern eine fast automatische Verabschiedung antiisraelischer Resolutionen in der Vollversammlung und anderen UN Gremien.

Seit Ende des Kalten Krieges und mit dem Momentum, dass der israelisch-arabische Friedensprozess in den neunziger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts gewonnen hat, macht sich im Bezug auf Nahost- Resolutionen eine etwas ausgewogenere Betrachtungsweise in der Vollversammlung bemerkbar. Die 1991 von der Vollversammlung ausgesprochene Annullierung ihrer infamen, 1975 verabschiedeten Resolution, in der der Zionismus als Rassismus verleumdet wurde, liefert ein solches Beispiel. In den letzten Jahren durfte Israel, dank seiner eingeschränkten Aufnahme in eine regionale Gruppe, seine Beteiligung an UN Aktivitäten ausdehnen; ( in der gesamten Geschichte der UN wurde einzig und allein dem Staat Israel die Aufnahme in eine regionale Gruppe verweigert).

Der Ausbruch der palästinensischen Gewalt im September 2000, die Terroranschläge und die darauffolgenden Jahre der Gewalt und des Terrors haben diesen positiven Trend weitgehend rückgängig gemacht. Die palästinensische Führung, die arabischen Mitgliedstaaten und ihre Anhänger in der UN versuchen, die Situation auf internationaler Ebene zu ihren Gunsten auszunützen. Wie in der Vergangenheit, werden wiederholt unverhohlenen einseitige, gegen Israel gerichtete Resolutionen eingebracht und verabschiedet. Manchmal werden sogar internationale Versammlungen, wie die 2001 in Durban organisierte "Weltkonferenz gegen Rassismus, rassenbedingte Diskriminierung, Fremdenhass und einschlägige Intoleranz" "übernommen" und in einen Schauplatz antisemitischer und extremer antiisraelischer Angriffe verwandelt.

Eine besondere Unverfrorenheit liegt in der Ausbeutung der UN Menschenrechtsgremien, die – besonders von Staaten mit flagranten Verstössen gegen die Menschenrechte – oft als Austragungsort für einseitige und empörende Angriffe auf Israels Ruf ausgenützt werden. Dieses Phänomen ist besonders bedauerlich, da die Zeit und die Aufmerksamkeit, die auf eine Verurteilung Israel verwendet wird, von der Beschäftigung mit schweren Menschenrechtsverstössen in anderen Mitgliedstaaten ablenkt.

Es darf nicht ausser Acht gelassen werden, dass einige UN Resolutionen für Israel von ausschlaggebender Bedeutung sind, wie etwa Sicherheitsratsresolution 242 ( 22. November 1967) und 338 ( 22. Oktober 1973), die einen vereinbarten Rahmen für die Beilegung des arabisch-israelischen Konflikts darstellen. Im Laufe der Jahre haben die Vereinten Nationen Gelegenheit gehabt, durch die Ernennung von Unterhändlern, die Gewährung einer UN Schirmherrschaft über Waffenruhe und Waffenstillstandsabkommen, der Stationierung von UN Streifkräften zwischen den Kontrahenten und seiner Rolle im internationalen Quartett, ein Ende der Kampfhandlungen zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn herbeizuführen.

Die allzuhäufige, antiisraelische Einseitigkeit der UN wirft dennoch einen Schatten auf ihre Integrität und lässt Zweifel aufkommen, über ihre Fähigkeit, eine konstruktive Rolle in der Förderung eines echten und fairen Friedens zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn zu spielen

[Zurück zu israel](#)

#### ◆ **Warum hat die Zahl der antisemitischen Vorfälle zugenommen?**

Die Delegitimierungskampagne gegen Israel hat in der ganzen Welt zu einem starken Anstieg an antiisraelischen und antisemitischen Angriffen geführt. In zunehmendem Masse wird die Trennlinie zwischen einer legitimen Kritik an Israel und antisemitischen Angriffen auf jüdische Ziele verwischt.

Seit Beginn der zweiten Intifada im September 2000 ist Israel einer weltweiten Delegitimierungskampagne ausgesetzt. Es wird in Medien und internationalen Gremien angegriffen, von politischen Führern und Intellektuellen verteufelt. Seine reine Existenzberechtigung wird in Frage gestellt, sowie sein grundlegendes Recht, seine Bürgerinnen und Bürger zu verteidigen. Extremisten von Rechts und Links haben sich in ihrem Hass des jüdischen Staates zusammengeschlossen.

Diese Angriffe überschreiten die Grenzen jeder zu rechtfertigenden Kritik, die Israel, als vitale Demokratie, als Bestandteil jedes legitimen Diskurses zwischen Staaten ansieht. Es ist jedoch nicht legitim, Israel in völlig unverhältnismässiger Art und Weise zu verdammern, auszusondern und nach unmöglichen Normen zu messen, die auf keinen anderen Staat angewandt werden. Es ist genauso wenig legitim, Israel zu verteufeln oder zu versuchen, seine Existenzberechtigung selbst in Frage zu stellen.

Viele Gründe sind für dieses Phänomen verantwortlich. Es hängt sehr eng mit der Fähigkeit der Palästinenser zusammen, ihr Image als machtlose Opfer zu vermarkten. Sie setzen diese Darstellung ein, um die Gefühle der Menschenrechtsverfechter anzusprechen (während die palästinensische Führung und die Terroristen gegen die grundlegendsten Menschenrechte unschuldiger israelischer Terroropfer und die Menschenrechte ihres eigenen Volkes verstossen).

Die gegen Israel voreingenommene Berichterstattung der Medien spielt ebenfalls eine ausschlaggebende Rolle in der Delegitimierung Israels. Es ist nicht überraschend festzustellen, dass die Bevölkerungen der westlichen Welt, die ihren Medien im Allgemeinen Glauben schenken, beeinflusst werden, wenn sie einer weitgehend einseitigen Darstellung des Konflikts ausgesetzt sind.

Andere Verurteilungen sind ideologisch begründet und werden oft von denjenigen ausgesprochen, die bereit sind, alle Verstösse, sogar die ungeheuerlichsten, von Seiten totalitärer Regime zu übersehen, jedoch jeden defensiven Schritt kritisieren, den demokratische Staaten unternehmen.

Traditionelle antisemitische Standpunkte, oft als antizionistische Haltungen verkleidet, spielen ebenfalls eine Rolle.

Angesichts der Tatsache, dass gewisse Gruppen unfähig oder unwillig sind, zwischen dem jüdischen Staat und den jüdischen Gemeinden im Ausland zu unterscheiden, werden diese Angriffe aus Israels Rechtmässigkeit von physischen Angriffen auf jüdische Ziele in der ganzen Welt, einschliesslich Europa, begleitet. Zu den antisemitischen Zwischenfällen gehören Sprengstoffangriffe auf Synagogen und jüdische Schulen, Vandalismus und Schändung jüdischer Friedhöfe, Morddrohungen und Gewaltanwendung gegen Juden, sowie unprovokierte Angriffe und sogar Mord. Diese Hassverbrechen gegen einzelne Juden und jüdische Gemeindeeinrichtungen werden oft als "antizionistische" Taten dargestellt.

Die Situation im Nahen Osten ist noch schlimmer. Bösartige antiisraelische Rhetorik war weit verbreitet, hat jedoch seit dem Beginn der Gewalt im Jahre 2000 stark zugenommen. Antisemitische und antiisraelische Mythen, oft von Regierungen verbreitet, die ihre eigenen Anliegen verfolgen, werden von einem grossen Teil der Bevölkerung dieser Region kritiklos übernommen. Der unaufhörliche Strom horrender und grundloser Anschuldigungen seitens palästinensischer Sprecher sind nicht unwesentlich für den Anstieg an antisemitischen Zwischenfällen verantwortlich. Eine der Folgen ist der Anstieg der

Zahl der Angriffe auf jüdische Ziele in der arabischen Welt, die, wie etwa bei dem im April 2002 verübten Terroranschlag auf die historische Synagoge in Djerba, Tunesien, Menschenleben gefordert haben.

Israel verfolgt den in jüngster Zeit zu bemerkenden Anstieg des Antisemitismus, der sich gegen jüdische Gemeinden in Europa und anderen Teilen der Welt richtet, mit grosser Sorge. Dieses wachsende Phänomen sollte bei allen zivilisierten Völkern tiefe Besorgnis hervorrufen. Israel appelliert an die Regierungen der Staaten, in denen die Plage des Antisemitismus sich ausdehnt, alle notwendigen Massnahmen zu unternehmen, um die Sicherheit der jüdischen Gemeinden zu gewährleisten – und die für diese verdammungswürdigen Angriffe verantwortlichen Täter vor Gericht zu stellen. Antisemitische Volksverhetzung – von Einzelpersonen, Organisationen oder sogar Führern gewisser Staaten – sollte bei jeder Gelegenheit auf das Schärfste verurteilt werden .

[Zurück nach oben](#)



17. April 2006 – **Elf Tote** und über 60 Verwundete bei einem Selbstmordattentat auf den Rosh Ha'ir Shawarma Stand in der Nähe des alten Busbahnhofs in Tel Aviv.



Kind aus Sderot mit Bruchstücken einer Rakete, die einen Kindergarten getroffen hat – 21. August 2007 (Photo: Rafael Ben-Ari/Chameleons Eye)

### Palästinensischer Terror

- [Wodurch wurde die im September 2000 begonnene Terrorwelle ausgelöst?](#)
- [Wie kann der Terror beendet werden?](#)
- [Was bedeuten palästinensische Waffenstillstände?](#)
- [Wie ist die humanitäre Lage der Palästinenser?](#)
- [Warum nehmen Kinder an der Gewalt teil?](#)
- [Ist die Medienberichterstattung über den Konflikt fair?](#)
- [Gehört der palästinensische Terror zum internationalen Terrorismus?](#)
- [Sind gezielte Operationen gerechtfertigt?](#)

#### ◆ Wodurch wurde die im September 2000 begonnene Terrorwelle ausgelöst?

Seit September 2000 erlebte Israel Terroranschläge fast beispiellosen Ausmasses. Seine Bürger mussten lernen, mit der tagtäglichen Angst umzugehen, von einem Selbstmordattentäter in die Luft gesprengt oder von einem palästinensischen Scharfschützen erschossen zu werden. Über 1 100 Israelis wurden getötet und viele Tausende wurden schwerverletzt oder psychisch bis an ihr Lebensende geschädigt.

Die im September 2000 ausgelöste Terrorwelle ist das direkte Ergebnis einer palästinensischen strategischen Entscheidung Gewalt – und nicht Verhandlungen – als Hauptmittel einzusetzen, ihre Anliegen zu fördern. Trotz gegenteiliger Behauptungen von Seiten der Palästinenser, ist Israels

sogenannte "Besetzung" der Gebiete nicht die wahre Ursache für den Terror, da alle Aspekte des palästinensisch-israelischen Konflikts lange vor Ausbruch der Gewalt auf friedliche Art und Weise durch Verhandlungen hätten gelöst werden können.

Als die Welle der Gewalt und des Terrors im September 2000 begann, behaupteten die Palästinenser ursprünglich, es handle sich um eine spontane Reaktion auf den Besuch des damaligen Oppositionsvorsitzenden Ariel Sharon auf dem Tempelberg. Allerdings widersprechen spätere Äusserungen palästinensischer Führer in arabischsprachigen Medien dieser Behauptung. Genausowenig bestätigt der, von der aus amerikanischen und europäischen Persönlichkeiten zusammengesetzten Mitchell Kommission vorgelegte Bericht, die früheren palästinensischen Behauptungen. Im Anschluss daran wählten die palästinensischen Sprecher eine andere Taktik und behaupteten, die Gewalt sei die Reaktion auf Israels "Besetzung" des Westjordanlandes und des Gazastreifens.

Diese Behauptung lässt die Ereignisse vor und nach 1967 (als Israel in einem Selbstverteidigungskrieg die Hoheit über diese Gebiete gewann), die belegen: ["die Besetzung ist nicht der wahre Grund für den palästinensischen Terror"](#), völlig ausser Acht. Der palästinensische Terror ging der israelischen Präsenz im Westjordanland und dem Gazastreifen voraus; er wurde zu den Zeiten, z. B. in den Jahren 1994 – 1996 besonders virulent, als der Friedensprozess die grössten Fortschritte machte.

Der Terror aus dem Gazastreifen dauert an, sogar nachdem Israel sich aus diesem Gebiet zurückgezogen hat. Die Geschichte des palästinensischen Terrors zeigt ganz eindeutig, dass die Terroristen sich nicht gegen eine israelische Präsenz in den Gebieten richten, sondern dass sie jede Form des Friedens mit Israel ablehnen.

Die gegenwärtige Terrorwelle begann kurz nach Eröffnung intensive Verhandlungen auf höchster Ebene, um eine permanente Lösung für den israelisch-palästinensischen Konflikt zu finden.

Im Juli 2000, fand auf Einladung von US Präsident Bill Clinton und mit der Beteiligung von PA Präsident Yasser Arafat und Israels Ministerpräsident Ehud Barak ein [Nahost Friedensgipfel in Camp David](#) statt. Bei diesem Gipfeltreffen, drückte Israel seine Bereitschaft aus, weitgehende und beispiellose Kompromisse einzugehen, um ein umsetzbares, andauerndes Abkommen zu erreichen. Yasser Arafat zog es allerdings vor, die Verhandlungen abubrechen, ohne seinerseits irgendeinen Vorschlag vorzubringen. Daraufhin wurde der Gipfel vertagt. Präsident Clinton machte auf sehr eindeutige Art und Weise Arafat für dieses Ergebnis verantwortlich.

Dennoch verfolgt Israel weiterhin jede Möglichkeit zu einem verhandelten Friedensabschluss zu gelangen. Die [Gespräche von Taba im Januar 2001](#) bedeuteten für Israel eine weitere Gelegenheit, den Palästinensern seine Bereitschaft auszudrücken, zusätzliche Kompromisse zu schliessen, um Frieden zu erzielen. Unverständlicherweise lehnten die Palästinenser eine friedliche Lösung wiederum ab. Spätere palästinensische Versuche, die Camp David und Taba Angebote herunterzuspielen, wurden von den ranghöchsten, an den Verhandlungen beteiligten amerikanischen Vertretern auf das Schärfste zurückgewiesen. In einem Fernsehinterview am 22. April 2002 bezeichnete der ehemalige US-Sonderbeauftragte Dennis Ross die Anschuldigung, das Westjordanland solle in Kantone aufgeteilt werden als "völlig falsch" und bemerkte, dass das angebotene Gebiet "zusammenhängend" sei.

Israel hat seine Bereitschaft, für den Frieden beträchtliche Risiken auf sich zu nehmen, schon bewiesen. Im Rahmen des Friedensvertrags mit Ägypten, trat es die gesamte Sinaihalbinsel ab, ein Gebiet, das Israel eine bedeutende strategische Tiefe gegeben hatte. Bei den Verhandlungen, die seit September 1993 geführt wurden, war Israel in der Berücksichtigung der palästinensischen Bestrebungen im Westjordanland und dem Gazastreifen sehr weit gegangen. Es verhandelte über die Schaffung einer regierenden palästinensischen Autonomiebehörde, (PA), die ihre Rechtsbefugnisse und Macht langsam ausdehnen sollte. Nach den umfassenden israelischen Rückzüge, verwaltet die PA einen bedeutenden Teil der Gebiete und 98% der palästinensischen Bevölkerung im Westjordanland und dem Gazastreifen.

Es ist offensichtlich, dass die Welle des palästinensischen Terrors, die nach dem Scheitern des Camp David Gipfels begann, nichts mit einer spontanen palästinensischen Absicht zu tun hat, "Widerstand gegen die Besetzung" zu leisten. Die palästinensische Führung hatte eine strategische Entscheidung gefällt, den Weg des Friedens zu verlassen und die Gewalt als primäre Taktik zur Förderung ihrer Anliegen einzusetzen. Diese Entscheidung untergräbt die grundlegende Voraussetzung des

Friedensprozesses – die Einsicht, dass eine Lösung nur durch einen Kompromis und nicht durch Unbeugsamkeit, durch Verhandlungen und nicht durch Gewalt zu finden ist.

Die palästinensische Behauptung, Israels Gegenwart in den Gebieten bewirke den Terror, begann als verzweifelter Versuch, jede Kritik zurückzuweisen, nachdem Arafat Israels Friedensangebot zurückgewiesen hatte. Sie entwickelte sich recht bald in eine Entschuldigung für das Unentschuldbare – den wahllosen Mord von unschuldigen Zivilpersonen.

Terrorangriffe können nie gerechtfertigt werden; sie sind besonders tragisch, wenn die umstrittenen Themen in Verhandlungen gelöst werden könnten. Die palästinensische Autonomiebehörde hatte die reale Gelegenheit bekommen, den Konflikt durch Verhandlungen zu regeln. Israels Ölzweig wurde jedoch von einer Gewehrsalve und einem Bollwerk von Selbstmordattentätern empfangen worden. Die grösste Hürde für den Frieden ist nicht das Fehlen eines palästinensischen Staates, sondern das Bestehen des palästinensischen Terrors.

Trotz entschiedener gegenteiliger palästinensischen Behauptungen, bildet die vorsätzliche Entscheidung der PA, die Gewalt als politisches Mittel einzusetzen den wahren und einzigen Ausgangspunkt für die Terrorwelle, die im September 2000 ausbrach. Diese Entscheidung hat den Tod von über 1 100 Israelis bewirkt und Israels Träume von einem Frieden mit seinen palästinensischen Nachbarn stark beeinträchtigt.

### Zurück zum palästinensischen Terror

#### ◆ **Wie kann der Terror beendet werden?**

Ein echter und beständiger Frieden kann nur über ein verhandeltes Abkommen erreicht werden. Um den Verhandlungen jedoch eine Erfolgsaussicht zu gewähren, muss der Terror eingestellt werden.

Seit Anfang September 2000 war Israel einer [Terrorwelle ausgesetzt](#), in der über 1 100 Menschen getötet und viele Tausende verwundet wurden. Die Bewohner Israels lebten in täglicher Furcht, von Selbstmordattentätern, explodierenden Autos oder Scharfschützen getötet zu werden. Jüdische Heilige Stätten wurden geschändet und zerstört, jüdische Gläubige wurden in die Luft gesprengt.

Die Regierung Israels hat die Pflicht, das Leben ihrer Bürger zu schützen. Der Kampf gegen den Terror stellt Israel vor ein schwieriges Dilemma. Als demokratischer Staat, muss Israel versuchen das richtige Gleichgewicht zu finden, zwischen seinen dringenden Sicherheitsbedürfnissen und seinem Wunsch, die ihm wichtigen demokratischen Werte und Freiheiten aufrecht zu erhalten. Der Versuch, dieses Gleichgewicht beizubehalten, stellt jede, mit der Waffe angegriffene Demokratie, vor eine schwere Aufgabe. Israels Aufgabe wird noch weiter erschwert, da die palästinensischen Terroristen, die ihm gegenüberstehen, weder das menschliche Leben noch die Rechtsstaatlichkeit respektieren. Sie zielen nicht nur auf israelische Bürger, sie verstecken sich auch hinter der palästinensischen Zivilbevölkerung, im Vertrauen darauf, dass palästinensische Opfer Israel angelastet werden, unabhängig davon, welche Seite tatsächlich dafür verantwortlich ist.

In dem Versuch, den Terror erfolgreich zu bekämpfen und gleichzeitig den Schaden für die ortsansässige palästinensische Bevölkerung zu verringern, hat Israel zahlreiche Verteidigungsmethoden entwickelt. Passive Sicherheitsmassnahmen, u.a. Strassen- und Ausgangssperren und der Antiterror Zaun sollen die Bewegungsfreiheit der Terroristen einschränken.

Leider wurde das Leben vieler Palästinenser von diesen Massnahmen betroffen. Die Schwierigkeiten, die auf den Antiterror Zaun oder die Strassensperren zurückzuführen sind, können jedoch, so bedauernd wie sie auch sein mögen, nicht mit dem nicht wiedergutzumachenden Verlust unschuldigen Lebens verglichen werden, den der Terror verursacht.

Aktive Sicherheitsmassnahmen gegen Terroristen werden eingesetzt, wenn passive Massnahmen nicht ausreichen. Auch dann unternimmt Israel alle Anstrengungen, um das Leben von Unbeteiligten so wenig wie möglich zu beeinträchtigen. Israel hat ständig versucht, durch Militäreinsätze gegen den Terror vorzugehen. Diese wurden erst unternommen, nachdem fast tägliche Selbstmordattentate im März 2002, die im [Massaker am Pessah Abend](#) ihren Höhepunkt erreichten, Israel keine andere Wahl liessen. Der Kampf gegen den Terror fällt einem demokratischen Staat nie leicht. Diese Aufgabe wird noch

weiter erschwert, wenn dieser Staat internationalem Druck ausgesetzt ist, unmöglichen Normen zu entsprechen. Fast jede Defensivmassnahme, die Israel trifft, unabhängig davon, ob es sich um passive Sicherheitsmassnahmen, rechtliche Schritte oder proportionelle und notwendige Militäraktionen handelt, stösst auf internationale Kritik. Israel wird seine demokratischen Werte weiterhin verteidigen; es hat jedoch auch die Aufgabe, das Leben seiner unschuldigen Bürger zu schützen.

Einseitige und unfaire internationale Kritik Israels spornt den palästinensischen Terror weiter an. Die Aussichten auf einen Frieden wachsen, wenn die internationale Gemeinschaft Israels Recht auf Selbstverteidigung anerkennt und den Palästinensern gleichzeitig die Sinnlosigkeit des Terrors klar darstellt. Der internationale Druck, der auf die den palästinensischen Terror unterstützenden und fördernden Staaten ausgeübt wird, sollte verstärkt werden, die finanzielle Unterstützung der Terrororganisationen sollten völlig abgestellt werden. Erst wenn die Palästinenser dem Terror engültig abschwören und sich wirklich dazu verpflichten, politische Auseinandersetzungen durch Verhandlungen zu lösen, kann ein Frieden möglich werden.

## Zurück zum palästinensischen Terror

### ◆ Was bedeuten palästinensische Waffenstillstände?

Zu verschiedenen Zeitpunkten wurde in den internationalen Medien behauptet, die Palästinenser haben eine Waffenstillstand mit Israel ausgerufen. Die Palästinenser brachten diese Behauptung tatsächlich selbst in englischsprachigen Medien vor. In Wirklichkeit, handelte es sich nicht um echte Waffenstillstandsperioden, wie sie die westliche Welt versteht. Für die arabischen Bezeichnungen dieser Zeiträume, gibt es keine direkten Entsprechungen im Deutschen, da sie eine Auffassung ausdrücken, die der westlichen Welt fremd ist. Die Palästinenser sehen diese Zeiträume, als Gelegenheit zur Reorganisation und Neubewaffnung. Sie bedeuten lediglich eine Verringerung der Gewalt, keine Einstellung. Es wird oft behauptet, ein Waffenstillstand im Nahen Osten bedeute, dass Israel stillsteht und die Palästinenser sich bewaffnen.

Die beiden bekanntesten "Waffenstillstände", die 2003 begonnene *Hudna* und die 2006 angebotene *Tahadiya*, haben Vieles gemeinsam. Beide begannen, als die palästinensische Seite auf Grund israelischer Verteidigungsaktionen unter grossem Druck standen; beide wurden von den Palästinensern nur teilweise, wenn überhaupt, eingehalten.

Die jüngste Phase, die *Tahadiya*, sollte nach dem Abzug aus dem Gazastreifen beginnen. Die Palästinenser wollten das Raketenfeuer einstellen; dieser Zeitraum zeichnete sich jedoch dadurch aus, dass ein [andauernder Beschuss durch Kassam- und Mörserraketen](#) auf die Stadt Sderot gerichtet wurde und dadurch, dass die Palästinenser diesen Zeitraum der relativen Ruhe dazu benutzten, enorme Menge von Waffen und Munition hereinzuschmuggeln und ihre Terror Infrastruktur wiederaufzubauen.

Der erste "Waffenstillstand" begann am 29. Juni 2003, als im Anschluss an Gespräche mit der palästinensischen Autonomiebehörde, die palästinensische Terrororganisationen eine "*Hudna*" erklärten – ein Ausdruck, der im Ausland als Waffenstillstand verstanden wurde. Eine *Hudna* ist jedoch eine zeitlich begrenzte Ruhepause in den Kämpfen, die darauf abzielt, Zeit zu gewinnen, um sich neu zu organisieren und zu bewaffnen. Etwa zwei Monate später, nach einer Reihe von Terrorangriffen, kündigten die palästinensischen Terrororganisationen das Ende der *Hudna* an.

Im Rahmen der ersten Phase der [Roadmap](#) ist die PA dazu verpflichtet, dem Terror durch die Zerschlagung der terroristischen Infrastruktur, der Konfiszierung illegaler Waffen und die Festnahme der an der Planung und Durchführung von Terrorakten beteiligten Personen, ein Ende zu setzen. Die *Hudna* bedeutete allerdings ein internes palästinensisches Einverständnis, das die PA dazu verwandte, den in der Roadmap verankerten Verpflichtungen, gegen den Terror vorzugehen, zu entgehen.

Die *Hudna* wurde von den Terrororganisationen selbst, u.a. der Hamas und dem Islamischen Dschihad,

als taktischer Trick eingesetzt, um Zeit zu gewinnen und ihre Stärke für die nächste Runde der Terroranschläge wiederaufzubauen. Die *Hudna* bildete die Vertuschung, die es den palästinensischen Terrororganisationen erlaubte, neue Terrorangriffe zu planen, Tunnel zum Waffenschmuggel zu graben, die Reichweite der Kassamraketen zu vergrössern und ihre Truppen zu reorganisieren und auszubilden.

Während es im Ausland als Waffenstillstand verstanden wurde, wurde das Wort *Hudna* von den palästinensischen Terrorgruppen und ihren Anhängern in der arabischen Welt, in Übereinstimmung mit der islamischen Geschichte, lediglich als taktische Waffenruhe verstanden. Im Jahre 628, als der Prophet Mohammed seine Streitkräfte für zu schwach erachtete, die feindlichen Kuraysh Stämme zu besiegen, vereinbarte er mit ihnen eine auf zehn Jahre festgesetzte Waffenruhe, (*Hudna*), die als das Abkommen von Hdaybiya bekannt ist. Nach weniger als zwei Jahren, nachdem sie ihre Kräfte wiederaufgebaut hatten, griffen muslimische Truppen die Kuraysh Stämme an und besiegten sie, wodurch sie Mohammed die Möglichkeit boten, Mekka zu erobern.

Seit dieser Zeit verstehen die Muslims die *Hudna* als taktische Waffenruhe, die darauf abzielt, eine günstige Verlegung des Kräfteverhältnisses herbeizuführen. Sobald das Ziel erreicht ist, darf die Waffenruhe abgebrochen werden. Es war dementsprechend kein Zufall, dass die palästinensischen Terrorgruppen den Ausdruck *Hudna* wählten.

Die Hamas und der islamische Dschihad legten ihre *Hudna* auf drei Monate fest, während die Fatah eine sechsmonatige *Hudna* erklärte. Sie warteten jedoch nicht einmal diesen Zeitraum ab, bevor sie ihre Terroranschläge wieder aufnahmen. Seitdem die *Hudna* Ende Juni 2003 ausgerufen worden war und noch vor dem Mitte August durchgeführten Selbstmordattentat auf einen Autobus in Jerusalem, waren sechs Israelis und ein ausländischer Staatsbürger bei Terroranschlägen getötet und 28 Zivilpersonen verwundet waren; insgesamt wurden 180 Terroranschläge durchgeführt, einschliesslich 120 Schiessereien; weitere 40 Terrorangriffe konnten von Israel verhindert werden. Der [Bombenangriff auf den Autobus in Jerusalem am 19. August 2003](#) kostete 23 Personen, darunter 7 Kindern, das Leben; 136 Menschen wurden verletzt, darunter 40 Kinder. Es war offensichtlich, dass die palästinensischen Terrororganisationen nie die Absicht hatten, einen Waffenstillstand einzuhalten, von einem Ende der Terrors ganz zu schweigen.

Erst nach Erfüllung aller Verpflichtungen der Roadmap und der von den Palästinensern unterzeichneten Abkommen, d.h. der Zerschlagung der Terror- Infrastruktur und der Terrororganisationen, sowie der Beendigung der Hetzkampagnen, werden die Palästinenser ihr Verpflichtungen und Auflagen erfüllt haben.

## [Zurück zum palästinensischen Terror](#)

### ◆ **Wie ist die humanitäre Lage der Palästinenser?**

Die von der palästinensischen Führung 2000 gefällte Entscheidung, die Gewalt als politisches Mittel einzusetzen, sabotierte die israelisch-palästinensische wirtschaftliche Zusammenarbeit, was für die palästinensische Bevölkerung zu einer starken Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage führte.

Seit der Unterzeichnung der Osloer Verträge hatte Israel bedeutende Anstrengungen unternommen, um die israelisch-palästinensische wirtschaftliche Zusammenarbeit im Rahmen des Friedensprozesses zu fördern. Das Ergebnis war ein bedeutender Zuwachs an palästinensischem Wirtschaftsaustausch und Beschäftigung in Israel, sowie weitere Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit von 1994 bis zum Ausbruch der Gewaltakte im September 2000.

In Zusammenarbeit mit der palästinensischen Autonomiebehörde, hatte Israel seit 1994 eine ganze Reihe von Aktionen unternommen, um den freien Fluss von Menschen und Waren aus den Gebieten der PA nach Israel zu erleichtern und zu fördern. Industrieparks wurden in der PA eingerichtet, mit bedeutenden israelischen Investitionen und wirtschaftlichen Vergünstigungen. Diese Massnahmen hatten einen bedeutenden, positiven Einfluss auf die palästinensische Wirtschaft.

Leider führten Gewalt und Terrorismus zu einem starken Rückgang der wirtschaftlichen Tätigkeit in diesem Teil der Welt, mit wirtschaftlichen Auswirkungen sowohl für die PA als auch für Israel.

Die israelische Regierung möchte die Situation in den Gebieten und die Lebensumstände der Bevölkerung erleichtern. Israel hegt nicht die Absicht, die palästinensische Zivilbevölkerung, die nicht am Terror und an der Gewalt beteiligt ist, zu belasten.

Das durch den palästinensischen Terror dargestellte Sicherheitsrisiko verlangt jedoch gewisse Massnahmen, wenn Israel seine Pflicht, als souveräner Staat das Leben seiner Staatsbürger zu schützen, erfüllen will. Am Rand des Westjordanlands wird ein [Antiterror-Zaun](#) gerichtet, um das Eindringen von Terroristen zu verhindern. Reisebeschränkungen wurden verhängt, um zu vermeiden, dass die Terroristen ihre Ziele erreichen. Der Übergang von Palästinensern aus den Gebieten der PA nach Israel wurde ebenfalls eingeschränkt, um die Ausdehnung der Gewalt und des Terrors auf israelische Städte zu verhindern. Diese Massnahmen und zusätzliche Vorkehrungen, wie z.B. Strassensperren, zielen darauf ab, die Bewegung von Terroristen und Sprengladungen zu verhindern und dadurch Leben von Unschuldigen zu retten.

Ausnahmgenehmigungen werden erteilt für den Transport von Handelsgütern, Nahrungsmittel, Arzneimittel, medizinischem Personal und Krankenwagen, die sich weiterhin so ungehindert wie möglich bewegen ( angesichts der Verwendung von Krankenwagen zum Transport von gesuchten Terroristen und Waffen und der Beteiligung von palästinensischem Krankenpersonal an Terrorakten). Darüberhinaus wurden die Verfahrensregeln vereinfacht, um die schnelle Lieferung von humanitärer Hilfe, wie z. B. medizinischer Versorgung in die PA zu erlauben.

Leider haben Terroristen jeden israelischen Versuch, die Beschränkungen, die dem täglichen Leben der Palästinenser auferlegt werden, zu erleichtern, als Gelegenheit genutzt, ihre Angriffe auf die israelische Bevölkerung wiederaufzunehmen.

Israel versucht soweit wie möglich, zwischen denjenigen, die Terrorakte durchführen, unterstützen und in Auftrag geben und der am Terror unbeteiligten Zivilbevölkerung, klar zu unterscheiden.

Es muss unterstrichen werden, dass der Zweck der Sicherheitsvorkehrungen nicht darin besteht, die palästinensische Bevölkerung unnötig zu belasten, sondern darin, die Sicherheit der israelischen Bürger, die tagtäglich Angriffen auf ihr Leben ausgesetzt sind, zu schützen. Die Beendigung dieser Beschränkungen, wie der Frieden selbst, hängen von der Einstellung der Gewalt und des Terrors ab.

In der Zwischenzeit unternimmt Israel Massnahmen, um die humanitäre Situation der palästinensischen Bevölkerung im Westjordanland zu erleichtern, trotz der damit verbundenen Sicherheitsrisiken. Dies soll im Rahmen von Verhandlungen und in der Hoffnung geschehen, dass vertrauensfördernde Massnahmen eine positivere Atmosphäre für den Frieden schaffen werden,.

## [Zurück zum palästinensischen Terror](#)

### ◆ **Warum nehmen Kinder an der Gewalt teil?**

Anstatt die Jugend, wie Israel es tut, auf den Frieden hin zu erziehen, haben extremistische Palästinenser ihre Jugendlichen dazu angeregt, sich aktiv an der Gewalt zu beteiligen. Anstatt alle Anstrengungen zu unternehmen, die Kinder zu beschützen, wie es Israel tut, haben die palästinensischen Terroristen sich vorsätzlicherweise israelische Jugendliche zum Ziel gesetzt.

Israel setzt sich dafür ein, seine Kinder zu Toleranz und Koexistenz zu erziehen und lehrt sie, alle Völker zu respektieren, entsprechend Israels demokratischer Werte und Ideale. Israelische Kinder lernen in ihren Schulen und in den Medien, dass der Versuch, Frieden zu erreichen, das höchste Gut darstellt. Israel ist der Überzeugung, dass der Schlüssel zu einem echten und dauernden Frieden darin liegt, die nächste Generation von Israelis und Palästinensern auf ein friedliches Nebeneinander zu

erziehen.

Im Gegensatz dazu haben palästinensische Extremisten vorsätzlich eine Kultur des Hasses geschaffen. [Palästinensische Kinder werden angehalten, sich aktiv an gewalttätigen Aktionen zu beteiligen](#). Sie schulen junge Menschen im Umgang mit Waffen und schaffen eine Atmosphäre, die sie darauf vorbereitet, Selbstmordattentäter zu werden. Die meisten Opfer unter palästinensischen jungen Menschen sind durch ihre direkte Beteiligung an gewaltsamen Ausschreitungen zu erklären oder sind die Folge einer israelischen Konfrontation mit Terroristen, die sich hinter der palästinensischen Bevölkerung verstecken. Die Palästinenser versuchen nicht, die palästinensischen Kinder vor Schäden zu bewahren, sondern setzen sie, ganz im Gegenteil, zu Propagandazwecken ein.

Palästinensische Schulen, Sommerlager, Moscheen und offizielle Medien haben alle zur Schaffung dieser Kultur des Hasses beigetragen. Der zynische Einsatz von Kindern als Pfand in diesem Konflikt beginnt im Erziehungswesen. [Palästinensische Lehrbücher lehren offen den Hass Israels und des jüdischen Volkes](#), anstatt die Kinder zum Frieden zu erziehen, wie Israel es tut. Erziehungseinrichtungen werden dazu benutzt, die Heldenverherrlichung von Selbstmordattentäter anzuregen, wodurch palästinensische Kinder psychologisch darauf vorbereitet werden, in ihre Fusstapfen zu treten. Kinder erhalten Waffen, um sie bei anti-israelischen Kundgebungen zu tragen oder werden als Selbstmordattentäter verkleidet. Bei den Aktivitäten von Jugendgruppen und in Terror-Sommerlagern lernen junge Menschen das Handwerk des heiligen Kämpfers, indem sie im Umgang mit echten Waffen ausgebildet werden.

Das palästinensische Fernsehen bietet ein sehr effektives Medium für die Verbreitung der Hasspropaganda. Es sendet [Programme, die zur Gewalt aufrufen](#), die sich an jede Altersgruppe wenden und mit Kleinkindern beginnen. Die Hamas legt starken Wert auf die Erstellung von Kinderprogrammen, die schon die jüngsten Zuschauer aufhetzen.

Dieser Kult der Märtyrertums führt die palästinensischen Kinder dazu, sich immer stärker an der Gewalt zu beteiligen. Das Durchschnittsalter der Selbstmordattentäter ist gefallen und Angriffe, die von Teenagern durchgeführt werden, sind eine immer häufigere Erscheinung. Kleinere Kinder, manche noch im Kleinkindalter, werden eingesetzt, um für den Transport von Waffen und Sprengstoff als Deckung zu fungieren. Andere werden bei der Handhabung von Kassamraketenwerfern verwundet oder sogar getötet.

Die palästinensische Manipulation von Kindern, die in den Medien umfassend dargestellt wird, stellt einen verurteilungswürdigen Verstoss gegen jedes internationale Abkommen und jede internationale Konvention dar, die darauf abzielt, Kinder in Situationen bewaffneter Konflikte zu schützen. Dieser verabschungswürdige Einsatz von Kindern ist sowohl völlig unmoralisch als auch absolut rechtswidrig.

Terrorattentate auf Kinder auszurichten, bildet ebenfalls einen Verstoss gegen internationale Regeln und Normen. Hunderte von israelische Kindern wurden bei zahlreichen Terrorangriffen im Laufe der Jahrzehnte getötet oder verwundet. Sie waren keine zufälligen Opfer der Gewalt, sondern bildeten die beabsichtigte und bevorzugte Zielscheibe der palästinensischen Terroristen. Israelische Kinder wurden von palästinensischen Scharfschützen absichtlich zum Ziel genommen, Strassenbomben wurden vorsätzlich auf sie angesetzt. Jugendliche wurde bei Ausflügen in unmittelbarer Nähe ihrer Wohnhäuser von Terroristen mit Knüppeln geschlagen und zu Tode gesteinigt.

Palästinensische Terroristen ermordeten seit September 2000 fast 120 Kinder. Sie wählten Angriffsorte, an denen junge Menschen zusammenkommen – Diskotheken, Bushaltestellen, Fast-Food Restaurants und Einkaufszentren. Selbstmordattentäter standen fast in Tuchfühlung mit ihren jungen Opfern, z. T. Säuglingen, bevor sie auf den Auslöser drückten. Bei einem der wohl fürchterlichsten Terroranschlägen - dem Selbstmordattentat auf einen Jerusalemer Autobus am 19. August 2003, waren sieben Kinder unter den Todesopfern, 40 Kinder gehörten zu den Verwundeten.

Das Leid jedes Kindes ist tragisch und bedauerlich. Israel ist der Meinung, dass alle Anstrengungen unternommen werden müssen, um alle Kinder – israelische und palästinensische - vor der Gewalt zu schützen. Palästinensische Schulen und Medien müssen die Aufwiegelung zu Gewalt und Hass einstellen und sich Israel anschliessen, in dem Versuch, die auf die nächste Generation gerichteten

Lehren eines friedlichen Zusammenlebens durchzusetzen.

## Zurück zum palästinensischen Terror

### ◆ Ist die Medienberichterstattung über den Konflikt fair?

Die internationalen Medienberichterstattung über den Nahost Konflikt war in vielen Fällen Israel gegenüber unfair und voreingenommen.

Die elektronischen Medien müssen, ihrem Auftrag entsprechend, schnelle und geballte Information liefern. Dies kann jedoch zu einer vereinfachten und oberflächlichen Darstellung von Gegebenheiten führen, die in Wirklichkeit komplex und vielschichtig sind, wie diejenigen, die im Nahen Osten vorliegen. Der Widerspruch zwischen dem Bedürfnis, die komplizierte Wirklichkeit des Nahen Ostens auf möglichst schnelle und einfache Art darzustellen, führt oft zu einer verzerrten und unausgewogenen Berichterstattung über Israel betreffende Themenkreise.

In vielen Fällen entsteht der Eindruck, die Medien neigten dazu, eine komplexe Situation in schwarz-weiß gemalten Stereotypen wiederzugeben, in denen Israel in der Rolle der "Besatzungsmacht" dargestellt wird, die die Rechte der "Besetzten" mit Füßen tritt. Dies wiederum führt ganz automatisch zu einer verzerrten Darstellung Israels, als Wurzel allen Übels im Nahen Osten.

Die Wirklichkeit ist allerdings viel komplizierter. Die Fairness verlangt, die Gründe zu untersuchen, die Israel dazu brachten, diese Gebiete unter seine Herrschaft zu bekommen, sowie die Tatsache, dass die arabische Welt seit 1948 unter Einsatz aller möglichen Mittel, zur Zerstörung Israels aufruft. Leider sind diese Umstände, mit ihren weitreichenden und tiefgreifenden Auswirkungen, nur schwer in einem eine Sekunden oder höchstens einige Minuten dauernden Fernbericht wiederzugeben.

Die Berichterstattung aus dem Nahen Osten bietet im Allgemeinen einen Schnappschuss der momentanen Tagesereignisse. Aufnahmen können dramatische Bilder liefern; in den meisten Fällen allerdings bieten sie nur eine begrenzte Einsicht in die gesamten Umstände, in denen diese Bilder sich ergaben; oft werden diese Ereignisse aus ihrem Kontext gerissen.

Das Bild eines palästinensischen Jugendlichen vor einem israelischen Panzer baut eine Story, die die Gefühle der Fernsehzuschauer aufwühlt, eine Story, die sich gut verkauft. Dieses Bild ist jedoch eine grobe Verzerrung der Wirklichkeit. Auf diesem Bild erscheint der Panzer als Vertreter der "grausamen und mächtigen Besatzungsmacht", die Verkörperung der Ungerechtigkeit, die die Quelle des Nahostkonflikts darstellen soll. Die Wirklichkeit ist allerdings sehr viel komplizierter als die Momentaufnahme sie zeigen kann – das "vorher" und "nachher" bleibt dem Zuschauer verborgen. Das Bild und der Begleittext sprechen meist gar nicht oder bestenfalls nur sehr wenig über den andauernden palästinensischen Terror, der dafür verantwortlich zu machen ist, dass der Panzer sich überhaupt dort befindet. Die Medien berichten kaum über die palästinensischen Terroristen, die sich absichtlich in städtischen Gegenden einnisten. Es wird kaum erwähnt, dass die Terroristen sich unter die palästinensische Zivilbevölkerung begeben und Zivilisten, auch Kinder, auf zynische Art und Weise als Pfand und Schutzschild verwenden, hinter denen sie sich verstecken, um ihre Angriffe auf unschuldige Israelis durchzuführen. Es wird kaum erwähnt, dass die israelische Armee alles daransetzt, um die unschuldige Zivilbevölkerung zu schützen, sogar auf Kosten der Gefährdung ihrer eigenen Soldaten.

In den internationalen Medien wurde Israel sehr stark dafür kritisiert, dass es die Bewegungsfreiheit der Palästinenser einschränkt und dass die in von der israelischen Armee nach Ausbruch der Gewalt im September 2000 in den Gebieten aufgestellten Strassensperren den Palästinensern Leid zufügen. Die Szenen, die auf den Bildschirmen erscheinen, sind in der Tat äusserst ausdrucksvoll. Sie zeigen

Palästinenser, die manchmal recht lange auf die Abfertigung bei der Sicherheitskontrolle an Strassensperren warten müssen.

Diese Berichte zeigen allerdings nur die eine Seite der Situation und lassen den Kontext meist ungeachtet beiseite; dass nämlich der einzige Grund für die Strassensperren darin besteht, palästinensische Selbstmordattentäter daran zu hindern, Israels Bevölkerungszentren zu erreichen. Ebenfalls ausser Acht gelassen wird die Pflicht der israelischen Regierung, ihre Bürger gegen diejenigen zu verteidigen, die unterwegs sind, um sich in die Luft zu sprengen und unschuldige Passanten in Cafes, Autobussen, Einkaufszentren und anderen öffentlichen Orten in Israels Städten zu töten. Berücksichtigen die Medien, die ihren Blick auf die Strassensperren lenken, das Recht der israelischen Zivilbevölkerung ihr Leben ohne die Bedrohung durch den Terror oder die Angst vor einem gewaltsamen Tod zu leben? Die Antwort lautet meistens: nein.

Eines der bekanntesten Beispiele der völlig einseitigen und unfairen Betrachtungsweise, die der Grossteil der internationalen Medien einnimmt, ist in der Berichterstattung über [die schweren Kämpfe zwischen israelischen Soldaten und palästinensischen Terroristen in Jenin](#), im April 2002 zu sehen. Kurze Zeit nach Beginn der Kämpfe "schluckten" die meisten Vertreter der internationalen Medien gutgäubig die palästinensische Propagandaversion der Vorgänge. Sie zogen vorhastig die Schlussfolgerungen an und beschrieben den Kampf als israelisches "Massaker" der Palästinenser. Israel wurde sofort beschuldigt, die Stadt Jenin zerstört zu haben.

Israel wurde in den Medien beschuldigt und verurteilt, noch bevor die einfachsten Tatsachen bekannt gemacht wurden. Hätte die internationale Presse die Tatsachen geprüft, hätten die Medien gewusst, dass was als Massaker beschrieben worden war, in Wirklichkeit ein Kampf war, in dem 56 Palästinenser (die grosse Mehrheit von ihnen Terroristen) und 23 israelische Soldaten getötet wurden. Was als die "Zerstörung von Jenin" beschrieben worden war, bewies sich letzten Endes als sehr begrenzte Kampfzone von etwas 100 qm, ein sehr kleiner Teil der Stadt.

Ein weiterer Grund für die Unausgewogenheit der Medienberichterstattung liegt in der Tatsache, dass auf israelischer Seite die Reporter in einer offenen und demokratischen Gesellschaft agieren, in der die Pressefreiheit und die Redefreiheit garantiert sind. Die internationale Presse in Israel geniesst, mit Recht, offenen Zugang zu jeder Nachrichtenquelle und zu jeder Meinung im demokratischen politischen Spektrum.

Die palästinensische Gesellschaft und die Gesellschaft der meisten arabischen Staaten dagegen, geniessen keine Meinungs- oder Pressefreiheit. Die Möglichkeit, in diesen Gesellschaften, auf unabhängige Art und Weise über Ereignisse zu berichten, ist fast vollkommen inexistent. Dementsprechend ist auch die Fähigkeit der ausländischen Presse, authentische, objektive und glaubwürdige Berichte zu übermitteln, äusserst begrenzt. Eine Berichterstattung aus diesen Gebieten, die diese Tatsache nicht in Rechnung stellt, zeugt von fehlender moralischer Offenheit.

Dieser Sachverhalt wurde in der Berichterstattung [über den Zweiten Libanonkrieg](#) ganz offensichtlich. Einerseits erhielt die ausländische Presse fast beispiellosen Zugang zu israelischen Soldaten, während auf der anderen Seite, die Hizbollah den Reportern sehr starke Einschränkungen auferlegte. Das Ergebnis war, dass bestenfalls nur sehr wenige Bilder von Hizbollah Terroristen in den westlichen Medien erschienen; es gab auch keine Interviews, die nicht mit einem auserwählten, kleinen Kreis von Hizbollah Sprechern geführt worden wären.

Es sind eine Reihe von Fällen bekannt, in denen in der Vergangenheit ausländische Reporter, die über Ereignisse berichten wollten, die die palästinensischen Interessen schädigen könnten, Todeswarnung von Palästinensern erhalten haben. Die Gefahr einer Entführung schwebt über den Köpfen aller ausländischen Korrespondenten in den von den Palästinensern beherrschten Gebieten. Es hat auch Fälle gegeben, in denen die Palästinenser sich bereit erklärt haben, der Presse eine gewisse Freiheit zur Ausübung ihrer Arbeit zu gewähren, unter der Bedingung, dass die Berichte den Ansichten und der Botschaft entsprechen, die die Palästinenser übermitteln wollen.

In den schlimmsten Fällen der Medienvoreingenommenheit, besonders bei einigen politischen Karikaturen und Kommentaren, haben Ausdrucksformen und Inhalt Israel gegenüber völlig extreme Formen angenommen. Das reine Existenzrecht Israels wird in Frage gestellt und manchmal werden sogar antisemitische Stereotypen und Symbole eingesetzt, die denjenigen, die das jüdische Volk in der Vergangenheit angegriffen haben, sehr stark ähneln.

Was jedoch im allgemeinen die Voreingenommenheit der internationalen Medien charakterisiert, ist die doppelte Moral, die Israel gegenüber eingesetzt wird. Während Israel, als demokratischer Staat, eine legitime, kritische Betrachtung begrüsst, wird Israel von den Medien ständig unter die Lupe genommen, was in keinem Verhältnis zu der Art und Weise steht, in der andere westliche Demokratien behandelt werden. Die Tatsache, dass Israel einer existentiellen Bedrohung ausgesetzt ist, die von einer bedeutenden Zahl von Staaten dieser Region ausgeht, wird völlig und auf unverzehbare Weise ignoriert. Diese Staaten, die sich immer noch nicht mit der Existenz Israels als jüdischer Staat abgefunden haben, sind selbst sehr weit davon entfernt, auch nur den einfachsten Normen von Demokratie und Freiheit zu entsprechen. Darüber hinaus haben die internationalen Medien bei ihrer Kritik fast aller Schritte, die Israel unternimmt, um den Terror zu bekämpfen, oft die Tatsache ignoriert, dass andere westliche Demokratien ähnliche oder sogar sehr viel härtere Massnahmen getroffen haben, wenn ihre nationale Sicherheit oder die Sicherheit ihrer Bürger bedroht waren. Die Kritik an Israel hat ein solches Niveau erreicht, dass jede Aktion, die Israel unternimmt, ganz egal wie defensiv die Massnahme und ganz egal wie furchtbar die Gefahr, die Israel bedroht, auch sein möge, - automatisch verurteilt wird.

### Zurück zum palästinensischen Terror

#### ◆ **Gehört der palästinensische Terror zum internationalen Terrorismus?**

Mit der Zeit wird immer offensichtlicher, dass der palästinensische Terror sich nicht vom internationalen Terror trennen lässt. Mit der wachsenden Einsicht, dass die palästinensischen Terroristen eher die Zerstörung Israels verfolgen, als die Gründung eines palästinensischen Staates und dass viele palästinensische Terrororganisationen sich für die Gründung einer islamistischen Staatsform an Israels Stelle einsetzen, wird unübersehbar, dass der palästinensische Terror eng mit den dschihadistischen Terrororganisationen verbunden ist.

Über die wachsenden Anzeichen dafür, dass dschihadistische Organisationen in den palästinensischen Gebieten Fuss fassen wollen hinaus, wird festgestellt, dass die von den Palästinensern eingesetzten Methoden, von Terrorgruppen im gesamten Nahen Osten und andernorts übernommen werden.

Mehrere Jahrzehnte hindurch hat die Gewalt der Palästinenser eine grosse Rolle in der Entwicklung ständig gefährlicherer Formen des Terrors gespielt. Die Palästinenser waren die Ersten, die Flugzeugentführungen als Terrormassnahme einsetzten. Palästinenser waren vielleicht nicht die Erfinder der Selbstmordattentate, sie haben diese Technik jedoch verfeinert, haben einen wahren Kult der Märtyrer eingeführt, der ständig weitere Selbstmordattentate fördert. Darüber hinaus übernehmen die Palästinenser Techniken, die von anderen Terrororganisationen, besonders der Hizbollah, angewandt werden.

Hinweise auf eine internationale Beteiligung am palästinensischen Anliegen zeigt sich in der Rolle Irans an diesem Konflikt. Irans Einfluss auf die Hizbollah – die Bewaffnung, Ausbildung und Finanzierung dieser Terrororganisation, die nicht nur Israel angegriffen hat, sondern auch die Stabilität des Libanon untergräbt, bildet nur einen Aspekt seiner Beteiligung an diesem Konflikt. Der Iran ist auch eng mit der Hamas verbunden, einer Terrororganisation, die Israel ständig angreift, trotz ihrer politischen Erfolge auf der palästinensischen Bühne.

Der arabisch-israelische Konflikt wird von vielen Vertretern im Nahen Osten dazu verwandt, ihre anti-amerikanischen und letztlich anti-westlichen Aktivitäten zu rechtfertigen. Der Terror, ob im Nahen Osten oder andernorts, richtet sich gegen demokratische Gesellschaften. Studien des Selbstmordterrors haben gezeigt, dass er nicht von Verzweiflung motiviert ist – sondern fast immer als Teil einer organisierten Kampagne eingesetzt wird, um politische oder militärische Ziele zu erreichen. Al-Qaidas Angriffe auf die USA stellten einen Angriff auf die Ideale der Freiheit dar, die die Vereinigten Staaten

verkörpern. Sie gehörten zu Bin Ladens Plan für einen Dschihad, der die Welt entsprechend seiner extremistischen Interpretation des Islams neu gestalten will. Obwohl Bin Ladens Grundziele nichts mit Israel zu tun haben, wurden die Angriffe auf das amerikanische Volk von antiisraelischen Elementen dazu ausgebeutet, ihre Tagesordnung im Nahen Osten zu fördern.

Auf der ideologischen Ebene verwischt die palästinensische Propaganda den Unterschied zwischen gegen Unschuldige gerichtete Terrorakten und defensive Gegenmassnahmen, die darauf abzielen Terroristen aufzuhalten. Es ist wichtig festzustellen, dass die Rechtfertigung von Terrorangriffen, die weltweiten Anstrengungen, den Terror und seine Förderer zu delegitimieren, zunichte machen.

Dem palästinensischen Terror darf kein Erfolg gewährt werden. Ein solcher Erfolg bedeutet nicht nur einen Ansporn für weitere Gewaltakte gegen die unschuldige Zivilbevölkerung Israels, sondern erhöht auch das Risiko, dass die Plage der Terrors sich weiter ausdehnt und in immer stärkerer Masse die demokratischen Staaten der ganzen Welt in Gefahr bringt. Solchen Selbstmordattentätern ihre Ziele vorzuenthalten, bildet einen wichtigen Schritt in Richtung auf eine Beendigung des Terrorphänomens überhaupt.

Jeder politische Gewinn, den die Palästinenser durch den Einsatz der terroristischen Gewalt erzielen, bedeutet einen Beitrag zur Proliferation des Terror in der ganzen Welt. Die Belohnung des Terrors führt lediglich dazu, dass andere im Nahen Osten und andernorts zu ähnlichen Taktiken greifen. Der Erfolg des palästinensischen Terrors gälte auch als Ermutigung einer weiteren Radikalisierung der arabischen und muslimischen Bevölkerung, die durch schwierige sozio-ökonomische Bedingungen in ihren eigenen Staaten und Ideologien, die Hass und Gewalt predigen, noch anfälliger für Extremisten gemacht werden.

Eine Belohnung des palästinensischen Terrors brächte nicht nur Israel in Gefahr, sondern auch die Stabilität der Region und die Sicherheit der demokratischen Welt. Die Belohnung des Terrors führt zu verstärktem Terror

### [Zurück zum palästinensischen Terror](#)

#### ◆ **Waren gezielte Operationen gerechtfertigt?**

Solange die palästinensische Führung keinerlei Anstrengungen unternimmt, die Terrorangriffe zu verhindern, hat Israel keine andere Wahl, als selbst für die Verhinderung dieser Angriffe zu sorgen, u.a. durch gezielte Antiterrorereinsätze. Laut internationalem Recht bilden Einzelpersonen, die aktiv an Feindseligkeiten teilnehmen, legitime militärische Ziele.

In dem von ihr unterzeichneten Abkommen mit Israel übernahm die palästinensische Autonomiebehörde die Verantwortung für die Beendigung jeglicher Gewalt, die Festnahme der Terroristen, die Zerschlagung der terroristischen Infrastruktur, die Beschlagnahmung illegaler Waffen und die Einstellung der Anstiftung zur Gewalt. In den Jahren nach den 1993 unterzeichneten Osloer Verträgen unternahm die PA jedoch keinerlei Schritte, um ihre Verantwortung zu erfüllen, sondern förderte und unterstützte den Terror auf aktive Art und Weise. Dieser Terror richtet sich in seinen Mordabsichten vorsätzlich gegen die Zivilbevölkerung. Die Untätigkeit der palästinensischen Führung angesichts der weitverbreiteten Terroraktivitäten in den von ihr beherrschten Gebieten und die gleichzeitige aktive Unterstützung dieser Gewalt, lies Israel keine andere Wahl, als selbst die notwendigen Schritte zu unternehmen, um Terrorangriffe zu vermeiden.

Dennoch befanden sich Israels Sicherheitskräfte in den letzten Jahren vor einem unhaltbaren Dilemma – nämlich Israels demokratische Werte und die Regeln bewaffneter Kriegsführung aufrechtzuerhalten, und gleichzeitig gegen Terroristen anzukämpfen, die bereit sind, gegen jede einzelne Norm zivilisierten Verhaltens zu verstossen. Israel hat verzweifelt nach Wegen und Möglichkeiten gesucht, Terroristen, die sich hinter der palästinensischen Bevölkerung verstecken, auf wirksame Art und Weise aufzuhalten, ohne unschuldigen Palästinensern Schaden zuzufügen.

Wannimmer möglich, zielen die israelischen Einsätze direkt auf die Festnahme von Terroristen und ihre Helfer und darauf, sie vor Gericht zu stellen. In einigen wenigen Fällen, sind Festnahmen jedoch unmöglich, vor allem wegen der Tatsache, dass den Terroristen und ihren Anführern, im Herzen der palästinensisch verwalteten Gebiete Zuflucht gewährt wird. In solchen Fällen und wannimmer eine klar definierte Terrorwarnung vorlag, musste Israel Präventivmassnahmen treffen, einschliesslich gezielter Antiterroraktionen, um zu vermeiden, dass die Terroristen ihre Angriffe durchführten.

Das internationale Recht im Allgemeinen und das Gesetz über bewaffnete Auseinandersetzungen insbesondere, erkennen an, dass Einzelpersonen, die direkt an Feindseligkeiten teilnehmen, keine Immunität beanspruchen können. Durch die Initiierung und Teilnahme an bewaffneten Angriffen, haben diese Einzelpersonen sich selbst als Kämpfer ausgewiesen und haben dadurch jeden rechtlichen Schutz aufgegeben. In vielen Terrororganisationen gibt es keine echte Trennung zwischen dem sogenannten politischen Arm und dem militärischen Arm – Anführer aus allen Teilen der Organisation nehmen aktiv an der Initiierung und Planung von Terrorangriffen teil und können daher als legitime militärische Ziele angesehen werden. Im gleichen Sinne, wird eine Einzelperson, die sich selbst als Kämpfer bezeichnet, solange als Kämpfer angesehen, wie die Feindseligkeiten andauern und nicht nur zu dem Zeitpunkt, an dem sie den Angriff durchführt.

Seit September 2000 mussten die israelische Zivilbevölkerung und israelische Soldaten gleichermaßen Tausenden von organisierten, gewälttätigen und lebensbedrohenden Angriffen widerstehen, von denen nur ein kleiner Prozentsatz Eingang in die Medien fand. Zu diesen Angriffen gehören Selbstmordattentate, Schiessereien, gewälttätige Ausschreitungen, Lynchvorfälle, Bombardierungen, Angriffe aus dem Hinterhalt auf fahrende Autos, Raketenangriffe und auf die Zivilbevölkerung ausgerichtete Autobomben. Die Palästinenser haben ebenfalls - aber glücklicherweise erfolglos – versucht, "Megaterrorattentate" durchzuführen; u.a. einen Angriff auf die Pi Glilot Gas- und Brennstofflageranlage in der Nähe von Tel Aviv und einen Angriff mit einem sprengstoffgeladenen Lastkraftwagen auf Tel Avivs höchsten Wolkenkratzer. Bisher wurden über 1100 Israelis getötet, und viele Tausende mehr wurden durch diese Gewalt verwundet.

Unter diesen schwierigen Umständen hat die israelische Armee die grösstmögliche Zurückhaltung walten lassen und nur dann eingegriffen, wenn Untätigkeit von Seiten Israel zum Verlust von Menschenleben geführt hätte. Israel versucht unter allen Umständen, so wenig Kraft wie möglich einzusetzen, um Terrorakte zu verhindern, in Übereinstimmung mit den Prinzipien und Praktiken von bewaffneten Auseinandersetzungen. Es versucht, nur auf die Verantwortlichen für die Gewalt zu zielen und unternimmt alle Anstrengungen, unschuldige Zivilisten nicht miteinzubeziehen.

Im Gegensatz dazu, zielen die palästinensischen Terroristen vorsätzlicherweise auf unschuldige Zivilisten und verwenden Waffen, die ausdrücklich dazu entwickelt wurden, möglichst schwere Verletzungen und Tod herbeizuführen.

Die israelische Regierung bedauert den durch die gegenwärtige Welle der Gewalt verursachten Verlust jeden Lebens, ob jüdisch oder arabisch. Terrorangriffe haben unschuldiges Leben gekostet und gleichzeitig den Friedensprozess geschädigt. Der Terror ist und bleibt das primäre Hindernis auf dem Weg zum Frieden und es ist von absoluter Dringlichkeit, die Gewalt einzustellen, damit beide Parteien zu konstruktiven Verhandlungen zurückkehren können. Eine gerechte und beständige Lösung kann nur durch einen Dialog gefunden werden, nicht durch bewaffnete Auseinandersetzungen. Während der Terror andauert, muss Israel jedoch seiner eindeutigen Verantwortung gerecht werden, Selbstverteidigung zu üben und seine Bürger beschützen.

Bei genauer Analyse wird offensichtlich, dass die Verantwortung für alle Opfer, bei der palästinensischen Führung liegt, die die Gewalt angezettelt hat und es ablehnt, sie zu beenden. Würde die palästinensische Gewalt eingestellt, besässe Israel keinen Grund dafür, präventive Antiterrormassnahmen durchzuführen.

[Zurück nach oben](#)



Photo: Verteidigungsministerium

## Anti-Terror Zaun

- [Warum errichtet Israel den Antiterror-Zaun?](#)
- [Wie hätte die PA die Errichtung des Antiterror-Zauns vermeiden können?](#)
- [Handelt es sich um eine "Mauer" oder einen "Zaun"?](#)
- [Berücksichtigt der Zaun die Bedürfnisse der palästinensischen Bevölkerung in genügendem Masse?](#)
- [Schafft der Antiterror-Zaun keine bleibenden Tatsachen vor Ort?](#)
- [Warum wird der Antiterror-Zaun nicht auf den Linien von vor Juni 1967 errichtet?](#)
- [Ist der Antiterror-Zaun kein Hindernis für den Frieden?](#)
- [Führt der Antiterror-Zaun nicht zu verstärkter Feindseligkeit und grösserem Hass Israel gegenüber?](#)
- [Hat der teilweise z.T. fertiggestellte Antiterror-Zaun die Zahl der Terroranschläge verringern können?](#)
- [Ist der Antiterror-Zaun kein Ausdruck von Apartheid und Rassismus?](#)
- [Ist der Antiterror-Zaun keine neue "Berliner Mauer"?](#)
- [Schafft der Antiterror-Zaun keine "Ghettos"?](#)

### ◆ Warum errichtet Israel den Antiterror-Zaun?

Über [1100 Menschen wurden getötet](#) - bei Terroranschlägen, die die Palästinenser seit September 2000 durchgeführt haben. Tausende Israelis wurden verwundet, einige trugen lebenslange Behinderungen davon. Die Terroristen dringen in israelische Städte und Ortschaften ein und führen ihre Anschläge – oft in Form von Selbstmordattentaten – auf Autobusse, Restaurants, Einkaufszentren und sogar auf Privathäuser durch. Keine andere Demokratie der Welt hat sich jemals vorher mit einer so intensiven Welle des Terrors, besonders in Form von Selbstmordanschlägen, auseinandersetzen müssen.

In fast allen Fällen kamen die Terroristen aus den palästinensischen Gebieten des Westjordanlandes. Das Fehlen jeglicher Absperrungen macht den Terroristen das Eindringen in israelische Gemeinden relativ leicht. Oft befinden sich israelische Ortschaften nur wenige Minuten zu Fuss von palästinensischen Terrorzentren entfernt. Die palästinensische Führung unternahm nichts, um die Terroristen aufzuhalten, sondern unterstützte sie sogar.

Israels Entscheidung, eine physische Barriere gegen den Terror aufzustellen, wurde erst gefällt, nachdem andere Versuche, die tödlichen Angriffe aufzuhalten, fehlgeschlagen waren. Die Öffentliche Meinung in Israel drängte zur Errichtung eines Zaunes, der die Terroristen davon abhalten würde, in die israelischen Bevölkerungszentren einzudringen. Es muss darauf hingewiesen werden, dass seit vielen Jahren kein Terrorist aus dem Gazastreifen nach Israel eingedrungen ist, da dort schon ein elektronischer Antiterror-Zaun vorhanden ist.

Die israelische Regierung ist dazu verpflichtet, ihre Bürger gegen den Terror zu verteidigen. Dieses Recht auf Selbstverteidigung ist im internationalen Recht verankert. Der Antiterror-Zaun bildet einen Akt der Selbstverteidigung, der Leben rettet. Bis die Palästinenser der Terror einstellen, muss Israel die notwendigen Schritte unternehmen, sich zu schützen.

[Zurück zum Antiterror-Zaun](#)

#### ◆ **Wie hätte die PA die Errichtung des Antiterror-Zauns vermeiden können?**

Die Palästinenser tragen die alleinige Verantwortung für die Errichtung des Antiterror-Zaunes. Die Entscheidung, den Antiterror-Zaun zu errichten, wurde erst gefällt, nachdem alle anderen Versuche, die mörderischen Terrorangriffe aufzuhalten, fehlgeschlagen waren.

Die PA hatte ihre Versprechen, den Terror zu bekämpfen, nicht erfüllt. Diese Auflagen waren in den Osloer Verträgen und den anschliessenden Abkommen, sowie der Roadmap enthalten, die beiden Seiten im Mai 2003 vorgelegt wurde. Während der Terror im Rahmen dieser Abkommen untersagt und nach internationalem Recht verboten ist, ist der Einsatz von Defensivmassnahmen, wie z.B. der Zaun, zulässig.

Die Palästinenser versuchen Israel zu beschuldigen, das Opfer des Terrors, das rein defensive Massnahmen ergreift. Die Palästinenser ignorieren die unschuldigen Opfer, die von dem aus dem Westjordanland kommenden Terror ermordet wurden.

Gäbe es keinen Terror, sähe sich Israel nicht gezwungen, zum Schutz seiner Bevölkerung einen Zaun zu errichten. Die Palästinenser müssen die Terrororganisationen zerschlagen, die Waffen beschlagnahmen, Planer und Verantwortliche von Terroranschlägen festnehmen, die Hetzkampagnen einstellen und die Zusammenarbeit mit Israel in Sicherheitsfragen wiederaufnehmen – all diese Schritte werden in den von den Palästinensern übernommenen Verantwortungen festgelegt.

[Zurück zum Antiterror-Zaun](#)

#### ◆ **Handelt es sich um eine "Mauer" oder einen "Zaun"?**

Trotz der zahlreichen in den internationalen Medien erscheinenden Bilder einer hohen Betonmauer, bestehen über 92% des gegenwärtig errichteten Antiterror-Zauns aus einem Maschendrahtzaunsystem.

Der Grossteil des Antiterror-Zauns besteht aus einem Streifen, in der ungefähren Breite einer vierspurigen Autobahn. In der Mitte befindet sich ein Maschendrahtzaun mit einem System, das jedes Eindringen aufspürt. Dieses technologisch fortschrittliche System soll Eindringungsversuche erkennen, genau wie der Sandkontrollstreifen und andere Beobachtungseinrichtungen.

Weniger als 8% des Zaunes werden aus Beton hergestellt. Die kurzen Betonabschnitte sollen nicht nur das Eindringen von Terroristen verhindern, sondern auch den Beschuss von israelischen Fahrzeugen, die auf den Autobahnen entlang der Linien vor 1967 fahren, von nahegelegenen jüdischen Wohngebieten und anderen Zielen verhindern. In einigen Fällen ist die Errichtung eines Zauns, wegen topografischer Gegebenheiten oder der Bebauungsdichte oder anderer Bauten in der Gegend unmöglich; daher wird der Bau der Betonmauer notwendig.

[Zurück zum Antiterror-Zaun](#)

#### ◆ **Berücksichtigt der Zaun die Bedürfnisse der palästinensischen Bevölkerung in genügendem Masse?**

Über seine Bemühungen, die Sicherheit seiner Bürger zu sichern hinaus, misst Israel den Interessen der ortsansässigen palästinensischen Bevölkerung grosse Bedeutung bei. Israel erkennt die Notwendigkeit an, ein angemessenes Gleichgewicht herzustellen, zwischen der absoluten Notwendigkeit, seine Bürger zu verteidigen und den humanitären Bedürfnissen der lokalen palästinensischen Bewohner.

Israel hat prioritär öffentlichen Boden für die Errichtung des Antiterror-Zauns benutzt, um soweit wie möglich zu vermeiden, privaten Boden zu verwenden. Wo das nicht möglich ist, wird Privatbesitz beschlagnahmt, nicht enteignet; es bleibt Eigentum des Eigentümers. Rechtsverfahren erlauben es jedem Eigentümer, Berufung gegen die Verwendung seines Bodens einzulegen. Bei der Verwendung von privatem Boden, wird den Eigentümern die im Gesetz festgelegte volle Entschädigung angeboten. Diese Entschädigung wird sowohl als einmalige Zahlung als auch in monatlichen Zahlungen gezahlt.

Die meisten Palästinenser werden sich auf der östlichen (Westjordanland) Seite des Zaunes befinden. Sie werden Zugang zu ihren Handels- und Wohnzentren beibehalten. Kein Palästinenser wird umziehen müssen. Israel wird alle Anstrengungen unternehmen, um zu vermeiden, in ihren Tagesablauf einzugreifen oder ihnen Schwierigkeiten aufzubürden. Nach seiner Vollendung wird der Zaun es Israel erlauben, eine Anzahl der jetzt zur Verhinderung von Terroranschlägen eingerichteten Strassensperren, zu entfernen.

Dutzende von Übergangspunkten wurden eingerichtet, um die Bewegung von Menschen und Gütern zu erlauben. Der Antiterror-Zaun wurde so weit wie möglich, auf ungenutztem Boden errichtet, um der Landwirtschaft keinen Schaden zuzufügen. Palästinensische Landwirte werden durch zu diesem Zweck gebaute Tore, Zugang zu ihren Feldern beibehalten. Bäume, die durch die Errichtung des Zaunes betroffen wurden, werden umgepflanzt.

Der Antiterror-Zaun wäre nicht notwendig geworden, wenn es keine klar angelegte Terrorkampagne gegeben hätte, die darauf abzielt, israelische Männer, Frauen und Kinder zu töten. Der Tod ist absolut. Er kann nicht rückgängig gemacht werden. Die Unannehmlichkeit, die der Antiterror-Zaun den Palästinensern bringt, ist temporär. Der Zaun kann abgebrochen werden, sobald der Terror endet und Frieden erreicht wird.

Bewegungsfreiheit ist wichtig. Sie ist jedoch nicht wichtiger, als das Recht auf Leben. Israel wird dennoch alles in seiner Macht stehende unternehmen, um Unannehmlichkeiten und Schwierigkeiten, die den durch die Errichtung des Zaunes betroffenen Palästinensern entstehen, so gering wie möglich zu halten.

## [Zurück zum Antiterror-Zaun](#)

### ◆ **Schafft der Antiterror-Zaun keine bleibenden Tatsachen vor Ort?**

Der Verlauf des Zaunes wurde auf Grund von Sicherheitsbedürfnissen und topographischen Überlegungen festgelegt.

Der Antiterror-Zaun annektiert weder palästinensischen Boden, noch verändert er den rechtlichen Status der palästinensischen Bewohner. Der Antiterror-Zaun ist eine temporäre Defensivmassnahme – keine Grenze: die Grenze wird in direkten Verhandlungen zwischen Israel und den Palästinensern festgelegt werden.

Der Zaun wird so errichtet, dass, wenn notwendig, gewisse Teile an andere Orte versetzt werden können. In diesem Zusammenhang muss daran erinnert werden, dass als Israel sich in Übereinstimmung mit UN Sicherheitsratsresolution 425 aus dem Südlibanon zurückgezogen hat, die UN die Grenze zwischen Israel und dem Libanon festgelegt hat. Israel verlegte seinen Antiterror-Zaun, an machen Stellen um einen Meter oder weniger, um der neuen Grenze zu entsprechen. Eine ähnliche Erfahrung gilt für Israels Abkommen mit Ägypten und Jordanien; es hat sich gezeigt, dass Zäune niemals politische Abkommen oder Friedensverträge blockiert haben; falls notwendig, wurden Zäune verlegt.

## Zurück zum Antiterror-Zaun

### ◆ Warum wird der Antiterror-Zaun nicht auf den Linien von vor Juni 1967 gebaut?

Der einzige Grund für den Bau des Zaunes ist die Sicherheit. Er wird dort errichtet, wo die Notwendigkeit besteht, Terroristen daran zu hindern, in israelische Bevölkerungszentren einzudringen. Die Errichtung des Zaunes entlang der vor Juni 1967 bestehenden Linien, ( der früheren "Grünen Grenze") wäre ein rein politischer Akt, der nichts mit den Sicherheitsbedürfnissen der israelischen Bürger zu tun hätte.

Die frühere "Grüne Grenze" wurde von der Waffenstillstandslinie zwischen Israel und Jordanien in den Jahren 1949 – 1967 gebildet. Es handelte sich nicht um einen endgültigen Grenzverlauf, der in Friedensverhandlungen festgelegt werden sollten. Die "Grüne Grenze" verschwand mit der Bedrohung von Israels Existenz durch die Araber im Frühjahr 1967, die zum Sechs-Tage-Krieg führte, der im Juni desselben Jahres ausbrach. Die Verfasser von UN Sicherheitsratsresolution 242 im November 1967 erkannten, dass die Linien von Juni 1967 keine sicheren Linien darstellten und neu gezogen werden müssten.

Während die endgültigen Grenzen zwischen Israel und den Palästinensern in Verhandlungen festzulegen sind, wird der Verlauf des Antiterror-Zauns einzig und allein von den unmittelbaren und dringenden Notwendigkeiten bestimmt, das Leben israelischer Bürger zu retten, indem palästinensische Terroristen daran gehindert werden, die israelische Bevölkerung zu erreichen. Daher wird der Zaun an den Stellen errichtet, an denen dieses Ziel auf effektivste Weise erreicht werden kann. Den Zaun willkürlich an anderer Stelle zu errichten, wie etwa entlang der Linie vor Juni 1967, hätte nichts mit den Sicherheitsbedürfnissen zu tun und entspräche demnach auch nicht der Absicht des Zaunes.

In den Fällen, in denen der Verlauf des Zaunes innerhalb der ehemaligen "Grünen Grenze" Israels Sicherheitsbedürfnissen entspricht, wird der Zaun dort errichtet. Teile des Zaunes werden innerhalb der Linien von 1967 errichtet, unter Berücksichtigung der Sicherheitsanforderungen vor Ort.

## Zurück zum Antiterror-Zaun

### ◆ Ist der Antiterror-Zaun kein Hindernis für den Frieden?

Der Terror bildet eine tödliche Hürde für den Frieden. Der Zaun bildet eine Hürde für den Terror.

Der Sinn des Zaunes besteht darin, die Terroristen, "draussen vorzulassen" und dadurch die Leben israelischer Bürger, sowohl jüdischer, als auch arabischer Bürger, zu schützen.

Der Zaun fungiert als temporäre, passive und effektive Barriere gegen den Terror und wird als solche dazu beitragen, in der Region eine gewisse Ruhe wiederherzustellen, wodurch die Chancen, zu einem Frieden zu gelangen, anwachsen. Die Welle des Terrors, die seit September 2000 über 1100 Israelis tötete, hat den Friedensprozess unterwandert und zu einem Stillstand geführt. Eine Reduzierung des Terrors, wozu auch der Antiterror-Zaun seinen Beitrag leistet, wird einen wichtigen Schritt dazu beitragen, die Friedensbemühungen wieder in Gang zu setzen.

Der noch nicht fertiggestellte Antiterror-Zaun hat schon anfängliche Erfolge verzeichnet, durch die Vereitelung von versuchten Terrorangriffen und die Senkung der Gesamtzahl erfolgreicher Terroranschläge. Einige geplante Terrorangriffe wurden vereitelt, da die Terroristen nicht in der Lage waren, den Zaun zu überwinden. Wenn der Zaun fertiggestellt ist, wird es den Terroristen noch sehr viel schwerer fallen, ihre mörderischen Absichten zu verwirklichen. Das kann dem Friedensanliegen nur zugute kommen.

Wenn der Terror endet und der Frieden erreicht wird, kann der Zaun verlegt werden.

### [Zurück zum Antiterror-Zaun](#)

#### ◆ **Führt der Antiterror-Zaun nicht zu verstärkter Feindseligkeit und grösserem Hass Israel gegenüber?**

Die Aufwiegelung von Seiten der Palästinenser und der arabischen Welt ist der Grund für die Feindseligkeit und den Hass Israel gegenüber. Die Intensivierung dieser Feindseligkeit und dieses Hasses geht auf die andauernde Hetze zurück, nicht auf den Antiterror-Zaun, der darauf abzielt, Terrorangriffe zu verhindern – ein tödliches Nebenprodukt der Hasskampagne gegen Israel.

In einer Anzahl von arabischen Staaten und in der palästinensischen Gesellschaft steht der Kampf gegen Israel im Mittelpunkt; der Ruf nach der Zerstörung Israels bildet den Kern ihres sozialen-kulturellen-politischen Ethos. In einigen arabischen Gesellschaften herrscht diese Situation unverändert bis zum heutigen Tag. Die vehemente anti-israelische Rhetorik der Palästinenser hat in der gesamten Region einen lähmenden Einfluss auf die Friedensanstrengungen ausgeübt. Die intensive, den palästinensischen Blickwinkel wiedergebende Berichterstattung und die Hetzkampagnen von Seiten palästinensischer Sprecher haben antiisraelische Einstellungen in den arabischen Staaten weiter geschürt; viele pro-arabische Staaten wurden sogar dazu verleitet, ihre Bande mit Israel herunterzuschrauben. Palästinensische Hetzkampagnen führen kurzfristig zu Gewalt und langfristig zu einer Herabsetzung der Chancen auf einen Frieden und eine Aussöhnung zwischen Israel und seinen Nachbarn.

### [Zurück zum Antiterror-Zaun](#)

#### ◆ **Hat der abschnittsweise fertiggestellte Antiterror-Zaun die Zahl der Terroranschläge verringern können?**

Die Statistiken zeigen eine klare Beziehung zwischen dem Bau des Zaunes und dem Rückgang der Terrorangriffe aus den Gegenden, die an die schon fertiggestellten Teile des Zaunes grenzen.

In den Anfangsstadien der Errichtung des Zaunes, zeigten die Statistiken einen 30%igen Rückgang in der Zahl der Terrorangriffe für das Jahr 2003 im Vergleich zu 2002. Darüberhinaus war ein 50%iger Rückgang in der Zahl der terrorbedingten Todesopfer im Jahre 2003, im Vergleich zum Vorjahr, zu verzeichnen.

In den Monaten April – Dezember 2002 hatte es innerhalb Israels 17 Selbstmordattentate gegeben, die aus dem nördlichen Teil des Westjordanlandes ( Samarien) kamen. Im Gegensatz dazu kamen seit Beginn der Errichtung des Antiterror-Zauns, im gesamten Jahr 2003, nur 5 Selbstmordattentate aus demselben Gebiet. Aus dem Bereich, in dem die Errichtung des Antiterror-Zauns noch nicht begonnen hat, insbesondere aus dem südlichen Teil des Westjordanlandes (Judäa), konnte kein Rückgang in der Zahl der Terrorangriffe verzeichnet werden. Mit fortschreitender Errichtung des Zaunes, ist ein fast totaler Rückgang der Zahl erfolgreicher Terroranschläge aus dem Westjordanland zu verzeichnen.

Mit der Fertigstellung des gesamten Antiterror-Zauns, soll die Gesamtzahl der Terroranschläge gegen israelische Bevölkerungszentren sehr stark sinken.

### [Zurück zum Antiterror-Zaun](#)

#### ◆ Ist der Antiterror-Zaun kein Ausdruck von Apartheid und Rassismus?

In fast jeder palästinensischen Stellungnahme wird der Zaun mit dem Ausdruck "Apartheid" zusammengebracht. Der palästinensisch- israelische Konflikt kann jedoch mit der Situation, die in Südafrika vorherrschte, in keiner Weise verglichen werden. Israels Antiterror-Zaun hat mit einer rassenbedingten Trennung nichts zu tun, sondern entspricht der Notwendigkeit, den Terror aufzuhalten.

Das Apartheidssystem zielte darauf ab, eine rassische Trennung zu erreichen, die den Status quo aufrechterhalten und die schwarzen Südafrikaner, denen alle Rechte vorenthalten wurden, unterdrücken sollte; Verbindungen zwischen den ethnischen Gruppen waren strikt untersagt.

Die palästinensische Propaganda ignoriert die Tatsache, dass der Konflikt zwischen Palästinensern und Israels kein rassischer Konflikt ist, sondern ein national-territorialer Konflikt zwischen zwei verschiedenen Völkern. Der Zaun wurde nicht geplant, um die Völker nach Rasse oder Religion zu trennen, sondern um die Terroristen von ihren Opfern zu trennen. Er wird sowohl Israelis als auch Palästinensern erlauben, nebeneinander in Frieden zu leben, frei von dem Konflikt, den der Terror bewirkt hat.

Israel ist grundsätzlich an Kontakten zwischen Israelis und Palästinensern interessiert. Der einzige Grund für die in den vergangenen Jahren eingeführten Einreisebeschränkungen für Palästinenser liegt in der wachsenden Zahl von Terrorangriffen gegen Israelis. Angriffe, die nach jedem Aufheben der Beschränkungen neu begannen.

Trotz Israels Wunsch nach friedlichen Kontakten mit seinen Nachbarn, besitzen die Palästinenser kein legales Anrecht darauf, in den Staat Israel einzureisen. Sie sind keine israelischen Staatsbürger. Demgegenüber besitzen israelische Araber ( die fast 20% des israelischen Bevölkerung ausmachen), die israelische Staatsbürgerschaft und sind nach israelischem Recht völlig gleichberechtigt.

Der Versuch, die Errichtung des Antiterror-Zaunes durch Israel auf irgendeine Weise mit "Apartheid" zu vergleichen, ist lächerlich. Was die palästinensische Propaganda absichtlich verschweigt, ist die Tatsache, dass der einzige Grund für die Errichtung des Zaunes im palästinensischen Terror zu finden ist.

#### [Zurück zum Antiterror-Zaun](#)

#### ◆ Ist der Antiterror-Zaun keine neue "Berliner Mauer"?

Der palästinensische Versuch, eine Parallele zwischen Israels Antiterror-Zaun und der vom kommunistischen ostdeutschen Regime gebauten Berliner Mauer zu ziehen, ist lediglich ein billiger Propaganda Trick, der mit den historischen Tatsachen reines Schindluder treibt.

Die Berliner Mauer wurde vom kommunistischen Regime in Ostdeutschland dazu verwandt, die Teilung der Stadt zu verewigen, dadurch dass die Bürger Ostdeutschlands – die die Freiheit und Kontakte mit ihren Brüdern in Westdeutschland suchten- eingesperrt blieben. Die Berliner Mauer wurde auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges von einem totalitären Regime gebaut, als Reaktion auf eine Demokratie, die in den westlichen Teilen der Stadt und in der Bundesrepublik Deutschland blühte.

In starkem Gegensatz dazu errichtet Israel den Antiterror-Zaun aus einem einzigen Grund – palästinensische Terroristen, die israelische Bürger töten und verwunden wollen, von seinem Staatsboden fernzuhalten. Israel, als demokratische Gesellschaft, errichtet den Zaun um ihre Bürger vor

tödlichen Angriffen zu schützen, nicht vor friedlichen Kontakten mit der anderen Seite. Es ist der palästinensische Terror – gefördert von autoritären Regimen und unterstützt durch die gefährlichsten Terrororganisationen und terrorfinanzierenden Staaten des Nahen Ostens – der die Bedrohung darstellt und der als Auslöser des Konflikts fungiert. Der Terror hat Israel dazu gezwungen, den defensiven Schritt zu unternehmen, diesen Antiterror-Zaun zu errichten.

## Zurück zum Antiterror-Zaun

### ◆ Schafft der Antiterror-Zaun keine "Ghettos"?

Durch die missbräuchliche Bezugnahme auf den Bau des Antiterror-Zauns durch die Verwendung des Ausdrucks "Ghetto", manipuliert die palästinensische Propaganda auf zynische Weise Geschichte und Wirklichkeit. Antiterror-Massnahmen, wie der Zaun, stehen in keinerlei Beziehung zu "Ghettos".

Durch den Missbrauch des Ausdrucks "Ghetto" optieren die Palästinenser für die Manipulation des Wortes, das mit den dunkelsten, schmerzhaftesten Abschnitten der jüdischen Geschichte, besonders dem Holocaust, verbunden ist. Auf diese Art suchen die Palästinenser eine zusätzliche Möglichkeit, den Namen Israels zu verunglimpfen. Es handelt sich dabei um ein klassisches Beispiel des neuen Antisemitismus, der eine absolute Lüge zum Zweck einer Fälschung und Neuformulierung der Geschichte und zur Umwandlung der Opfer in Täter einsetzt. Die Juden wurden in Ghettos gezwungen, um sie zu verfolgen, zu diskriminieren, zu isolieren und letztlich, während des Holocausts, zu töten. Israel zwingt die Palästinenser nicht, dort zu leben, wo sie sich befinden, sondern wird dazu gezwungen, einen Sicherheitszaun zu errichten, um die palästinensischen Terroristen von den israelischen Ortschaften fernzuhalten.

Israel versucht nicht, die Palästinenser zu isolieren. Israel würde nichts lieber sehen, als erfolgreiche Kontakte und eine enge Zusammenarbeit mit seinen palästinensischen Nachbarn und der arabischen Welt. Ähnliches allerdings kann nicht über die Einstellung der palästinensischen und arabischen Welt Israel gegenüber behauptet werden.

Die Palästinenser und die arabischen Staaten haben über Jahrzehnte hinweg systematisch und mit Einsatz aller Möglichkeiten versucht, Israel zu isolieren; sie haben eigentlich eine "Mauer" um Israel herum gebaut, um es letztlich zu zerstören. Sie haben versucht, das durch wirtschaftlichen Boykott und diplomatische Angriffe auf der internationalen Bühne zu erreichen. Sie haben Massnahmen ergriffen, um Israel davon abzuhalten, an kulturellen und sportlichen Ereignissen teilzunehmen. Sie haben Israel davon abgehalten, an Ereignissen, die im Bereich des Nahen Ostens und Asien liegen, teilzunehmen, obwohl Israel zum Nahen Osten und zum asiatischen Kontinent gehört. Sie haben dieselben antisemitischen Hetzreden gegen Israel benutzt, die zu den Zeiten der Geschichte, als Juden in Ghettos gepfercht leben mussten, gegen das jüdische Volk benutzt wurden. Wenn jemand versucht, die Ghettos wiederaufzubauen, dann sind es die Palästinenser und die arabische Welt, die schuldig sind, genau das, gegen Israel versuchen zu wollen.

## Zurück nach oben



## Abzug aus dem Gazastreifen

- [Warum hat sich Israel aus dem Gazastreifen und Nordsamarien zurückgezogen?](#)
- [Welchen menschlichen Preis hat Israel für den Abzug aus dem Gazastreifen und Nordsamarien zahlen müssen?](#)
- [Wie sieht es nach dem Abzug in Gaza aus?](#)
- [Inwiefern wurden israelische Bürger seit dem Abzug aus dem Gazastreifen in Gefahr gebracht?](#)

### ◆ Warum hat sich Israel aus dem Gazastreifen und Nordsamarien zurückgezogen?

Im [August 2005 zog sich Israel aus dem Gazastreifen und Nordsamarien zurück](#) ( dem nördlichen Westjordanland) und beendete seine 38jährige zivile Präsenz und militärische Herrschaft über diese Gebiete. Israel hegte die Hoffnung, diese Entscheidung würde zu einer stabileren, weniger gewalttätigen Realität mit den palästinensischen Nachbarn und letzten Endes zu einem umfassenden Friedensabkommen im Nahen Osten führen. Israel verstand dieses Ziel als so vorrangig, dass es bereit war, grosse Risiken auf sich zu nehmen, grosse Zugeständnisse zu machen und sogar ein nationales Trauma ins Auge zu fassen, um dieses Ziel zu erreichen.

Dieser Abzug sollte die erste Phase dessen darstellen, was eine neue Ära auf dem Wege des Friedens hätte darstellen sollen. Der Fokus sollte von Israels Anwesenheit auf das verlegt werden, was die Palästinenser bereit und fähig wären mit den Gebieten, die jetzt unter ihre alleinige Kontrolle gelangten, tun könnten.

Beide Seiten teilten ein gemeinsames Interesse an der Beendigung der Gewalt, der Verbesserung der Sicherheit und des Lebensniveaus ihrer Bevölkerung und dem friedlichen Nebeneinander zweier demokratischer Staaten. Israel vertraute darauf, dass mit den neuen Gegebenheiten in Gaza, die palästinensische Führung die Logik einer Kooperation als selbstverständlich ansehen würde.

Leider wählten die Palästinenser wieder den Weg der Gewalt. Anstatt den Gazastreifen als Ausgangspunkt zum Erreichen ihres Zieles, der Staatsgründung einzusetzen, benutzten sie ihn als Abschussrampe für Terrorangriffe, insbesondere Kassam-Raketenangriffe auf die israelische Stadt Sderot.

## Zurück zum Abzug

### ◆ Welchen menschlichen Preis hat Israel für den Abzug aus dem Gazastreifen und Nordsamarien zahlen müssen?

Eine demokratische Entscheidung zu fällen, den Abzug durchzuführen – auch wenn er von der überragenden Mehrheit der Bevölkerung getragen wird – verlangte, Antworten auf äusserst schwierige Fragen bereitzustellen. Kann Israel den Gazastreifen verlassen, ohne den Anschein zu erwecken, es handle sich dabei um einen Sieg des Terrors? War das Land bereit, Bürger, die Jahrzehnte hindurch in diesem Landesteil gelebt hatten, zu entwurzeln? Bedeutete der Abzug die Aufgabe einer Verhandlungstrumpfkarte ohne jegliche Gegenleistung zu erhalten? Trotz der hochemotionalen Aspekte, die hierbei eine Rolle spielten, verlief die öffentliche Debatte meist friedlich, sogar bei Demonstrationen, an denen sich Zehntausende Israelis, von beiden Seiten des Meinungsspektrums beteiligten.

Israels historische Abzugsintiative war ein Glaubensbekenntnis an die Möglichkeit des Friedens. Hätten die Palästinenser sich erkenntlich gezeigt, hätte sie einen bahnbrechenden Schritt auf diese Ziel hin bedeuten können.

Der Abzug aus dem Gazastreifen und Nordsamarien ( dem nördlichen Westjordanland) zeigt ganz klar, dass Israel mit Handlungen hinter seinen Worten steht und bereit ist, einen hohen Preis für den Frieden zu zahlen.

Die Erreichung des Friedens ist ein grundlegendes Ziel der jüdischen Tradition und die erklärte Politik des Staates Israel. Israel hat lange den Frieden mit seinen arabischen Nachbarn gesucht, insbesondere mit den Palästinensern. Die grosse Herausforderung des Friedens besteht darin, dass es sich dabei um einen Prozess handelt, der hoffentlich nicht mit der Einstellung der Feindseligkeiten zwischen den ehemaligen Feinden endet, sondern den Beginn einer neuen Beziehung der Koexistenz darstellt. Es ist Israels Ziel, gute nachbarschaftliche Beziehungen mit einem palästinensischen Staat aufzunehmen.

Vor dem Hintergrund von über vier Jahren terroristischen Blutvergiessens, hat Israel den Abzugsplan aus dem Gazastreifen und Nordsamarien initiiert, sowohl um seine eigene Sicherheit zu verbessern, als auch um den Friedensprozess mit den Palästinensern wieder in Gang zu bringen. Um ihm eine Erfolgschance einzuräumen, verlangte der Plan schwere Opfer von den 1700 Siedlern und ihren Familien, etwa 8000 Menschen, die ihr Heim und ihren Lebensunterhalt, alles was sie im Laufe von Jahrzehnten aufgebaut hatten, verlassen mussten.

Kurzfristig gesehen sind es diese Siedler, die den höchsten Preis für den Frieden bezahlen müssen. Sie wurden von früheren Regierungen dazu aufgerufen, das brache Land zu besiedeln und dort Häuser zu bauen, Gärten und landwirtschaftliche Siedlungen anzulegen, in genau dem Pioniergeist, der den Staat Israel aufgebaut hat. Sie wurden dann aufgerufen, all diese Leistungen für ein erhabeneres Ziel aufzugeben.

Viele dieser Pioniere kamen als frischverheiratete, junge Paare in den Gazastreifen – dann erlebten sie das Trauma, ihr Heim mit ihren Kindern und Kindeskindern, für die der Gazastreifen die einzige, bekannte Heimat darstellte, verlassen zu müssen. Die Gemeinden, die sie aufgebaut hatten, wurden zerschlagen; der persönliche Verlust ist unbeschreiblich gross, die nationalen Kosten sind unbeschreiblich hoch.

Die Räumung der jüdischen Gemeinden im Gazastreifen und Nordsamarien bedeutete:

- 42 Kindertagesstätten, 36 Kindergärten, sieben Grundschulen und drei weiterführende Schulen wurden geschlossen;
- 5,000 Schulkinder mussten neue Schulen finden;
- 38 Synagogen wurden geschlossen;
- 166 israelische Landwirte verloren ihren Lebensunterhalt – etwa 5 000 ihrer palästinensischen Arbeiter verloren ihren Arbeitsplatz;
- 48 Gräber auf dem Friedhof von Gush Katif, einschliesslich der Gräber von sechs Einwohnern, die von Terroristen getötet worden waren, mussten geöffnet und nach Israel umgebettet werden.

Der Abzug sollte Israel Milliarden Dollar kosten. Die Kosten für die Neuansiedlung einer Familie sollte zur Zeit des Abzugs, Schätzungen nach, fast 1 Milliarde Dollar kosten. Die IDF hat Hunderte von Millionen ausgegeben, um Militärstützpunkte und Material aus dem Gazastreifen zu entfernen.

Trotz all dieser Ausgaben und Anstrengungen, haben viele Familien aus dem Gazastreifen noch kein neues Heim gefunden.

## **Zurück zum Abzug**

### **◆ Wie sieht die es nach dem Abzug in Gaza aus?**

Nach dem Abzug mussten vier kritische Themenkreise angesprochen werden: die Diplomatie, die Sicherheit, die wirtschaftliche Entwicklung und die internationale Unterstützung.

Auf der diplomatischen Ebene: Ein Schlüsselement der Roadmap zum Frieden ist die palästinensische Verpflichtung, den Terror einzustellen, einschliesslich der Zerschlagung der Terrorinfrastruktur und der Einstellung der Hetze, die die Gewalt anstachelt. Als die palästinensische Autonomiebehörde die volle Verantwortung für den Gazastreifen übernahm, hatte sie die Gelegenheit, ihre Regierungsfähigkeit und ihre Bereitschaft, Verpflichtungen zu erfüllen, unter Beweis zu stellen. Hätte sie das getan, wäre ein schneller Fortschritt und eine glücklichere Zukunft für alle Menschen der Region erreichbar gewesen.

Im Bezug auf Sicherheit: Hätten die Palästinenser ihre Verpflichtungen in Rahmen der Roadmap erfüllt und die Terrorangriffe auf Israel eingestellt, hätte Frieden herrschen können.

Im Bezug auf wirtschaftliche Entwicklung: Israel gibt gerne zu, dass es das eigene Interesse verfolgt, wenn es den Palästinensern zeigt, ihr Leben sei unter Friedensbedingungen viel angenehmer, als unter andauernder Gewalt. Aus diesem Grund hat Israel alle Anstrengungen unternommen, um Hilfe, wirtschaftliche Zusammenarbeit und den freien Fluss von Gütern, Dienstleistungen und Arbeitskräften zu erleichtern.

Letztlich hatte die internationale Gemeinschaft eine Rolle zu spielen, durch die Zurverfügungstellung wichtiger Hilfe, um den Erfolg des Abzugs zu garantieren, um gemässigte Kräfte zu unterstützen und Extremisten zu schwächen. Israel hatte gehofft, seine Nachbarn in der Region würden diese Gelegenheit ergreifen, um eine Region des Friedens, der Stabilität und der Kooperation aufzubauen. Das Erreichen eines umfassenden Friedens zwischen Israel und der arabischen Welt ist nicht weniger wichtig, als der Frieden zwischen Israelis und Palästinensern.

Israel hatte gehofft, die Palästinenser würden die unglaubliche Gelegenheit, die ihnen der Abzug bietet, nutzen, um den Weg des Friedens zu beschreiten; sie wurden jedoch sehr schnell ernüchert. Anstatt die Grundlagen für eine friedvolle Gesellschaft zu legen, erlaubten die Palästinenser dem Gazastreifen in die Anarchie abzugleiten. Kassam-Raketen wurden weiterhin auf Israel abgefeuert, Waffen, Munition und Gelder wurden in enormen Mengen in den Gazastreifen geschmuggelt, Terroraktivitäten jeglicher Art dürfen ganz offen durchgeführt werden und die Hamas, eine Terrororganisation, die der Zerstörung Israel verschrieben ist, wurde an die Spitze der palästinensischen Regierung gewählt.

Diese Aktivitäten erreichten am 25. Juni 2005, mit dem unprovokierten Angriff auf israelischen Boden, [bei dem zwei IDF Soldaten getötet und ein dritter, Gilad Shalit, entführt wurde ihren Höhepunkt.](#) Diesem Angriff folgte die gewaltsame Hamas - Machtübernahme des Gazastreifens.

Obwohl die meisten auf israelische Zivilisten gerichteten Raketen glücklicherweise keine Menschenleben gekostet oder grosse Zerstörung verursacht haben, kann kein Land der Welt es zulassen, dass solche Angriffe auf seine Zivilbevölkerung ewig andauern.

Die Ungenauigkeit der Kassam-Raketen hat dazu geführt, dass in den internationalen Medien kaum über sie berichtet wird und sie daher nur geringen Einfluss auf die öffentliche Meinung ausüben. Als Folge davon, wurden einige globale Entscheidungsträger dazu veranlasst, dieses Thema nicht mit dem nötigen Ernst zu behandeln. Aus diesem Grund wird Israel, wenn es gezwungen ist, zu reagieren, sich in der Position des Angeklagten wiederfinden, dem "Aggressivität" oder die Verwendung "nichtproportioneller Gewalt" vorgeworfen wird, um eine sehr reelle Bedrohung abzuwenden, von der nur Wenige gehört haben.

Als Israel 2005 den Gazastreifen verlies, hatte es keinerlei Absicht, dorthin zurückzukehren. Leider verwenden die Palästinenser den Gazastreifen weiterhin dazu, Angriffe auf Israel abzufeuern.

**[Zurück zum Abzug](#)**

## ◆ Inwiefern wurden israelische Bürger seit dem Abzug aus dem Gazastreifen in Gefahr gebracht?

Seit Israels Abzug aus dem Gazastreifen im Sommer 2005 haben die dort stationierten palästinensischen Terrororganisationen ihre [Raketenangriffe auf israelische Ortschaften im westlichen Negev](#) intensiviert. Darüberhinaus haben die Terroristen ihre [Waffenschmuggel-Aktionen durch Tunnels im südlichen Gazastreifen](#) ausgebaut und bringen Dutzende von Tonnen hochexplosiver Stoffe hinein. Diese grossangelegten Schmuggelaktionen haben sich seit der gewaltsamen Machtübernahme der Hamas im Gazastreifen im Juni 2007 nur noch weiter verstärkt.

Zwischen Israels Abzug aus Gaza im August 2005 und der Annapolis Konferenz im November 2007, wurde Israel von über 1800 aus dem Gazastreifen abgefeuerten Kassam-Raketen getroffen. Unter diesen Raketen befinden sich verbesserte Langstreckenwaffen, die die über 13 km von der Grenze des Gazastreifen entfernt liegende israelische Hafenstadt Ashkelon erreichen können. Der Beschuss mit diesen tödlichen Geschossen hat seit der Hamasmachtübernahme in Gaza im Juni 2007 stark zugenommen. Von Juni 2007 und bis zur Konferenz von Annapolis wurden über 300 Kassam-Raketen und fast 500 Mörserbomben abgefeuert.

Auch nach Israels Abzug aus dem Gazastreifen im Sommer 2005, verfolgten palästinensische Terrorgruppen weiterhin ihre Versuche, grossangelegte Angriffe auf israelische Bevölkerungszentren durchzuführen. Eine der eingesetzten Taktiken besteht darin, Israels humanitäre Hilfeleistungen dazu auszunützen, Terroristen einzuschleusen, die sich als Palästinenser ausgeben, die zu medizinischer Behandlung nach Israel einreisen. Eine weitere Taktik besteht darin, die friedliche Grenze zwischen Israel und Ägypten auf der Sinai Halbinsel auszunützen, um Terroristen aus dem Gazastreifen zu Selbstmordattentaten nach Israel einzuschleusen.

Zusätzlich zu ihrer zynischen Taktik palästinensische Zivilisten als menschliche Schutzpanzer zu verwenden, indem sie die Raketen aus dichtbevölkerten Gegenden abfeuern, mobilisieren palästinensische Terroristen jetzt in zunehmendem Masse Zivilpersonen, um sich selbst vor israelischen Antiterror-Massnahmen zu schützen.

Ein solches Ereignis fand am 18. November 2006 statt, nachdem die IDF die Bewohner von Beit Lahiya gewarnt hatte, dass eine Antiterror-Aktion gegen das Haus von Muhammad Beroud bevorstehe, dem Kommandeur der PRC Kassam-Raketen Einsätze. Die IDF gab diese Warnung aus, um zu vermeiden, dass bei der bevorstehenden Aktion Zivilpersonen getroffen werden. Baroud rief schnell Hunderte von Palästinensern zusammen, darunter auch Frauen und Kinder und plazierte sie rund um das Gebäude. Der IDF Antiterror-Einsatz musste wegen der Anwesenheit der Zivilpersonen abgeblasen werden – ein klarer Beweis dafür, dass die Palästinenser genau wissen, dass Israel das Leben der Palästinenser höher einschätzen, als die palästinensischen Terroristen.